



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

**„Der Wandel von der Demokratie zur Postdemokratie –  
Wie der Neoliberalismus das politische System verändert hat“**

Verfasser:

**Stefan Szakusits, Bakk. phil.**

angestrebter akademischer Grad:

**Magister der Philosophie (Mag. Phil.)**

Wien, im März 2012

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt:

A296

Studienrichtung lt. Studienbuchblatt:

Philosophie

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Josef Rhemann

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	3
Vorwort .....	4
Einführung.....	7
 Teil I - Grundzüge des wirtschaftspolitischen Systems in der (Post-) Moderne.....	 10
1. Liberalismus .....	11
1.1. Vom Naturrecht zum Gesellschaftsvertrag .....	13
1.2. Der moderne Staat.....	16
1.3. Einführung des Privateigentums .....	21
1.4 Nationalökonomie .....	23
2. Neoliberalismus .....	31
2.2. Grundzüge und Ziele des neoliberalen Systems .....	36
2.3. Globale Institutionen des Neoliberalismus .....	43
 Teil II - Das Kapital als neuer Souverän .....	 51
1. Die Macht des Kapitals.....	52
2. Die Entstehung von Kapital.....	59
2.1. Der Geldschöpfungsprozess.....	59
2.2. Zinsen.....	64
2.3. Inflation.....	66
2.4. Die Eigendynamik des Kapitals.....	67
3. Die Überakkumulation .....	69
 Teil III – Von der Demokratie zur Postdemokratie.....	 77
1. Demokratie und Volkssouveränität .....	77
2. Des Weg zur Postdemokratie .....	84
2.1. Definition und Charakteristika der Postdemokratie.....	84
2.2. Kommerzialisierung der Politik.....	89
 Schlusswort.....	 95
Bibliographie .....	98
Abstract.....	102
Lebenslauf .....	103

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Titelblatt des 1651 erschienen "Leviathan" von Thomas Hobbes .....	18
Abbildung 2 Börsengehandelte Finanzderivate Quelle: Bank for International Settlements (BIS)...	41
Abbildung 5 Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandel 1950-2004 Quelle: WTO .....	47
Abbildung 6 Anzahl Transnationaler Unternehmen 1968-2008 .....	48
Abbildung 7 Konsumenten Preisindex Quelle: IMF.....	66
Abbildung 8 Weltweiter Wohlstand in Billionen Dollar Quelle: Boston Consulting Group .....	71
Abbildung 9 Individuelles Nettovermögen in Deutschland.....	72
Abbildung 10 Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer Quelle: verdi .....	73
Abbildung 11 Umsätze von 20 ausgewählten TNUs im Vergleich zum BIP ausgewählter Staaten.....	74
Abbildung 12 Vordemokratie - Demokratie - Postdemokratie als Parabel.....	86

## Vorwort

Seit der Pleite der großen amerikanischen Investmentbank Lehmann-Brothers im Oktober 2008, zeigt die so genannte „Krise“ (als Sammelbegriff für die „Bankenkrise“, „Wirtschaftskrise“, „Schuldenkrise“, „Eurokrise“, etc.) systematisch die fundamentalen (Denk-)Fehler unseres wirtschaftspolitischen Systems auf und kann somit auch als „Systemkrise“ bezeichnet werden.

Vor allem die Tatsache, wie sich die Politik gegenüber „den Märkten“ verhält gibt vielen zu denken. Es hat den Anschein, als würden Ratingagenturen, Konzerne und insbesondere die „Finanzlobby“ die Politik regelrecht vor sich her treiben. Die Tatsache, dass die Politik auf Finanzinstitute angewiesen ist (etwa in Form von Staatsanleihen oder dass sie die Wirtschaft mit Krediten versorgt) macht diese nicht nur „systemrelevant“, sondern immer mehr selbst zum Souverän. Auf der anderen Seite fordert der Neoliberalismus immer mehr den Abbau des Staates - sei es durch Privatisierungen oder das nicht Eingreifen in den Markt. Doch wo der Staat sich vor dem Volk rechtfertigen muss und dieses vertritt, hat das Kapital alleine das egoistische Motiv sich zu vermehren und nicht sich um das Allgemeinwohl zu kümmern. Dies birgt durchaus ein Gefahrenpotential für Umwelt und Mensch in sich und ist keineswegs mit einer vitalen Demokratie in Einklang zu bringen. Zudem ist ein Großteil der Staaten auf der Welt dermaßen verschuldet, dass der Handlungsspielraum der PolitikerInnen immer kleiner wird und ein immer größerer Betrag für die Zinsen und die Tilgung der Schulden aufgewendet werden muss, anstatt sich um die Belange der Bevölkerung zu kümmern, derer sie an sich verpflichtet sind.

Dies führt zu einem ungewöhnlichen Bild: Denn während jahrzehntelang Milliarden an Dollars und Euros als Profite von Finanzinstituten in private Taschen einiger Weniger wanderten, mussten weltweit Steuerzahler (also die breite Bevölkerung) nun solidarisch mit unvorstellbaren Summen, diese „systemrelevanten“ Institute retten. Alleine die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sage und schreibe 4.589 Milliarden Euro an Garantien für den Bankensektor zur Verfügung gestellt. 1.100 Milliarden wurden bis dato davon schlagend.<sup>1</sup> Die Folgen sind heute (im Jahr 2012) noch nicht absehbar. Jedenfalls

---

<sup>1</sup> „4.600 Milliarden Euro für die Banken“ In: FAZ.net, Stand:06.02.2011

finden zur Zeit in etlichen Ländern gravierende soziale Einschnitte statt um die Rettung des „Finanzsektors“ finanzieren zu können. Dafür setzen die Staaten vor allem bei der Entwicklungshilfe, im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich, bei Pensionen, bei Forschung und Entwicklungsprojekten oder bei der Verwaltung, den Sparstift an. „Die Länder müssen ihre Hausaufgaben machen“, nennen dies „Finanzexperten“ zynisch. Obwohl die UNO und diverse NGOs seit langem darauf hinweisen, dass es mittlerweile mehr als eine Milliarde hungernder Menschen gibt<sup>2</sup> wurde immer wieder gesagt, dass eben nicht genug Geld da sei um sich dieser Problematik anzunehmen. Da half es auch nichts, dass der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung (2000-2008) Jean Ziegler um die ganze Welt reiste und gebetsmühlenartig den Satz rezitierte: *„Ein Kind, das aus Hunger stirbt, wird ermordet.“*<sup>3</sup>

Dass jetzt auf einmal ein vielfaches von dem Geld in die Hand genommen wurde, um die Institute, die selbst ein Inbegriff von Reichtum sind, zu retten ist für den normalen Bürger nicht nachvollziehbar. Und so gingen weltweit in Tausend Städten der Welt Millionen Menschen gegen die ungerechte Verteilung des Kapitals auf die Straße. Doch die herrschende Klasse (welche im Teil II dieser Arbeit genauer beschrieben wird) hält mehrheitlich noch an diesem System fest. Welches System das überhaupt ist, wie es sich etabliert hat und welche Hintergedanken die politischen Philosophen dabei hatten, werde ich in dieser Arbeit analysieren. Denn es scheint kein Zufall zu sein, dass wir uns heute in dieser Situation befinden, sondern vielmehr eine Konsequenz der aufgestellten Theorien.

Als Student der Sozialwissenschaften (Philosophie, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft) habe ich mich im Laufe meines Studiums kritisch mit den sozialen Aspekten des (Neo-)Liberalismus auseinander gesetzt. Seit Jahrzehnten ist dieses System die Speerspitze des Kapitalismus, welcher sich weltweit in nahezu allen Ländern (mit Ausnahme Kubas und Nordkoreas) durchgesetzt hat - sogar im kommunistischen China.

---

<http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~E35A0EBB060B746C2ABF3D19875C55EA5~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

<sup>2</sup> „1.02 billion people hungry“, Stand: 19.06.2009

<http://www.fao.org/news/story/en/item/20568/icode/>

<sup>3</sup> „Ein Kind, das aus Hunger stirbt, wird ermordet.“ Stand: 16.10.2009

<http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article1232248/Ein-Kind-das-aus-Hunger-stirbt-wird-ermordet.html>

Nun möchte ich mich also in dieser Diplomarbeit mit den philosophischen Gründungsväter dieses Systems und ihrer Thesen auseinandersetzen (siehe Teil I) und Aufzeigen, wo die Hauptproblematiken zu finden sind. Dabei ist es mir insbesondere ein Anliegen, den Verlust der Volkssouveränität – des *Volonté générale*, wie sie Rousseau betitelte – aufzuzeigen. Es schwindet die Macht des Staates im neoliberalen System und diese Macht scheint seit Jahrzehnten zum Kapital abzuwandern – ähnlich zu Verhältnissen in vordemokratischen Zeiten. „Geld regiert die Welt“ als Leitspruch einer ganzen Epoche, doch das Geld regieren nur Wenige. Zahlreiche Kritiker des Neoliberalismus sehen in ihm eine Macht, *„die so groß ist, dass es vergeblich wäre, sie in Frage zu stellen, und wahnsinnig, auch nur davon zu träumen, sich von einer solchen Allgewalt zu befreien.“*<sup>4</sup>

Der Vorwurf, dass der Mensch der Wirtschaft diene und nicht umgekehrt drängt sich an dieser Stelle auf. Der Wirtschaft bzw. „dem Markt“ wird in einer materialistischen, kapitalistischen Gesellschaft dabei die Rolle zugeschrieben, die früher Religionen zugeschrieben wurde. Es wird sogar von der „Religion des Marktes“<sup>5</sup> gesprochen und *„Der Markt ist sozusagen die Fortsetzung der Natur. Was er macht, ist hinzunehmen wie das Schicksal“*.<sup>6</sup>

Bei aller Kritik soll diese Arbeit keine Hetzschrift gegen multinationale Konzerne und gierige Manager (und marginal auch Managerinnen) werden, sondern eine Analyse der Automatismen des Systems. Dabei hat mich das Werk von Colin Crouch besonders zum Nachdenken bewegt, indem er die Entwicklungen die der Neoliberalismus auf die Demokratie insofern versteht, als dass wir uns wieder zu vordemokratischen Verhältnissen hinbewegen. Bevor wir uns dieser Theorie der Postdemokratie widmen, werde ich zu Beginn den Liberalismus, sowie den Neoliberalismus und ihre Hauptvertreter analysieren, ehe ich mich mit der Kapitalakkumulation und dessen Machtkonzentration (und einhergehend dem Erhalt dieser Macht) auseinandersetze. Dies soll nicht nur die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Systems verdeutlichen, sondern auch als Grundlage für den

---

<sup>4</sup> Forrester, Viviane (2002): *Die Diktatur des Profits*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag., Seite 5

<sup>5</sup> Baecker Dirk (Hg.) (2003): *Kapitalismus als Religion*, mit W. Benjamin, N. Bolz, C. Deutschmann, Kulturverlag Kadmos,

<sup>6</sup> Prantl, Heribert(2005): *Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit*. München: Droemer, , Seite 193

Teil III der Arbeit dienen. Das Ziel der Arbeit ist es, die philosophischen Denkfehler von Friedrich A. Hayek, Milton Friedman, Adam Smith, John Locke und Thomas Hobbes aufzuzeigen und warum deshalb die Demokratie und auch der Kapitalismus aus dem 20. Jahrhundert im 21. Jahrhundert nicht mehr funktionieren kann – zumindest nicht zum Wohle der Allgemeinheit.

## **Einführung**

In seinem berühmten Buch „Das Ende der Geschichte“<sup>7</sup> beschreibt Fukuyama, wie eine kapitalistisch-demokratische Welt das Ankommen an der Spitze der gesellschaftlichen Evolution der Menschheit darstellt. Alle anderen Gesellschaften sind seiner Meinung nach auf dem Weg dorthin und werden früher oder später auch dort ankommen. Grundrechte, das Rechtsstaatsprinzip und eine freie Marktwirtschaft spiegeln für ihn eine liberale Demokratie, welches ein optimales Zusammenleben ermöglichen.

Auch eine nüchterne Betrachtung der Entwicklung der kapitalistischen Länder gibt ihm Recht. So war etwa das heute hoch gepriesene Schweden am Ende des 19. Jahrhunderts ärmer als der Kongo heute und auch die anderen westlichen Länder waren damals auf einem Niveau, welches man heute Entwicklungsländern zuschreibt. Sogar Hunger war allgegenwärtig. Laut der UNDP (United Nations Development Programms) ist alleine in den vergangenen 50 Jahren die weltweite Armut stärker zurückgegangen als in den 500 Jahren davor. Die Produktivität hat stark zugenommen und auch die Lebenserwartungen der Menschen haben sich deutlich erhöht. Die Gleichberechtigung der Frau, sowie ein deutlich höherer allgemeiner Bildungsgrad sind ebenfalls Errungenschaften des kapitalistischen Systems. Auch anhand von Kunst und Kultur erkennen wir den Fortschritt der Gesellschaften. So erfreuen sich Bücher, Museen, Theater, Oper, Konzerte, und natürlich auch der Film, größerer Beliebtheit und Verbreitung denn je.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Francis Fukuyama (1992): Das Ende der Geschichte, Kindler Verlag, München

<sup>8</sup> „Warum der Kapitalismus beibehalten werden muss.“ Stand 28.06.2009

<http://www.welt.de/wirtschaft/article4017664/Warum-der-Kapitalismus-beibehalten-werden-muss.html>

Inwiefern das kapitalistische System daran seinen Beitrag geleistet hat und nicht nur die Errungenschaften der Technik, ist fragwürdig. So hat die erste industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert die Dampfmaschine, den mechanischen Webstuhl, die Eisenverarbeitung, die Eisenbahn als neues Verkehrsmittel und die Telegraphie als neues Kommunikationsmittel hervorgebracht. Diese technischen Entwicklungen gingen einher mit der Gewerbefreiheit und dem Rechtsstaat. Dies kann im Übrigen ohne weiteres als die Geburtsstunde der „bürgerlichen Gesellschaft“ gesehen werden.<sup>9</sup> Etwa hundert Jahre später kam es zur zweiten industriellen Revolution. Nun waren die Entdeckung der Elektrizität, der Chemie, des Verbrennungsmotors, des Fließbandes, der Kunststoffe und der Elektronik die bahnbrechenden Errungenschaften. Neben der Kohle war nun auch das Öl, aber auch die Kernkraft die neuen dominanten Energieträger. Autos und Flugzeuge revolutionierten den Verkehr und das Radio, sowie das Fernsehen waren die neuen Kommunikationskanäle. Massenproduktion, parlamentarische Demokratie, der Sozialstaat und die Massengesellschaft prägten von nun an das gesellschaftliche Zusammenleben. Wir erkennen daraus, wie sich neue Erfindungen und Entdeckungen, neue Energieträger, neue Verkehrsmittel und Kommunikationsmöglichkeiten auch unmittelbar auf die Gesellschaft und somit den Staat auswirk(t)en. Doch hat das kapitalistische System die wesentliche Rahmenbedingungen geschaffen, die diesen Fortschritt zweifelsohne begünstigten. Dies sollten auch die größten Kritiker nicht außer Acht lassen.

Heute haben die meisten Menschen den Eindruck, dass es zu diesem wirtschaftliche System keine Alternative gibt und es ist fest im Denken der westlichen Welt (und auch in vielen anderen Bereichen der Welt) verankert. Seit der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hat sich der Kapitalismus sogar als ein wesentlicher Identifikationsfaktor heraus kristallisiert.

Seit kurzem (etwa Mitte der 1990er Jahre) steht die Menschheit nun wieder vor einer neuen industriellen Revolution. Die Mikroelektronik generell, der Computer im Besonderen, Nanotechnologie und Teilchenbeschleuniger haben so viele neue Techniken und Wissenschaften hervorgebracht, dass man sie an dieser Stelle gar nicht alle aufzählen kann. Mit den erneuerbaren Energien versuchen wir gerade

---

<sup>9</sup> Njenga, George (2010): „*The Hour of the Bourgeoisie – On the conquest of the Bourgeoisie in Europe*“

sukzessive vom Öl und der Atomkraft wegzukommen. Das Internet und die Mobiltelefonie haben unsere Kommunikation, ja sogar die Medienlandschaft revolutioniert. Die Konsequenzen die sich dadurch für unserer gesellschaftlichen Zusammenleben ergeben, befinden sich gerade im Prozess. Ein anschauliches Beispiel ist mit Sicherheit der „Arabische Frühling“. Das einzige was man bereits jetzt erkennen kann ist, dass sie sich die Gesellschaft globalisiert hat und eine neue Zivilgesellschaft entsteht – der Medientheoretiker Marshall McLuhan hat in diesem Zusammenhang den Begriff „Global Village“ eingeführt.<sup>10</sup>

Wir erkennen, wie sich ein System, welches sich über Jahrhunderte entwickelt hat, gerade in einer substantiellen Metamorphose befindet. Umweltzerstörung, Korruption, Hunger, Ausbeutung, die Missachtung von Menschenrechten und vor allem die ungerechte Verteilung des Kapitals werden in der Gesellschaft als unerwünscht angesehen und so entsteht der Druck der Öffentlichkeit das kapitalistische System, welches von (neo-)liberalen Denkern wesentlich geprägt wurde, zu ändern. Dabei trifft diese aber auf eines der größten negativen Auswirkungen des Kapitalismus – die einseitige Akkumulation des Kapitals und deren innewohnende Macht. Während herauf und herunter gebetet wird, dass in Demokratien das Volk herrscht, tritt regelmäßig Ernüchterung ein, wenn die Macht des Kapitals zuschlägt und die Ohnmacht des Volkes und seiner VertreterInnen offensichtlich wird.

Diese Arbeit soll den Weg der Demokratie und des Kapitalismus von ihren Anfängen weg bis ins 20. Jahrhundert analysieren um schließlich aufzeigen, wie die einschneidenden Entwicklungen des Neoliberalismus die Gesellschaft wie ein einer Parabel wieder zurück zu ihrer Vorzeit entwickelt. Dabei werden wir uns Tendenzen ansehen, die jedoch nicht den völligen Eintritt demokratischer Länder in die Postdemokratie zeigen, sondern derweil noch den Wandel dorthin. Dies ermöglicht auch den Ausweg aus diesem Stadium der Demokratie. Doch zuvor ist eine umfassende Analyse notwendig

---

<sup>10</sup> McLuhan, Marshall/ Powers, Bruce R. (1995): *The Global Village. Der Weg der Mediengesellschaft in das 21. Jahrhundert.*

## Teil I - Grundzüge des wirtschaftspolitischen Systems in der (Post-) Moderne

*Der Primitive wandelt die Objekte in Subjekte,  
der Moderne die Subjekte in Objekte.  
Wir können vermuten, daß der erste sich täuscht,  
aber wir wissen mit Sicherheit, daß der zweite sich irrt.*<sup>11</sup>

Nicolás Gómez Dávila

Um im Sinne der Erkenntnistheorie etwas phänomenal Gegebenes erkennen zu können, müssen wir zunächst den Erzeugungs- und Entstehungsprozesses intellektuell erfassen können.<sup>12</sup> Deshalb werden wir uns zu Beginn mit dem Vorläufer des derzeitigen neoliberalen Systems - dem Liberalismus – widmen. Geprägt haben diesen insbesondere die Werke von Thomas Hobbes, John Locke, und Adam Smith, weshalb sie an dieser Stelle hervorgehoben werden. In Wahrheit haben jedoch viele Philosophen die Grundlage für das derzeitige System gelegt. Es würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sie umfassend und im Detail zu analysieren, doch habe ich versucht sie ergänzend mit einzustreuen. Der bzw. die interessierte LeserIn hat so die Möglichkeit, sich in Eigenrecherche näher zu gewissen Aspekten zu belesen. Die wesentlichen Merkmale des Liberalismus und des Neoliberalismus sollen aber in diesem Teil I beschrieben sein. Dabei kann der Neoliberalismus als moderne Fortsetzung der liberaler Gedanken der Neuzeit gesehen werden – doch hat er durchaus seine Eigenheiten mit sich gebracht. Beide Systeme werden heute auch unter dem Begriff Kapitalismus verstanden. Während dieser Begriff sehr auf die wirtschaftlichen Dimensionen des Liberalismus hinweist, werde ich im letzten Kapitel mich eingehend mit der politischen Dimension beschäftigen. Die Entwicklung der Nationalökonomie, welche das Verschmelzen der politischen Philosophie mit der Ökonomie aufzeigt, ist deshalb ein zentraler Bestandteil dieser Arbeit. Zunächst wollen wir uns aber den Anfängen widmen.

---

<sup>11</sup> Dávila, Nicolás Gómez (2006): Scholien zu einem unbegriffenen Text, Wien, Karolinger, Seite 255

<sup>12</sup> Gloy, Karen (2006): *Zeit. Eine Morphologie*. Freiburg/München: Alber, Seite 101

## 1. Liberalismus

Als Grundlage moderner westlicher Gesellschaftssysteme wird gemeinhin der Liberalismus gesehen<sup>13 14</sup>. Wie der Wortstamm bereits vermuten lässt, baut dieses System grundlegend auf den Aspekt von Freiheiten auf. Das besondere daran waren vor allem die Freiheiten des Individuums. Besonders deshalb, weil in Europa bis zum 17. Jahrhundert insbesondere das Feudalsystem und der Absolutismus die prägenden gesellschaftspolitischen Formen bildeten. Doch welche individuellen Freiheiten waren damit gemeint? Sie wurde zunächst negativ definiert, denn Freiheit war in erster Linie die Freiheit von jeglichen Einschränkungen.<sup>15</sup> Bereits hier erkennen wir den historischen Kontext in dem sich die Gründerväter des Liberalismus befanden und welche äußeren Faktoren ihre Theorien beeinflussten.

Dies lässt sich auch daran erkennen, dass sowohl Thomas Hobbes (welcher als Vorläufer des Liberalismus gelten kann und somit das Fundament für weitere Theorien legte)<sup>16</sup>, Adam Smith als auch John Locke aus dem Umfeld der schottischen und englischen Aufklärung stammten, weshalb sie nicht nur eine Nähe zum rationalen Empirismus hatten, sondern im Englischen Bürgerkrieg (1642-1649) auch erfuhren, welche Gräueltaten der Krieg und welche gesellschaftliche Instabilitäten dieser mit sich brachte. Dadurch lassen sich auch Erkenntnisse, wie: „*Gewalt und Betrug sind die zwei Haupttugenden im Kriege.*“<sup>17</sup> im Leviathan von Hobbes erklären. Was den Liberalismus zudem ausmacht ist die Tatsache, dass er sowohl eine Gesellschafts- wie auch eine Wirtschaftstheorie darstellt. So war der Gedanke, die individuelle Freiheit durch wirtschaftliche Freiheit zu ermöglichen. Denn auch in der Ökonomie war mit dem merkantilistischen Wirtschaftssystem zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert der Staat das lenkende und entscheidende Organ und nicht die Bevölkerung. Im Gegensatz dazu vertraut der Liberalismus in

---

<sup>13</sup> Nutzinger, Hans G. (Hrsg.) (1986): *Liberalismus im Kreuzfeuer - Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Josef Knecht Verlag, Frankfurt am Main

<sup>14</sup> Stöger, Roman (1997): *Der neoliberale Staat – Entwicklung einer zukunftsfähigen Staatstheorie*, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden

<sup>15</sup> Stöger, Roman (1997): *Der neoliberale Staat – Entwicklung einer zukunftsfähigen Staatstheorie*, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, Seite 56 ff.

<sup>16</sup> Schönherr-Mann Hans-Martin (2000): *Politischer Liberalismus in der Postmoderne*, Wilhelm Fink Verlag, München, Seite 12

<sup>17</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan*, übersetzt von Jutta Schlösser, mit einer Einführung und herausgegeben von Hermann Klenner, Darmstadt/Hamburg 1996, Seite 106

die Produktivität des Egoismus, denn das Streben des Einzelnen soll dem Wohle aller dienen. Bekannt wurde in diesem Kontext der Auszug von Adam Smith, welchen auch Max Weber in „Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus“ zitiert: *„Nicht vom Wohlwollen des Fleischers, Bäckers oder Brauers erwarten wir uns unser Mittagessen, sondern von ihr Rücksicht auf ihren eigenen Vorteil; wir wenden uns nicht an ihre Nächstenliebe, sondern an ihre Selbstsucht, und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern stets nur von ihrem Vorteil.“*<sup>18</sup>

Im Liberalismus hat der Aspekt der Selbstregulierung also einen besonders hohen Stellenwert. Dem Staat kommt auf der anderen Seite die Aufgabe zu, sich um den Rechtsstaat, welcher insbesondere das Privateigentum schützen, sowie den Frieden gewähren sollte, zu kümmern. Denn nur so könne ein freier Wettbewerb ermöglicht werden. Welch Einfluss die Schriften der Gründerväter des liberalen Systems auf die Demokratie hatten, zeigt etwa die Tatsache, dass Lockes Staatstheorie die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776, sowie den französischen Verfassungsentwurf von 1791 entscheiden geprägt haben. Auch der Gleichheitsgrundsatz, wonach vor dem Gesetz alle Menschen gleich sein sollen (da sonst die Marktmechanismen nicht funktionieren würden), sowie die Gewaltenteilung geht auf die politischen Philosophen der Neuzeit zurück.<sup>19</sup> Auch Rousseau - ein Kritiker der neuen Gesellschaft - musste eingestehen, dass Freiheit erst da die Herstellung von Gleichheit entstehe.<sup>20</sup> Wir erkennen also, dass die wirtschaftspolitischen Erneuerungen, gewaltige gesellschaftliche Errungenschaften mit sich brachten. Dies ist zweifelsohne auch der Grund, warum sich z.B. Parteien bis heute mit dem Wort „liberal“ schmücken und deshalb oft die wirtschaftlichen, sowie die gesellschaftlichen Vorstellungen von Freiheit versuchen abzudecken. Doch scheint es paradox, dass gerade diese Freiheiten erst durch politische Einschnitte in das individuelle Leben ermöglicht wurden. Dabei war es Hobbes, der mit seinem Leviathan versuchte aufzuzeigen, warum der Einzelne doch davon profitieren könne und wie es philosophisch zu rechtfertigen

---

<sup>18</sup> Weber, Max (1934): *Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus*, Tübingen, J.C.B. Mohr, Seite 40

<sup>19</sup> Schmidt-Jortzig, Erhard (2004): *Grundrechte und Liberalismus* In: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa*, Band 1, Entwicklung und Grundlagen, S.F Müller, Heidelberg

<sup>20</sup> Rousseau, Jean-Jacques (1968): *Der Gesellschaftsvertrag und die Grundsätze des Staatsrechts*, Stuttgart, Reclam

ist. Zentral sind dabei die Begriffe des Naturrechts und des Gesellschaftsvertrages, die wir uns nun genauer ansehen.

### 1.1. Vom Naturrecht zum Gesellschaftsvertrag

Wie bereits erwähnt sind die politischen Philosophen der Neuzeit stark im Kontext ihrer Zeit zu verstehen. So brachten die Entdeckungen der „neuen Welt“ durchaus auch Reflexionen auf die eigene Gesellschaft mit sich. Dies erkennen wir auch an der ausführlichen Beschreibungen des Naturzustandes. Heute lässt sich weder politisch, ethisch oder philosophisch herleiten, dass der Mensch eine bestimmte Natur besitzt. Doch *„je nach Epoche neigt man dann entweder zu romantischer Naturverherrlichung oder zu futuristischem Technizismus, zur Technikfeindlichkeit oder zur Diskriminierung der Natur.“*<sup>21</sup>

Sowohl für Hobbes als auch für Locke waren die Beschreibungen des Naturzustandes das Fundament ihrer Theorien. So beschreibt etwa Hobbes in all seinen drei Hauptwerken<sup>22</sup> einen Naturzustand, wo Menschen ohne Staat und Gesetz, also in einem Zustand der Anarchie und Gesetzlosigkeit, lebten. Auch wenn hier mit Sicherheit der englische Bürgerkrieg, der zahlreiche Opfer forderte, in diese Gedanken einfließt, waren es definitiv auch die Erfahrungsberichte der Seefahrer über die Ureinwohner Amerikas, die hier mitklingen. Außerdem schrieb Hobbes seine Staatslehren bekanntlich im französischen Exil, was seine Ablehnung zum damaligen System sicherlich gefördert hat. Dieser Hintergrund wird in der Literatur immer wieder hervorgehoben, weil er das Verständnis für die Theorien Hobbes' und sein Bestreben sich vom Naturzustand zu lösen, verdeutlicht. Für ihn ist der Naturzustand ein Kriegszustand, welcher schnellst möglich zu verlassen ist. So beschreibt er die Menschen im Naturzustand wie folgt: *„scheuen keine Gewalt, sich Weib, Kind und Vieh eines andren zu unterwerfen [...] das Geraubte zu verteidigen [...] sich zu rächen für Belanglosigkeiten wie ein Wort, ein Lächeln, einen Widerspruch oder irgendein anderes Zeichen der Geringschätzung. (...) So liegen also in der menschlichen*

---

<sup>21</sup> Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): *Politischer Liberalismus in der Postmoderne*, Wilhelm Fink Verlag, München, Seite 14

<sup>22</sup> Gemeint sind die Werke *„The Elemtns of Law Natural and Poliitcs“* (1640), *„De Cive“* (1642) und *„Leviathan“* (1651)

*Natur drei hauptsächliche Konfliktursachen: Erstens Konkurrenz, zweitens Misstrauen, drittens Ruhmsucht.* <sup>23</sup>

Das Bild des „zoon politikon“ von Aristoteles, welches dem Menschen als soziales und politisches Wesen versteht, wird hier klar negiert. Vielmehr *„herrscht der Krieg aller gegen alle“*<sup>24</sup>. Ein Aspekt, der in späteren Theorien zum Nutzen aller gewandelt werden soll. Bekannt in diesem Zusammenhang ist auch der Ausspruch: *„homo homini lupus est“*, was soviel bedeutet wie: Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Stetiges Misstrauen und eine latente Angst sind deshalb fest im Menschen verankert. Diese Eigenschaften sieht Hobbes als Möglichkeit den Leviathan zu implementieren: *„Der Schrecken des Naturzustandes treibt die angst erfüllten Individuen zusammen; ihre Angst steigert sich aufs äußerste, ein Lichtfunke der ratio blitzt auf und plötzlich steht vor uns der neue Gott“*.<sup>25</sup>

Für Hobbes fehlt den Menschen eine Instanz die die ihnen untereinander den Frieden gewährt und als solchen versteht er den Leviathan. Dieser „sterbliche Gott“ sollte den Menschen die Sicherheit geben, die ihn vor seinen Ängsten befreien soll. Dabei legitimiert diesen Staat die Vertragsidee: *„es ist eine wirkliche Einheit von ihnen allen in ein und derselben Person, die durch den Vertrag eines jeden mit jedem so geschaffen wird, als ob jeder zu jedem sagte: Ich gebe diesem Menschen oder dieser Versammlung von Menschen Ermächtigung und übertrage ihm mein Recht, mich zu regieren, unter der Bedingung, daß du ihm ebenso dein Recht überträgst und Ermächtigung für alle seine Handlungen gibst.“*<sup>26</sup>

Wir erkennen wie wichtig die Beschreibung des Naturzustandes ist um die Vertragsidee zu begründen. Umso stärker das Bild vermittelt wird, dass der Naturzustand zu verlassen ist, umso stärker das Bedürfnis nach einer Regelung, welche prompt darauf auch geliefert wird. Eine stilistisch bemerkenswerte Wahl. Die Beschreibung des Naturzustands enthält also in gewisser Weise schon das

---

<sup>23</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Kapitel 8

<sup>24</sup> Ebd. Kapitel 13

<sup>25</sup> Schmitt, Car (1938): *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*, Hamburg, Seite 48

<sup>26</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Kapitel 17

Negativ des Staates.<sup>27</sup> Diese Vorgehensweise erkennen wir nicht nur bei Hobbes, sondern auch bei Locke, der direkt an dessen Erkenntnisse anschließt. Ein Fehler der dabei allerdings allzu oft gemacht wird ist die Beschreibung des Naturzustandes dieser beiden Philosophen miteinander gleichzusetzen. Wenngleich sie beide die Vertragsidee als Ausweg aus dem Naturzustand sehen, ist dies nämlich nicht gerechtfertigt. So spricht Locke von der Freiheit aller *„innerhalb der Grenzen des Gesetzes der Natur“*, sowie einer Gleichheit *„in dem alle Macht und Rechtssprechung wechselseitig sind, da niemand mehr besitzt als ein anderer“*.<sup>28</sup> Zudem sieht Locke es als ein Naturgesetz des Menschen *„dass niemand einem anderen [...] an seinem Leben und Besitz [...] Schaden zufügen soll“*.<sup>29</sup>

Während bei Hobbes also der Mensch von Natur aus schlecht ist, kann Locke dem Naturzustand durchaus auch positive Elemente abgewinnen. Dies ist zweifelsohne auch auf seinem Glauben an einen *„einzigsten allmächtigen und unendlich weisen Schöpfer, auf dessen Befehl und in dessen Auftrag sie [die Menschen] in die Welt gesandt wurden.“*<sup>30</sup> zurück zu führen. Die Problematik sieht er jedoch darin, dass es keine Autorität gibt, die sich um die Einhaltung dieser Gesetze kümmert, weshalb sie auch permanent gebrochen werden: *„Denn das Gesetz der Natur wäre, wie alle anderen Gesetze, die den Menschen auf dieser Welt betreffen, nichtig, wenn im Naturzustand niemand die Macht hätte, dieses Gesetz zu vollstrecken, um somit den Unschuldigen zu schützen und den Übertreter in Schranken zu halten.“*<sup>31</sup>

Damit es diesen Richter geben kann, sieht Locke genauso wie Hobbes es als notwendig an, dass das Individuum sein Recht auf subjektive Rechtssprechung an einen gemeinsamen Richter abgeben muss. Zudem ist hervorzuheben, dass Locke an den Menschen im Naturzustand ausmacht, dass diese kooperatives Wesen sein. Jedoch sind die untereinander geführten Vereinbarungen nicht verbindlich, was wiederum zu permanenten Unsicherheiten führe. Durch gegenseitige Verträge schaffen die Menschen aber einen Staat, welcher seine Legitimation dadurch

---

<sup>27</sup> Kersting, Wolfgang (1994): *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, Primus, Darmstadt

<sup>28</sup> Locke, John (1974): *Über die Regierung*. Stuttgart. S. 4-14

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Locke, John (1690): *The Second Treatise of Civil Government*, §6

<sup>31</sup> Ebd., § 7

bekommt, dass er sich um die Einhaltung dieser kümmere.<sup>32</sup> *„Denn jede Verbindlichkeit entspringt aus einem Verträge; einen Vertrag aber gibt es ohne Vertrauen nicht“*, wie Hobbes es formulierte. Ein Garant war also von Nöten und diesen kreierte Hobbes in seinem bis heute bekannten Werk „Leviathan“.

## 1.2. Der moderne Staat

Hobbes und Locke sahen die politische Philosophie der selben rationalen empirischen Methodologie verpflichtet, wie sie auch die Naturwissenschaften verfolgten. Hobbes hatte auf seinen Reisen auch Renè Descartes und Galileo Galilei kennen gelernt. Diese Begegnungen haben ihn mit Sicherheit auch geprägt. Insofern ist es nur zu verständlich, dass er mit der Beschreibung seines Menschenbildes, auch die Grundlage der Gesellschaftsordnung, formulierte. Diese Eigenschaften machen es notwendig ein Souverän zu schaffen, welchem sich alle verpflichten. So beschreibt Hobbes auch deutlich die Folgen, wenn es einer Gesellschaft an diesem Souverän fehle: *„Denn die wilden Völker verschiedener Gebiete Amerikas besitzen überhaupt keine Regierung ... [Sie leben] bis zum heutigen Tag auf jene tierische Weise (...) die ich oben beschrieben habe (...) [d. h. ihr] Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz“*.<sup>33</sup>

Sowie es zu unterschiedlichen Auffassungen des Naturzustandes kommt, sind sich Hobbes und Locke auch was die Befugnisse des Staates betrifft, nicht ganz einig. Während sie zum selben Schluss kommen, dass der Naturzustand verlassen werden muss und es einen Gesellschaftsvertrag geben soll, möchte Hobbes eine unbeschränkte Macht des Herrschers sehen, welche er deshalb auch als unteilbar ansieht. Eine Gewaltentrennung wie sie später von Montesquieu ausformuliert wurde<sup>34</sup>, lehnte er ab. Denn wenn es innerhalb dieses Staates verschiedenste Institutionen gäbe, hatte er die Befürchtung, dass es zu inneren Machtkämpfen kommen könnte, welche wiederum den Frieden gefährden. Insofern lässt sich

---

<sup>32</sup> Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): *Politischer Liberalismus in der Postmoderne*, Wilhelm Fink Verlag, München, Seite 12

<sup>33</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Kapitel 13

<sup>34</sup> Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze I und II* (hrsg. u. übers. v. Ernst Forsthoff) Tübingen: Laupp 1951, Original 1748

auch folgender Satz von ihm verstehen: *„Autorität, nicht Wahrheit, macht das Gesetz.“*<sup>35</sup>

Hobbes spricht sich in „De Cive“ deshalb auch für eine „absolute Monarchie“ aus, wenngleich er auch für andere Staatsformen offen ist. Dies ist insofern konsequent, weil er die Meinung vertrat, dass sich der König mit dem Volk identifiziert und somit in dessen Interesse handle. Somit war dies für ihn eine legitime Volksherrschaft. (Möglicherweise ist diese Ansicht aber auch von der Tatsache geprägt, dass er mit Karl I - dem englischen König - gut befreundet war.) Zudem gab es keinen Diskurs innerhalb der Herrschaft, weil des König Wortes Autorität sind. Hingegen sah er in der Mitbestimmung der Bürger das Potential für zu viel Chaos. Erst Locke, Rousseau und Andere werden die Bedeutung der Mitbestimmung des Volkes hervorheben, welcher bis heute der Motor freiheitlicher Verfassungen ist.<sup>36</sup>

Hobbes war also die absolute Herrschaft des Souveräns ein großes Anliegen. Er bezeichnete den „Leviathan“ deshalb auch als „sterblichen Gott“.<sup>37</sup> Dieser neue staatliche Gott, welches ein biblisch-mystisches Seeungeheuer als Namensgeber hat und als Pendant zu dem Landungeheuer Behemoth (welcher als personifizierter Naturzustand galt) war, war gleichzeitig ein künstliches Tier. Künstlich deshalb, weil es eine menschliche Kreation, ein Produkt aus der Nachahmung der Natur ist: *„Denn durch die Kunst wird jener große Leviathan geschaffen, genannt Gemeinwesen oder Staat, auf lateinisch civitas, der nichts anderes ist als ein künstlicher Mensch, wenn auch von größerer Gestalt und Stärke als der natürliche, zu dessen eine künstliche Seele dar, die dem ganzen Körper Leben und Bewegung gibt, die Beamten und anderen Bediensteten der Jurisdiktion und Exekutive künstliche Gelenke, Belohnung und Strafe, die mit dem Sitz der Souveränität verknüpft sind und durch die jedes Gelenk und Glied zur Verrichtung seines Dienstes veranlaßt wird, sind die Nerven die in dem natürlichen Körper die gleiche Aufgabe erfüllen. Wohlstand und Reichtum aller*

---

<sup>35</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Kap. 7,

<sup>36</sup> Bernard Willms: *Thomas Hobbes - Das Reich des Leviathan*, München 1987, Seite 21

<sup>37</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Kap.17

einzelnen Glieder stellen die Stärke dar, *salus populi* (die Sicherheit des Volkes) seine Aufgabe;“<sup>38</sup>



Abbildung 1 Titelblatt des 1651 erschienen "Leviathan" von Thomas Hobbes

Die Sicherung des Friedens nach innen, wie auch nach außen ist die Aufgabe des Staatswesens. Nach innen geschieht dies unter anderem durch Gesetze, welche aber nach Hobbes nicht ausreichend sind um eine Ordnung in der Gesellschaft herzustellen: „Gesetze und Verträge können an und für sich den Zustand des

<sup>38</sup> Ebd. In der Einleitung

*Krieges aller gegen aller nicht aufheben; denn sie bestehen aus Worten, und bloße Worte können keine Furcht erregen.*<sup>39</sup>

So braucht die Gesellschaft entweder einen übermächtigen Gegner - denn diese Angst gewähre den Frieden. Oder aber die Menschen übertragen in einem Gesellschaftsvertrag dem Gemeinwohl zu liebe freiwillig und unwiderruflich ihre Macht an den Staat ab, welcher von nun an das Gewaltmonopol inne hat. Die Entscheidungen die dieses Souverän trifft sind dann von Allen zu respektieren. Die „*Errichtung einer (...) allgemeinen Gewalt (...) bedeutet, daß jedermann (...) den eigenen Willen und das eigene Urteil (...) unterwirft (...) Niemand hat die Freiheit, dem staatlichen Schwert Widerstand zu leisten (...) denn diese Freiheit beraubt den Souverän der Mittel zu unserem Schutz und zerstört deshalb das eigentliche Wesen der Regierung*“.<sup>40</sup> Das Souverän verpflichtet sich im Gegenzug dazu, das Volk vor äußeren Feinden zu schützen, den inneren Frieden zu erhalten, dem Individuum die Möglichkeit zu geben sein Vermögen zu vermehren und seine Freiheit auszuleben. Dabei erwähnt Hobbes in einem kurzen Nebensatz, dass die Vermehrung des Vermögens nur dann legitim ist, wenn es sich mit der „*öffentlichen Sicherheit verträgt*“ und der Freiheit dann Grenzen gesetzt sind, wenn andere ein Schaden entsteht.<sup>41</sup> Die Einsicht, dass ein zu großes Vermögen also eine Bedrohung für das Gewaltmonopol darstellen könnte, erkennen wir also schon in der Frühphase des Liberalismus.

Nichts desto Trotz hat man bei Hobbes das Gefühl, dass er die Tyrannei der Herrscher lediglich versucht zu legitimieren. Locke wird ein gutes halbes Jahrhundert später einen deutlichen Schritt weiter gehen. Er sieht das Souverän in der Pflicht sich um das Wohlbefinden aller zu kümmern. Und da für ihn der Mensch ein „*zoon politikon*“ ist, gehört zur Entfaltung des Menschen auch seine politische Entfaltung. Er sieht das Fundament des Staates in der Vernunft der Menschen. Der Staat stehe somit ihm Dienste der Bevölkerung und nicht die Bevölkerung im Dienste des Staates.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Ebd. In der Einleitung

<sup>40</sup> Hobbes: *Leviathan*. Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976). Seite 134, 169

<sup>41</sup> Hobbes, Thomas (1977): *Vom Menschen - Vom Bürger*. In: *Elemente der Philosophie II/III, VSA*, Hamburg, Seite 205 ff.

<sup>42</sup> Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): *Politischer Liberalismus in der Postmoderne*, Wilhelm Fink Verlag, München, Seite 15

Damit dies gewährleistet werden kann, sprachen sich Locke und Montesquieu für die Gewaltenteilung aus, um der Machtkonzentration des Staates vorzubeugen und Kontrollorgane zu schaffen, die das Volk vor Willkür schützen sollten: „Damit der Staat, wie es die historische Erfahrung immer wieder bestätigt, nicht von den Zwecken abweicht, durch die ihn die Gesellschaft legitimiert, wird sein Macht durch Gewaltenteilung und eine verfassungsmäßige Ordnung beschränkt.“<sup>43</sup>

In seinem Werk „Vom Geist der Gesetze“ (1748) schrieb Montesquieu in der Zeit der Aufklärung von der Trennung zwischen Exekutive (also der vollziehenden Gewalt), der Legislative (der gesetzgebenden Gewalt) und der Judikative (der richterlichen Gewalt). Zur praktischen Anwendung kam dies zuerst in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika 1788 und nach der französischen Revolution auch in Frankreich. Heute ist das Prinzip der Gewaltenteilung auch unter den „Check and Balances“ bekannt und in jeder modernen Demokratie vertreten. Daher kann man erst von dem Zeitpunkt an, wo die Machtkonzentration von einzelnen Personen (Monarchen, Diktatoren, Pharaonen, etc.) auf ein künstliches Staatskonstrukt überging, von einem Staat als „Handlungssubjekt mit eigenem Willen“<sup>44</sup> sprechen.

Eine weitere Errungenschaft waren die Grundrechte der Bürger. So waren auf der einen Seite die staatlichen Gesetze das Gewissen der Bürger<sup>45</sup>, auf welche sie sich berufen und verlassen konnten. Doch konnte der Staat als Gesetzgeber diese jederzeit ändern, weshalb die unveräußerlichen Grundrechte der Menschen geschaffen wurden. Diese sollten die Bürger vor dem Staat schützen und diesen einen Rahmen für sein Wirken geben. In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 sind deshalb das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück zu unveräußerlichen Rechten erklärt worden. 1789 wurden dann in der Französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte die Freiheit, die Gleichheit, die Meinungs-, Glaubens-, und Gedankenfreiheit festgesetzt. Doch ein wesentliches Merkmal der Grundrechte war von nun an das Recht auf Eigentum.

---

<sup>43</sup> Montesquieu (1965): *Vom Geist der Gesetze*, Stuttgart 1965

<sup>44</sup> Reinhart Koselleck, zitiert nach Manfred G. Schmidt (1995): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart, Eintrag „Staat“

<sup>45</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976).

Hannah Arendt verweist dabei auf die fundamentale Wirkung der Thesen von Hobbes auf diesem umstrittenen philosophischen Gebiet: *„Daß Vernichtung die radikalste Form der Macht sowohl wie des Besitzes ist, hat kein Machtanbeter nach Hobbes, der die Gleichheit der Menschen auf das Tötenkönnen gründete, je wieder mit solch großartig unbekümmerter Kühnheit auszusprechen gewagt. Er sah voraus, daß eine Gesellschaft, die den Erwerb für einen unendlichen Prozeß hielt, die politische Macht ergreifen mußte, schon weil der Akkumulationprozeß früher oder später die Grenzen der nationalen Gebiete überschreiten würde. Er sah voraus, daß eine Gesellschaft, die sich auf diesen Weg des unendlichen Erwerbs begeben hatte, auch einen neuen politischen, dynamischen Apparat brauchen würde, der einen ihr entsprechenden Prozeß der Machtakkumulation hervorbringen könne. Nur mit Hilfe seiner rein logischen Einbildungskraft war er sogar imstande, den neuen Menschentypus zu zeichnen, der sich in einer solchen Form des Zusammenlebens und unter Bedingungen tyrannischer Gewalt zu bewegen weiß.“*<sup>46</sup>

### 1.3. Einführung des Privateigentums

Kaum eine Debatte hat die politische Philosophie, seitdem so geprägt, wie die Frage von öffentlichem und privatem Eigentum. Während der Frühsozialist Pierre Joseph Proudhon noch von *„Eigentum ist Diebstahl“* sprach, war es für Locke eine der wesentlichsten Aufgaben des Staates, sich um den Schutz dieses Eigentums seiner Bürger zu kümmern. Diese Forderung stellt gleichzeitig auch die Basis des wirtschaftlichen Systems von der Neuzeit bis heute dar.

Seit der neolithischen Revolution, wo der Mensch anfang Ackerbau zu Betreiben und sesshaft wurde, gab es natürlich bereits das individuelle Recht an Eigentum – insbesondere an Grund und Boden. So erkennen wir im „Kodex von Hammurapi“ (ca. 1.800 v. Chr.) Rechte für Landbesitzer und auch die Stadtmauern von Jericho (ca. 11.000 v. Chr.) können als Schutz von Landbesitz gesehen werden. Mit Aristoteles und Platon beginnt dann die überlieferte Reflexion über das Eigentum. In Platons „politeia“ teilt er die Bevölkerung in den Nährstand, den Wehrstand und den Lehrstand ein. Doch lediglich der Nährstand – also die Bauern – sollten

---

<sup>46</sup> Arendt, Hannah (1993): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München/Zürich, 251 ff.

über Land verfügen. Der Lehr- und Wehrstand hingegen sollte auf Privateigentum verzichten, um sich besser auf das Gemeinwesen konzentrieren zu können und um das Streben nach persönlicher Bereicherung zu unterbinden.<sup>47</sup> Für Karl Popper war dies auch einer der Hauptkritikpunkte an Platons „idealem Staat“. Er sah darin Parallelen zum Kommunismus und verurteilte deshalb dessen Gedanken, dass der Staat der Haupteigentümer sein soll, aufs schärfste.<sup>48</sup> Die Realität im alten Griechenland sah freilich ganz anders aus. Ein Großteil der Bevölkerung bestand zwar aus Bauern, die Grund und Boden besaßen - die Eigentümer waren dagegen meist Lehnherren oder reiche Adelsleute.

Aristoteles dagegen sieht das individuelle Eigentum über dem öffentlichen, weil das Individuum seiner Meinung nach dann ein größeres Interesse habe sich um dieses zu kümmern, wenn es ihm auch gehörte, weil er diesem dann eben mehr Wertschätzung zuspreche. Deshalb sieht er auch eine größere Wirtschaftlichkeit durch das Vorhanden sein von privatem Eigentum.<sup>49</sup>

Wie in vielen anderen Bereichen, revolutionierte die Neuzeit die philosophischen Reflexionen der alten Griechen. Vor allem John Locke wies in seinen Schriften vehement auf den Sinn und den Nutzen von Privateigentum hin. Seiner Meinung nach sage die natürliche Vernunft *„dass die Menschen, nachdem sie einmal geboren sind, ein Recht haben auf ihre Erhaltung und somit auf Speise und Trank und alle anderen Dinge, die die Natur für ihren Unterhalt hervorbringt.“*<sup>50</sup> Anhand von Obstbäumen erklärt er, wie durch die Vermischung der natürlichen Ressourcen durch den Faktor Arbeit, das Recht des Individuums auf ein Objekt hergestellt wird. So wird das Aufheben eines Obststückes unter einem Baum ohne Zweifel demjenigen das Recht auf das Obststück gegeben, der es aufgehoben hat. *„Meine Arbeit, die sie dem gemeinen Zustand, in dem sie sich befanden, enthoben hat, hat mein Eigentum an ihnen bestimmt.“*<sup>51</sup>

Auf diese Aussage wird sich später auch Adam Smith berufen, bei welchem ebenfalls der Faktor Arbeit eine zentrale Rolle spielt. Doch im Gegensatz zu

---

<sup>47</sup> Arends, Jacob F. M (1988): *Die Einheit der Polis. Eine Studie über Platons Staat*, Leiden

<sup>48</sup> Popper, Karl (1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (Band 1)*, Stuttgart,

<sup>49</sup> Koslowski, Peter: *Politik und Ökonomie bei Aristoteles*, Seite 44, (Pol. 1262 b 22-25)

<sup>50</sup> Locke, John: *Two Treatises of Government*. Chapter V of Property, §25

<sup>51</sup> Ebd., §28

Smith ist es Locke an dieser Stelle wichtig zu erwähnen, dass der Besitz gewissermaßen auch Grenzen hat. So wäre es eine Verschwendung, wenn das Individuum mehr Obst einsammeln und als sein eigen bezeichnen würde, als er denn verwenden könne: *„So viel, als ein jeder zu irgendwelchem Vorteil für sein Leben nutzen kann, bevor es verdirbt, darf er sich zu seinem Eigentum machen. Was darüber hinausgeht, ist mehr als ihm zusteht, und gehört den anderen. Nichts wurde von Gott geschaffen, um zerstört zu werden.“*<sup>52</sup> Damit würd er heute bei vielen Menschen auf offenen Ohren stoßen. So hat der Begriff der „Wegwerfgesellschaft“ sich mittlerweile unter Kritikern der Überflusgesellschaft etabliert. Doch in seiner Geldtheorie schafft er es diesen Gedankengang zu übergehen. So stellt er fest, dass das Obst gegen andere Waren oder gegen Geld eingetauscht werden kann und Geld verdirbt bekanntlich nicht. *„Gab er dann auch Nüsse für ein Stück Metall, dessen Farbe ihm gefiel, tauschte er seine Schafe gegen Muscheln ein oder Wolle gegen einen funkelnden Kiesel oder Diamanten, um sie sein ganzes Leben bei sich zu tragen zu können, so griff er nicht in die Rechte anderer ein, mochte er von diesen beständigen Dingen auch so viel anhäufen wie er wollte, er überschritt die Grenzen rechtmäßigen Eigentums nicht durch Vergrößerung seines Besitzes, sondern dann, wenn irgend etwas ungenutzt umkam.“*<sup>53</sup>

Dem Staat sah Locke in der Verpflichtung das Eigentum vor Diebstahl, Enteignung und Steuererhöhung zu beschützen. Umgekehrt äußerte er sich aber nicht darüber, den Staat vor einem zu großen angehäuften Eigentum in der Hand weniger, zu schützen.

#### 1.4 Nationalökonomie

Die ökonomischen Reflexionen sind einer wichtiger – um nicht zu sagen zentraler – Bestandteil der politischen Philosophie. Schon in Platons *Politeia* wird über die wirtschaftlichen Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnräumen philosophiert<sup>54</sup> und auch sein Schüler Aristoteles hat sich mit der „oikos“ als

---

<sup>52</sup> Ebd., §31

<sup>53</sup> Ebd., §46

<sup>54</sup> Platon: *Politeia* [II, 368a-372c]

Basis des Staates beschäftigt.<sup>55</sup> Heute werden diese als Grundbedürfnisse bezeichnet, die die Grundlage für das materielle Leben des Menschen darstellen. Über die Zeit hinweg haben sich nicht nur die Bedürfnisse verändert (aufgrund der Technik, sowie zahlreicher Luxusgüter), sondern auch die politischen Ansätze, wie man diese am Besten befriedigen könne.

Das Wort „Ökonomie“ kommt von dem griechischen Wort „oikos“, welches man am treffendsten mit dem Wort Haus übersetzen kann und dem Wort „nomos“, welches im Substantiv meist mit lenken oder verwalten übersetzt wird. Den Begriff „Politische Ökonomie“ hat jedoch erst im Jahre 1615 der französische Ökonom und Literat Antoine de Montchréstin eingeführt. Davor gab es wenige Philosophen oder Kaufmänner, die sich eingehend mit dieser Thematik beschäftigt haben. Zu erwähnen ist jedoch Thomas Mun, der im 17. Jahrhundert über Handelsbilanzen schrieb<sup>56</sup> und zudem der bekannte Finanzminister (bzw. Superminister) Jean-Baptiste Colbert, der Ludwig den XIV zu seiner Machtergreifung verholfen hatte. Dieser schrieb über diverse Möglichkeiten von Staatseingriffen in die Wirtschaft.<sup>57</sup> Man kann also davon ausgehen, dass er von den liberalen Ideen einiger seiner Zeitgenossen nicht besonders angetan war. Es ist auch bemerkenswert, dass in Frankreich bis heute das Wort liberal in wirtschaftlichen Zusammenhängen oft als Schimpfwort verwendet wird. Gemäß der Zeit war Colbert ein Vertreter des Merkantilismus, welcher die Wirtschaftspolitik in Europa vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bestimmte. Dabei steht der absolutistisch regierende Fürst, Monarch, Kaiser (oder welche Herrschaftsform auch immer) im Zentrum der Wirtschaft. Interessant dabei ist, dass in diesem veralteten Wirtschaftssystem sich wirtschaftliche Institutionen wie die Börse, das Versicherungswesen und das moderne Bankensystem etablierten.<sup>58</sup> Anhand des Merkantilismus erkennen wir auch den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staat und zwar insofern als europäischen Staaten im 17. und 18. Jahrhundert ihre Gewaltausbreitung massiv fortsetzten. Das Einverleiben neuer

---

<sup>55</sup> Aristoteles: *Polis* [III. 1252a, 25ff.]

<sup>56</sup> Mun, Thomas (1621): *A Discourse of Trade from England into the East Indies*

<sup>57</sup> Friedrich Sieburg (1960): *Das Geld des Königs. Eine Studie über Colbert*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart

<sup>58</sup> Rainer Gömmel (1998): *Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620–1800*. München

Rohstoffe durch militärische Mittel war ein Sinnbild für die Macht des Regenten (und in einzelnen Fällen der Regentin).

Doch die Neuzeit, und insbesondere die Werke von Thomas Hobbes, John Locke und Adam Smith sollten dieses System revolutionieren. Während Hobbes sich in erster Linie um die Staatsreformation bemühte und Locke das Recht auf privatem Eigentum forcierte, war es Adam Smith der die Nationalökonomie quasi neu erfinden sollte.

Zu erwähnen ist jedoch, dass David Hume es war, der lange vor Adam Smith den Merkantilismus und seine nachhaltige Ineffizienz kritisierte. So bemerkte er, dass eine lang anhaltende positive Außenhandelsbilanz, wie in der Merkantilismus einfordert, nicht möglich ist, weil der Wert des Geldes, in welches das Land fließt, rapide abnehme, während die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stark ansteigt. Dies hat immer teurer werdende Güter zur Konsequenz, wohingegen im Importland die Preise immer stärker fallen würden. Dieses Phänomen wird in der Wirtschaft bis heute diskutiert.

Doch der schottische Moralphilosoph Adam Smith ging in seinen Kritiken weit darüber hinaus. Die wirtschaftlichen Ziele der kolonialen Expansion waren nach dem Merkantilismus vor allem die Anhäufung von Edelmetallen – Gold und Silber im Besonderen. Dem gegenüber standen die Physiokraten, die in der Anhäufung von Grund und Boden das primäre Ziel sahen. Adam Smith erkannte jedoch in der Arbeit die Quelle des Reichtums und forderte eine Marktwirtschaft ein. Damit meinte er, dass Angebot und Nachfrage das Zentrum der Wirtschaft darstellen sollten.<sup>59</sup> Dabei wird allzu oft vergessen, dass sich Smith bereits vor seinem großen Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (dt. Wohlstand der Nationen - Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen) mit den Grundlagen menschlichen Verhaltens, sowie auch sozialen Beziehungen, auseinandersetzte. Dieses Werk „Theory of Moral Sentiments“ schrieb er 1759, also gut 18 Jahre bevor sein Klassiker veröffentlicht wurde. Gemäß der Neuzeit war es ihm also ein Anliegen, höchst wissenschaftlich an das Thema heranzugehen und zuerst die menschlichen Verhaltensweisen zu studieren. Smith stellt sich darin gegen die feudalen merkantilistischen Beschränkungen und

---

<sup>59</sup> Eckstein, Alexander (1971).: *Comparison of economic systems: Theoretical and methodological approaches*, Berkeley (California University)

Privilegien. Stattdessen zeigte er, dass „freie Märkte überhaupt funktionieren können.“<sup>60</sup> Nicht der absolute Regent bzw. die absolute Regentin, sondern der Markt bilden für ihn einen Anreiz- und Sanktionsmechanismus.<sup>61</sup>

Wir erkennen, dass Hobbes und Locke bereits die Grundlage für diese Wirtschaftstheorie geliefert haben. So verweist auch Hobbes in einem Nebensatz auf den Faktor Arbeit: „Damit die Bürger wohlhabend werden, ist zweierlei nötig: Arbeit und Sparsamkeit.“<sup>62</sup> Und wie wir schon im letzten Kapitel gesehen haben, schreibt auch Locke der Arbeit großen Wert zu: „Meine Arbeit, die sie dem gemeinen Zustand, in dem sie sich befanden, enthoben hat, hat mein Eigentum an ihnen bestimmt.“<sup>63</sup>

Doch Smith formulierte seine Theorie viel umfassender. Er prägte den Begriff „unsichtbare Hand“, welcher zur damaligen Zeit im allgemeinen Sprachgebrauch war und welchen er in seinem Werk nur beiläufig verwendete. Doch mit der Zeit bekam dieser Begriff eine religiöse Anlehnung, weil jene unsichtbare Kraft immer mehr die aufklaffende Lücke der Neuzeit fühlte, welche zuvor Gott inne hatte.<sup>64</sup> Smith definiert diesen Automatismus, der den Markt regeln sollte folgendermaßen: „Wenn daher jeder einzelne soviel wie nur möglich danach trachtet, sein Kapital zur Unterstützung der einheimischen Erwerbstätigkeit einzusetzen und dadurch dieses so lenkt, daß ihr Ertrag den höchsten Wertzuwachs erwarten lässt, dann bemüht sich auch jeder einzelne ganz zwangsläufig, daß das Volkseinkommen im Jahr so groß wie möglich werden wird. Tatsächlich fördert er in der Regel nicht bewusst das Allgemeinwohl, noch weiß er wie hoch der eigene Beitrag ist. Wenn er es vorzieht, die eigene nationale Wirtschaft anstatt die ausländische zu unterstützen, denkt er nur an die eigene Sicherheit, und wenn er dadurch die Erwerbstätigkeit so fördert, daß ihr Ertrag den höchsten Wert erzielen kann, strebt er lediglich nach eigenem Gewinn. Er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand

---

<sup>60</sup> Rothschild, Kurt Wilhelm (2002): *Missverständener Säulenheiliger. Zur Anatomie des Neoliberalismus*. In: Mitbestimmung H.2., Seite 18

<sup>61</sup> Kruber Klaus-Peter (2002): *Theoriegeschichte der Marktwirtschaft*. Münster, Seite 12 f.

<sup>62</sup> Hobbes, Thomas: *Elemente der Philosophie*, Übers. u. hrsg. v. Karl Schuhmann. Meiner, Hamburg 1997

<sup>63</sup> Locke, John: *Two Treatises of Government*. Kapitel V. Of Property, §28

<sup>64</sup> Rothschild, Edmond (1993): "Adam Smith and the Invisible Hand" in: *The American Economic Review*, Vol. 84, No. 2, Papers and Proceedings of the Hundred and Sixth Annual Meeting of the American Economic Association, Seite 319-322

*geleitet, um einen Zweck zu fördern, der keineswegs in seiner Absicht lag. Es ist auch nicht immer das Schlechteste für die Gesellschaft, dass dieser nicht beabsichtigt gewesen ist. Indem er seine eigenen Interessen verfolgt, fördert er oft diejenigen der Gesellschaft auf wirksamere Weise, als wenn er tatsächlich beabsichtigt, sie zu fördern.*“<sup>65</sup>

Dies kann als die Geburtsstunde der „Religion des Marktes“ gesehen werden, auf den sich einige Politiker und Wirtschaftswissenschaftler bis heute berufen. Aus ihrer Sicht regelt der Markt quasi von alleine die Aufgaben der Ökonomie. Dass diese „unsichtbare Hand“ jedoch nicht für alle im gleichen Maße von Vorteil ist, erkannte Smith bereits selbst: *„Derjenige Handel aber, der zwischen zwei Plätzen ohne Zwang und Beschränkung natürlich und regelmäßig betrieben wird, ist jederzeit für beide, wenn auch nicht in gleicher Weise vorteilhaft.“*<sup>66</sup> Naiver weise ging er jedoch davon aus, dass die Wohlhabenden von alleine ihren Reichtum mit der Gemeinschaft teilen würde.<sup>67</sup> Dies ist insofern widersprüchlich, als Smith ja in seiner Beschreibung des Menschen auf dessen Egoismus hinweist. Dieser Fehler wird sich über die Generationen hinweg potenzieren und in einer unvorstellbaren Kapitalakkumulation münden.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch der Einfluss von Jean-Baptiste Say und David Ricardo erwähnt, die die Theorien aufstellten, dass sich Angebot und Nachfrage selbst schaffen (Saysche Theorem<sup>68</sup>) und dass die Arbeitsteilung komparative Kostenvorteile für grenzüberschreitenden Handel und damit wirtschaftliche Vorteile für die involvierten Länder mit sich brächten.<sup>69</sup> Denn erst diese Theorie sollten die klassische Ökonomie

ermöglichen. Als Ende der Ära der klassischen Ökonomie wird hingegen die „marginalistische Revolution“ der 1870er Jahre gesehen. Aufbauend auf die

---

<sup>65</sup> Smith, Adam (1776): *Der Wohlstand der Nationen. Viertes Buch. Systeme der Politischen Ökonomie*, Kapitel 32

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Evensky, Jerry (2005): *Adam Smith's Theory of Moral Sentiments: On Morals and Why They Matter to a Liberal Society of Free People and Free Markets*. *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 19, Nr. 3,

<sup>68</sup> Jean-Baptiste (1807): *Abhandlung über die National-Ökonomie oder einfache Darstellung der Art und Weise, wie die Reichthümer entstehen, vertheilt und verzehrt werden* („*Traité d'économie politique*“). Gruber, Dillenburg 1999

<sup>69</sup> Ricardo, David: *Absoluter Wert und Tauschwert*. In: Bertram Schefold, (Hg.): *Ökonomische Klassik im Umbruch. Theoretische Aufsätze von David Ricardo, Alfred Marshall, Vladimir K. Dmitriev und Piero Sraffa*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 627. Frankfurt/Main 1986

Theorien ihrer Vorgänger ergänzte sie, dass der Wert eines Gutes nicht allein durch die aufgebrauchte Arbeit definiert wird, sondern über den individuellen (Grenz-) Nutzen. In die Geschichte der Nationalökonomie ist diese Lehre auch „subjektive Wertlehre“ bezeichnet worden. Nach Hermann Heinrich Gossen (1810-1858) benannte „Gossensche Gesetz“ besagt, dass der Grenznutzen eines Gutes mit zunehmender konsumierter Menge dieses Gutes abnimmt.<sup>70</sup> Mit diesem methodologischen Individualismus, welcher die individuelle Nutzenmaximierung anstrebte, kommt die Neoklassische Theorie (als Fortsetzung der klassischen Nationalökonomie) dem Gesetz einen Schritt näher, wonach die politische Ökonomie zu einer reinen Ökonomie werden sollte. Dies ergibt sich daraus, dass dem Gut kein objektiver, sondern nur noch ein subjektiver Wert beigemessen wird. Veranschaulicht wird dies etwa durch Alfred Marshalls „Principles of Economics“. Dieses Werk erschien 1890 und zeigt den Wandel der „political economy“ zur eigenständigen „economy“, indem er schon im Titel sich dafür entschied das Wort political zu entfernen.

An dieser Stelle der Geschichte betritt einer der kontroversesten Ökonomen das Feld der ökonomischen Theorien – Karl Marx. Für ihn hatten Güter sehr wohl eine objektive Komponente und der Staat war in seinen Theorien keinesfalls von der Ökonomie zu trennen. Er differenzierte die Begriffe „Tauschwert“ und „Gebrauchswert“, wobei der „Tauschwert“ von der notwendigen Arbeitszeit abhing.<sup>71</sup> Dies nennt man auch den Doppelcharakter von Waren. Dieser Doppelcharakter hat laut Marx auch zur Folge, dass es den Kapitalisten (den Geldbesitzer) und den Lohnarbeiter (Arbeitskraftbesitzer) gibt, was zu einer Spaltung von Klassen führt. Diese Abgrenzung von der Nutzentheorie ruft eine völlig neue Debatte der Arbeitswerttheorie hervor, welche bis heute diskutiert wird. Denn während der Lohnarbeiter im marx'schen Sinne nur über den Reproduktionswert der Arbeitskraft verfügt, erhält der Kapitalist den Mehrwert (oder auch Profit) der erzeugten Ware. Dies ist für Marx das Momentum der Klassenkampfes, da er in dieser Vorgehensweise eine nicht hinzunehmende Ausbeutung fest stellt. Und die Absicht diesen Mehrwert bzw. Gewinn zu erstreben, hat den Liberalismus de facto zum Kapitalismus gemacht, wenngleich die beiden Begriff sich seit jeher überschneiden. Nicht mehr der Handel stand im

---

<sup>70</sup> Hofmann, Werner (1964): *Wert- und Preislehre*. Duncker & Humblot, Berlin

<sup>71</sup> Marx, Karl (1867): *Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*, MEW 23, Seite 49

Mittelpunkt, sondern einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen und Kapital zu akkumulieren.<sup>72</sup>

Für Marx war der Kapitalismus „*die auf Warenproduktion, Marktwirtschaft, Investition von Kapital, Lohnarbeit und Profit beruhende Produktionsweise*“ einhergehend mit „*der Herrschaft des Kapitals bedingten sozialen, politischen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisse als Gesellschaftsordnung*“.<sup>73</sup> Er beschäftigte sich eingehend mit wirtschaftlichen Prozessen und sah das Kapital als Motor der Wirtschaft an. Zur gleichen Zeit stellte er fest, dass sich das Kapital selbst vermehrt, also quasi reproduziert. Denn der Kapitalist (also der- oder diejenige die über das Kapital verfügt) reinvestiert sein Vermögen und lässt es durch ArbeiterInnen vermehren. Dies bringt eine Eigendynamik hervor, deren reale Auswirkungen wir im Teil II dieser Arbeit noch genauer begutachten werden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Ökonomie also tief gespalten. Während auf der einen Seite die Kapitalisten das liberale System bevorzugten, standen auf der anderen Seite die Anhänger Marx, die die kapitalistischen Prozesse scharf kritisierten. Zudem entwickelte sich aus den Theorien Marx eine eigene Strömung des Sozialismus, welcher später im Kommunismus seine politische Manifestation wiederfand. Im Gegensatz zum Liberalismus, wo sich der Staat weitestgehend aus der Wirtschaft raus halten sollte, dominierte in dieser Theorie der Einfluss des Staates. Dieser sollte zum Wohl der Bevölkerung die Wirtschaft im wesentlichen verwalten und lenken. Diese Spaltung teilte die Welt und fand im Kalten Krieg ihren Höhepunkt. Schlussendlich setzte sich der Kapitalismus (der in den 80er Jahren durch den Neoliberalismus nochmals massiv an Schub gewann) durch und die meisten kommunistischen Staaten brachen auseinander und wurden anschließend vom kapitalistischen System vereinnahmt. Bei genauerer Betrachtung stehen aber auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit China, Russland und dem Großteil Südamerikas große Regionen der Welt noch immer unter starkem Einfluss der marxistischen Ideen, wenngleich sie in das globale

---

<sup>72</sup> Laut Gerhard Willke ist die Akkumulation das „Herzstück des Kapitalismus“, in: Gerhard Willke: *Kapitalismus*. Campus, Frankfurt am Main 2006, Seite 16

<sup>73</sup> *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 7/I, Argument, Hamburg 2008, S. 238

Wirtschaftssystem eingegliedert sind, welches freilich nach kapitalistischen Regeln funktioniert.

Doch auch in den Ländern, wo der Kapitalismus im 20. Jahrhundert das wirtschaftliche Geschehen leitete, erkennen wir den Einfluss der marx'schen Theorien. So hat auch in Europa die Arbeiterbewegung die Politik stark beeinflusst und die Sozialdemokratie, sowie die Soziale Marktwirtschaft hervorgebracht. Einhergehend sollte der Keynesianismus die Industrieländer nach der Weltwirtschaftskrise beherrschen, ehe der Neoliberalismus ihn verdrängte – doch dazu ihm nächsten Kapitel mehr.

Heute wird die Nationalökonomie auch als Volkswirtschaftslehre verstanden, welche auf die Knappheit der Ressourcen basiert und wie diese die Bedürfnisse der Menschen am effektivsten befriedigen sollte. Festzuhalten bleibt: Entscheidend für all diejenigen, die sich nach ihm mit politischer Philosophie und Ökonomie beschäftigten war dabei Thomas Hobbes. Auch Karl Marx erkannte dies und schrieb: *„Einer der ältesten Ökonomen und originellsten Philosophen Englands – Thomas Hobbes – hat in seinem <Leviathan> schon vorahnend auf diesen von allen seinen Nachfolgern übersehenen Punkt hingewiesen. Er sagt: > Der Wert eines Menschen ist wie der aller andern Dinge sein Preis: das heißt soviel als für die Benutzung seiner Kraft gegeben würde.< Von dieser Basis ausgehend werden wir imstande sein, den Wert der Arbeit wie den aller andern Waren zu bestimmen.“*<sup>74</sup>

Dieses materialistische Menschenbild und seine Auffassung vom Menschen im Naturzustand hallen bis heute nach und fanden ihren Höhepunkt im Neoliberalismus, welchen wir nun genauer betrachten werden.

---

<sup>74</sup> Marx, Karl: *Lohn, Preis und Profit*, in MEW 16, 1865, Seite 117

## 2. Neoliberalismus

*Das Denkmuster, wonach eine höhere Macht schon alles richtet,  
wenn der Staat sich nur heraus hält,  
hat eine Jahrhunderte lange Tradition.  
Es findet sich schon bei Thomas von Aquin.  
Die höhere Macht war bei ihm der "liebe Gott".  
Das Zeitalter, das durch diesen Grundgedanken geprägt war,  
nannte man übrigens "Mittelalter".*

*(Rudolf Dressler)*

### 2.1. Entstehung und Etablierung des neoliberalen Systems

Im 20. Jahrhundert knüpfte der Neoliberalismus an die Ideen des Liberalismus an und fand seine Ausdehnung zunächst vor allem im angloamerikanischen Raum.<sup>75</sup> Seine Bezeichnung stammt jedoch von einem französischen Ökonom namens Bernard Lavergne und wurde 1938 auf dem Colloque Walter Lippmann, einer Konferenz von Wissenschaftlern und Intellektuellen in Paris, von seinem Kollegen Alexander Rüstow in der Fachwelt etabliert.<sup>76</sup> Dort diskutierten 26 liberale Denker über die Folgen der Weltwirtschaftskrise und den sich daraus ergebenden Schlüssen für eine langfristige Wirtschaftspolitik, die sich zwischen reinem Kapitalismus und Sozialismus bewegen sollte. Es kristallisierten sich zwei starke Strömungen heraus, die sich bis heute auch in der politischen Landschaft wiederfinden. So sprachen sich die Österreicher Mises und Hayek für eine Rückfindung an den klassischen Liberalismus aus – welcher heute unter Neoliberalismus bekannt ist. Sie versanden dies als Konsequenz des in den Jahrzehnten davor aufkommenden Bestrebens des Staates sich in die Wirtschaft einzumischen. Auf der anderen Seite gab es die „Freiburger Schule“ um Walter Eucken, welche den „Ordoliberalismus“ etablieren wollte.<sup>77</sup>

---

<sup>75</sup> Nutzinger, Hans (Hrsg.): Liberalismus im Kreuzfeuer - Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Josef Knecht Verlag, Frankfurt a.M. 1986

<sup>76</sup> Wegmann, Milène (2002): *Früher Neoliberalismus und europäische Integration: Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932–1965)*. Nomos Verlagsgesellschaft, Seite 104

<sup>77</sup> Peters, Hans-Rudolf (2000): *Wirtschaftspolitik*. Oldenburg, Wissenschaftsverlag, Seite 150

Die Ziele waren dabei in erster Linie einen Ordnungsrahmen für den ökonomischen Wettbewerb zu schaffen. So schreibt Eucken: *„[Es] besteht eine große Aufgabe darin, dieser neuen industrialisierten Wirtschaft (...) eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft zu geben. (...) [F]unktionsfähig und menschenwürdig heißt: In ihr soll die Knappheit an Gütern (...) so weitgehend wie möglich und andauernd überwunden werden. Und zugleich soll in dieser Ordnung ein selbstverantwortliches Leben möglich sein.“*<sup>78</sup>

Denn der „laissez-faire-Liberalismus“ habe seiner Meinung nach zu den wirtschaftlichen Problemen der 20er Jahre geführt.<sup>79</sup> Aufbauend auf dem Konzept des „Ordoliberalismus“ formulierte Alfred Müller-Armack dann die wirtschaftspolitische Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“. Dabei sieht er das Ziel, *„auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die wirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.“*<sup>80</sup>

Dieser soziale Fortschritt wurde von den Vertretern der „Sozialen Marktwirtschaft“ unterschiedlich formuliert. Doch brachten sie nach dem zweiten Weltkrieg Themen wie Einkommensverteilung, Einkommensbesteuerung, Mindestlöhne, geregelte Arbeitszeiten, Sozialversicherung und dergleichen, auf die politische Agenda. Der Staat sollte sich also um das Wohl der Bürger kümmern. Heute bekennen sich Ländern wie Österreich oder Deutschland (siehe Staatsvertrag von 1990) zu einer „Sozialen Marktwirtschaft“ und auch im Vertrag von Lissabon steht: *„Grundlegendes Ziel der Union ist es künftig, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. Diese allgemeinen Ziele werden ergänzt durch eine Reihe besonderer Ziele: [...]. die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität.“*<sup>81</sup>

---

<sup>78</sup> Eucken, Walter: *Die Grundlagen der Nationalökonomie*. 9. Unveränderte Auflage. Springer-Verlag, Seite 239–240

<sup>79</sup> Schmid, Buhr, Roth u. Steffen (2006): *Wirtschaftspolitik für Politologen*, UTB, Seite 159-162

<sup>80</sup> Müller-Armack, Alfred (1976): *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*. Bern, Seite 245.

<sup>81</sup> EU-Verfassungsvertrag, Art. I-3

Es war also der Versuch unternommen worden, sich auf der einen Seite von einer zu großen staatlichen Einflussnahme (wie etwa im Kommunismus oder im Nationalsozialismus) zu distanzieren, die „laissez-faire“ Politik, wonach der Markt schon alles regeln werde, aber ebenfalls (aus den Lehren der Weltwirtschaftskrise) den Rücken zu zuwenden. Sowohl die Sozialdemokratie, als auch die christlich-sozialen Parteien (wie ja auch im Namen der beiden Parteien stehen) nahmen sich dieser Wirtschaftspolitik an und die Sozialpartner trugen in den meisten europäischen Ländern dazu bei den sozialen Frieden zwischen ArbeitsgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu schaffen.<sup>82</sup>

Nach der Weltwirtschaftskrise hatte jedoch noch eine andere Theorie die Wirtschaftspolitik entscheidend geprägt – der Keynesianismus. So schrieb John Maynard Keynes in seinem 1936 veröffentlichten Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“<sup>83</sup> über die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Für ihn war es von außerordentlicher Wichtigkeit eine möglichst hohe Nachfrage zu erzeugen, damit sich die Produktion und somit die Beschäftigung bestmöglich entwickeln. Um dies zu gewährleisten sollte der Staat durch erhöhte Ausgaben (was in der Regel durch die Aufnahme von Krediten ermöglicht wurde) die Wirtschaft steuern und fördern. Vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten, so waren die Lehren aus den 1920er Jahren, sei es besonders wichtig, dass der Staat viel Geld in die Hand nimmt. Im Gegenzug dazu solle in guten Zeiten dann wieder mehr gespart werden. Oberstes Ziel blieb jedoch das Wirtschaftswachstum durch erhöhte Nachfrage an Dienstleistungen und Produkten. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte der Keynesianismus bis Ende der 1970er Jahre seinen Höhenflug und schien der optimale „Partner“ der Sozialdemokratie zu sein.<sup>84</sup> Crouch wird dies später als den Höhepunkt der Demokratie ansehen.

Doch der Anstieg der Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und vor allem die Ölkrise haben bereits in den 70er Jahren, aber insbesondere in den 80er Jahren einen Umschwung herbeigeführt. Zudem waren die Regulierungsmaßnahmen der

---

<sup>82</sup> Schulz, Otto (2003): *Grundlagen und Perspektiven einer Europäischen Sozialpolitik*, Car Heymans Verlag: Köln/Berlin/Bonn/München

<sup>83</sup> Keynes, John Maynard (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. 11. Auflage. Duncker & Humblot, Berlin 2009

<sup>84</sup> Pasinetti, Luigi L. (2007): *Keynes and the Cambridge Keynesians*. Cambridge University Press, Cambridge

Politik einigen Konzernen und insbesondere der Finanzbranche ein Dorn im Auge. Der klare Gegner des Keynesianismus war dabei der Neoliberalismus, dessen Hauptvertreter vor allem Friedrich August von Hayek als auch Milton Friedman waren, welche auch beide den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bekamen. Durch die 1947 gegründete Mont Pelerin Society (MPS), deren erster Präsident Friedrich von Hayek selbst war, wurde begonnen die theoretischen Ideen des Neoliberalismus in die direkte Umgebung der angloamerikanischen Wirtschaftspolitik zu bringen.<sup>85</sup> Heute würde man ein derartiges Vorgehen wohl als Lobbyismus bezeichnen und erfolgreich überzeugte man die Reagan Administration (die zwischen 1981 und 1989 die Regierung der Vereinigten Staaten stellte), sowie das Kabinett von Margaret Thatcher (Britische Premierministerin von 1979-1990) sich dem neoliberalen Gedankengut – welches auch als Ideologie bezeichnet werden kann - zu zuwenden. Aus der Sicht der MPS war der Keynesianismus im Kontext mit Sozialismus und Enteignung zu sehen, da der Staat durch Eingriffe die Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen steuern solle.<sup>86</sup> Zu Zeiten wo die Rhetorik des Kalten Krieges allgegenwärtig war, traten sie damit offene Türen ein. Denn der Westen wollte sich von der Politik des Sozialismus (welcher allzu oft mit Kommunismus gleichgesetzt wurde) distanzieren und vor allem Präsident Reagan identifizierte sich sehr stark mit seinem ausgerufenen Ziel den Kommunismus nicht nur zu bekämpfen, sondern ihn zu besiegen.

Auf der anderen Seite fordert der Neoliberalismus ein Eingreifen des Staates nur bei einem Marktversagen oder dem Verlust von Wettbewerb durch Monopole.<sup>87</sup> Ansonsten soll es das Ziel sein, die spontane Ordnung des offenen Marktes die Gesellschaft regeln zu lassen.<sup>88 89</sup>

Durch eine Deregulierung des Finanzsektors entstand somit in London und in New York zwei Finanzzentren, die bis heute ihres gleichen suchen.

---

<sup>85</sup> „Erinnerungen an alten Glanz“ In: Der Süddeutschen Zeitung, von Gerd Zitzelsberger, Stand 24.11. 2008 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kapitalismus-in-der-krise-erinnerungen-an-alten-glanz-1.373355>

<sup>86</sup> Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis* VSA-Verlag Hamburg, 2002

<sup>87</sup> Woll, Artur (1990): *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, Franz Vahlen, Verlag München, 1990

<sup>88</sup> Soros, George (2001): *Die offene Gesellschaft- Für eine Reform des globalen Kapitalismus*, Alexander Ferst Verlag Berlin

<sup>89</sup> Hayek, Friedrich August von 1952: *Individualismus und Wirtschaftliche Ordnung*, Erlenbach/Zürich

Investmentbanken führen unglaubliche Gewinne ein und verhalfen den USA, sowie Großbritannien dazu, ihre politische Macht durch wirtschaftliche Dominanz weiter auszubauen. Gleichzeitig fand eine enorme Kapitalakkumulation im Finanzsektor statt. Banken und Hedgefonds gewannen an Macht und Bedeutung, welcher man bereits an dem Stadtbild New Yorks und Londons erkennen kann.

Nach dem Fall der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre wurde dann der Weg geebnet, den Neoliberalismus weltweit voranzutreiben. Beflügelt wurde er auch durch den Aufschwung der Aktienmärkte in den 1990er Jahre, bevor im Jahr 2000 die so genannte „doccom-Blase“ platzte.

Doch bereits in den 1980er Jahren, war der wirtschaftliche Erfolg des angloamerikanischen Raums gegenüber dem Kommunismus unübersehbar und wurde deshalb in vielen Ländern auch versucht zu kopieren. In Österreich hörte sich das Zu Beginn des neuen Jahrtausends dann folgendermaßen an: *„Das eiserne Sparen für das Nulldefizit, sagt [...] Finanzminister [Grasser], ist überhaupt erst notwendig geworden durch diesen <Sozialstaat>, der <überbordet>, <ausufert>, <Wildwuchs> hervorgebracht und <Sozialschmarotzer> ermuntert hat und nun, endlich, zurückgesetzt werden muss, damit es unsere Kinder einmal besser haben.“*<sup>90</sup>

Der Wandel von der Sozialen Marktwirtschaft, wo die Politik sich noch mit Errungenschaften für die Bevölkerung rühmte, bis hin zum Neoliberalismus, wo Menschen die vom Staat, in welcher Form auch immer unterstützt werden, als „Sozialschmarotzer“ bezeichnet werden, wurde innerhalb weniger Jahrzehnte vollzogen. Von den USA und Großbritannien ausgehend, setzte er sich in nahezu allen Ländern der Welt durch. Denn auch wenn sich Staaten (vor allem in Europa) offiziell (siehe oben) noch zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen, werden wir in den folgenden Kapiteln sehen, wie sich auch hier der Neoliberalismus durchgesetzt hat.

---

<sup>90</sup> Fleischhacker, Michael: „Kampf der Symbole. Das Match <Sozialstaat gegen Nulldefizit> könnte zu wichtigen Klarstellungen führen“. In: der Standard. 05.09.2002

## 2.2. Grundzüge und Ziele des neoliberalen Systems

In jedem Land der Welt wird der Neoliberalismus auf eine andere Art und Weise praktiziert. Nachdem er an sich als Ideologie zu verstehen ist und mit den jeweiligen nationalen Problemen und Historien in Konkurrenz steht, kommt es zu unterschiedlichen politischen Handlungen. Im Endeffekt – wie wir sehen werden – läuft es aber auf die Ziele des Neoliberalismus hinaus, auch wenn sie die jeweiligen PolitikerInnen dessen in den meisten Fällen wohl gar nicht bewusst sind.

Als oberstes Credo des Neoliberalismus kann dabei der Abbau des Staates verstanden werden. An seiner Stelle solle „der Markt“ jede gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Kontroverse lösen. *„Wie Hayek immer wieder betont, ist der Markt weder sozial noch unsozial, weder gerecht noch ungerecht, er ist – im Gegensatz zu den Annahmen der ökonomischen Klassiker über die unsichtbare Hand – keine moralproduzierende Ordnung im Adam Smith’schen Sinne, sondern nur ein anonymes und dezentrales Koordinationsinstrument.“*<sup>91</sup> Anders formulierte es Duncan Green: *“In economic terms, the state is part of the problem, not the solution.”*<sup>92</sup>

Der Staats solle seinen Funktionen auf ein Minimum reduzieren. Ihm kommen die Aufgaben zu, die bereits im Liberalismus ausgerufen wurden: Stellung des Gewaltmonopols, der Schutz von Privateigentum, sowie eine Gewährleistung des Rechtsstaats für Bürger und Unternehmen. An diesem Punkt kann man gut erkennen, dass sich der Neoliberalismus quasi eine Renaissance des Liberalismus ist, jedoch über diesen hinausgeht.<sup>93</sup> Zusätzlich fordert Milton Friedman nämlich die Gewährleistung von Chancengleichheit, den Schutz des Individuums, die Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen für den freien Markt und die Verhinderung von Diskriminierung. Eine direkte Einflussnahme in die Wirtschaft

---

<sup>91</sup> Brestan, Jürgen Dominik (2008): Die Philosophie des Neoliberalismus und ihre praktische Überformung im Kontext eines globalisierten Kapitalismus.“ DA Universität Wien, Seite 47

<sup>92</sup> Green, Duncan (1995): Silent Revolution: *The Rise Of Markets And Economics In Latin America*, Biddles Ltd., Guilford, King’s Lynn, Seite 245

<sup>93</sup> Matis, Herbet /Stiefel, Dieter (1991): *Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert*. Wien, Ueberreuter, Seite 172

ist hingegen nur erlaubt, wenn es um die Verhinderung von Monopolen geht. Ansonsten führe der Markt nur zu Fehlfunktionen.<sup>94</sup>

Unter Chancengleichheit und der Verhinderung von Diskriminierung ist dabei die Förderung einzelner Mitglieder der Gesellschaft gemeint. So sei es nicht gerecht, wenn jemand staatliche Unterstützung bekomme, die ein anderer bzw. eine andere, nicht bekommt. Daran erkennen wir bereits, warum der Neoliberalismus als „Angriff auf den Sozialstaat“ verstanden werden kann. Soziale Probleme sollten vom Markt und nicht vom Staat geregelt werden. Heribert Prantl brachte es mit folgendem Satz auf den Punkt: *„Der Sozialstaat verwandelt sich in den Kapitalstaat“*.<sup>95</sup>

Während diese Auffassung insbesondere von den Amerikanern (und dort vor allem auf Seiten der Republikanern) auf Seiten der Bevölkerung so wahrgenommen wird, hat die Soziale Marktwirtschaft in Europa eine andere Geschichte und ist deshalb auch in der Politik, sowie in der Bevölkerung, anders verankert. Crouch führt dies auf die fehlende Arbeiterbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts zurück.

Seit dem Ausbruch der „Krise“ am Anfang des 21. Jahrhunderts stellen wir in Europa eine ähnliche Entwicklung, wie im angloamerikanischen Raum in den letzten 20 Jahren fest. Aufgrund der immer größerer werdenden Tranchen, die für die Tilgung von Krediten, sowie deren Zinsen aufgewandt werden müssen, finden massive Einschnitte in der Sozialpolitik der Länder statt. Denn damit der Staat seine Schulden ableisten kann (wobei er diese in den seltensten Fällen abbaut, sondern lediglich die Vermehrung dieser versucht zu bremsen) muss gespart werden. Doch es gibt Bereiche, wo diese Einsparungen leichter möglich sind als in anderen, weshalb es in den meisten Fällen zu sozialen Kürzungen kommt. Neben dem Abbau von sozialen Maßnahmen des Staates, ist es allerdings auch das Ziel des Neoliberalismus „Privatisierungen“ voranzutreiben und den Staat zum Abbau von „Steuern“, „Zöllen“ und „Reglementierungen“ zu bewegen. Ähnlich wie hochverschuldete Entwicklungsländer, werden nun auch europäische Länder von ihren Kreditgebern zu diesen Maßnahmen gedrängt. Die

---

<sup>94</sup> Friedman, Milton (1962): *Capitalism And Freedom*, Chicago University Press, Chicago

<sup>95</sup> Prantl, Heribert (2005): *Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit*. München: Droemer Verlag, Seite 18

Verschuldung der Länder hat den Neoliberalismus deutlich beflügelt. Denn damit höhere Einnahmen verzeichnet werden können, kommt es zu Privatisierungsmaßnahmen. So werden öffentliche Verkehrsmittel, die Post, Telekommunikationsunternehmen, Wasserbetriebe, Müllabföhren und andere staatliche Unternehmen weltweit in zunehmenden Maße privatisiert. Dabei ist es insofern interessant, dass das Wort Privatisierung vom lateinischen Wort „privare“ abstammt – was übersetzt soviel heißt wie „berauben“. Der Staat gibt seine Macht also sukzessive an „die Wirtschaft“ - also Firmen und Personen die über Kapital verfügen - ab und diese rauben sich in diesem Sinne das Volkseigentum.

Gerade in Bereichen, wo die Bevölkerung auf diese ehemaligen staatlichen Betriebe angewiesen ist, wie etwa bei der Wasserversorgung, der Energieversorgung, bei öffentlichen Verkehrsmitteln oder der Müllabfuhr, kann es somit zu gravierenden Problemen führen. Gerade auch, weil private Anbieter auf eine Gewinnmaximierung aus sind und dementsprechend ein anderes Preisverständnis haben, als es bei staatsnahen Konzernen der Fall ist. So hat die Politik bzw. die politischen Vertreter des Neoliberalismus immer wieder auf die Kosteneffizienz und die dadurch sinkenden Preise bei Privatisierungen hingewiesen, die Realität aber oft ein anderes Bild gezeichnet.<sup>96</sup> In Großbritannien werden mittlerweile sogar Polizeistationen an private Firmen ausgelagert.<sup>97</sup> Und auch die Auslagerung militärischer Operationen an Sicherheitsfirmen wirft die Frage auf, inwiefern das Gewaltmonopol des Staates dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Fest steht: Das Bestreben zur Privatisierung hat sich weltweit durchgesetzt – aus welchen Gründen auch immer. So schreibt das deutsche Bundesministerium für Finanzen 1991 in einem Gesamtkonzept für die Privatisierungs- und Beteiligungspolitik des Bundes: *„In der sozialen Marktwirtschaft geböhrt grundsätzlich privater Initiative und privatem Eigentum Vorrang vor staatlicher Zuständigkeit und staatlichem Eigentum Privates Eigentum und*

---

<sup>96</sup> Boris, Dieter (2005): *Vom temporären Hegemonieverlust zum „stabilen Normalkapitalismus“ Argentinien vier Jahre nach der großen Krise*, in: Boris/Schmalz/Tittor (Hrg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg, S. 136-162.

<sup>97</sup> „Großbritannien: Polizei in privater Hand, In: DiePresse Stand: 03.03.2012  
[http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien\\_Polizei-in-privater-Hand](http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/737144/Grossbritannien_Polizei-in-privater-Hand)

*privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit gewährleisten am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse und damit Wohlstand und soziale Sicherheit für die Bürger. [...] Überall da, wo es möglich ist, muß in weitestgehendem Umfang privates Eigentum an die Stelle des staatlichen Eigentums treten.*<sup>98</sup>

Während sich einige Länder schneller der Privatisierungswelle unterworfen haben, versuchen sich andere (zumindest in einigen Branchen, wie etwa in der Wasserversorgung) dagegen zu wehren.<sup>99</sup> Doch Staatsbetriebe stellen einen unzulässigen Eingriff des Staates in den Markt dar und somit ist es das Ziel, dass alle Unternehmen aus staatlicher und in private Hände kommen. Wer genau diesen Prozess vorantreibt werden wir uns im Kapitel 2.3. im Detail ansehen. Davor seien jedoch noch die Deregulierungsmaßnahmen erwähnt. Die Abschaffung dieser sind nämlich ebenfalls Ziele des Neoliberalismus. So kann der Staat Steuern, Subventionen, Zölle und Handelsverbote aussprechen. Dies tut er in erster Linie um das wirtschaftliche Geschehen in einem gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu steuern. So sollen durch Einfuhrzölle (oder auch Subventionen) etwa die heimischen Produzenten vor ausländischen geschützt werden, was die Unabhängigkeit des Landes gewährt und die Arbeitsplätze der Bevölkerung sichert. Vor allem im Agrarbereich ist dies für die Menschen überlebenswichtig. Die Aufhebung dieser Zölle führt oft zu einem Preisdumping, wo Bauern aus ärmeren Regionen der Welt aufgrund des technischen Nachteils mit großen Agrarkonzernen und deren Preise nicht mithalten können. Ein anderer Nachteil für Konzerne und deren Führungsetagen sind Steuern. Im Neoliberalismus werden diese als Diebstahl von Eigentum verstanden, weshalb sich auch enorme Summen (die OECD schätzt etwa 11 Billionen Dollar<sup>100</sup>) auf so genannten Steueroasen befinden. Komplizierte Rechtskonstruktionen ermöglichen

---

<sup>98</sup> Jochen Monstadt (2004): Die Modernisierung der Stromversorgung: regionale Energie- und Klimapolitik im Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess, Verlag für Sozialwissenschaften, Seite 164

<sup>99</sup> Hein, Eva (2009): *Privatisierung - Warum führen einige Länder Privatisierungen durch und andere Länder nicht?: Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Privatisierung des Wassersektors in Bolivien und in Uruguay*, GRIN Verlag, Universität Hamburg

<sup>100</sup> "Das 'Who is Who' der Steueroasen", In: Handelsblatt Stand: 28.02.2008

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/recht-steuern/steuern/steuerflucht-das-who-is-who-der-steueroasen/2927764.html>

so eine steuerfreie Zone, wo dem zuständigen Fiskus der Zugriff nicht mehr möglich ist. Im Teil II dieser Arbeit werde ich auf dieses Phänomen noch näher eingehen.

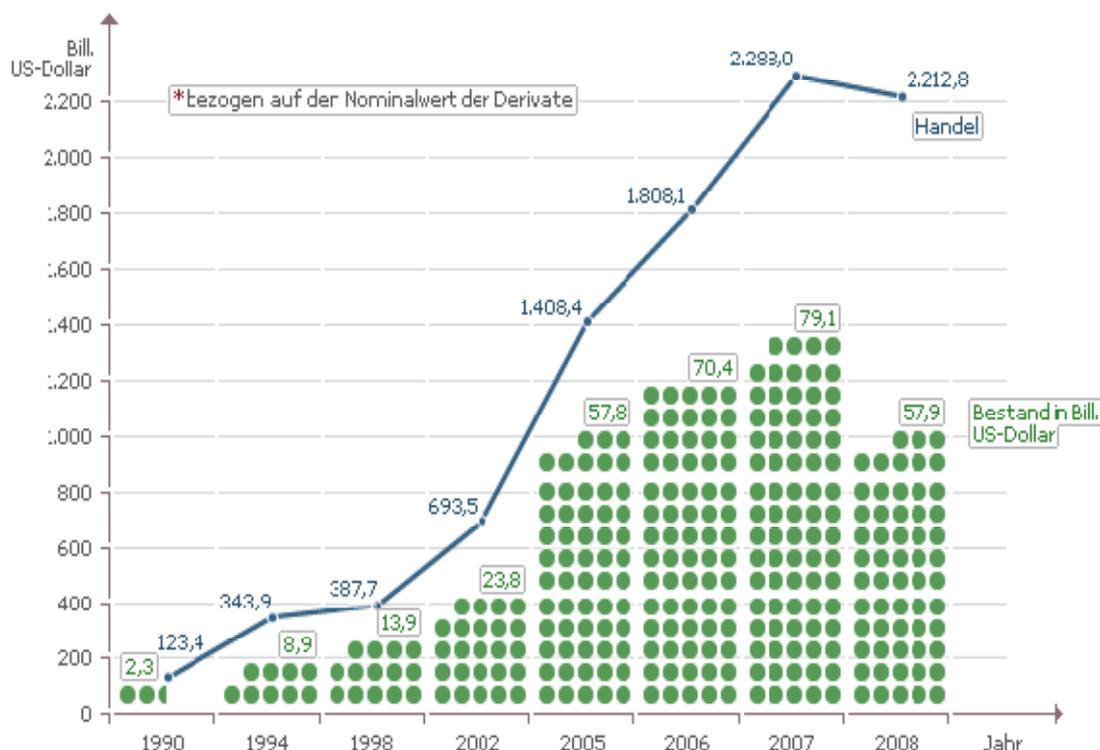
Schlussendlich seien noch die Handelsverbote erwähnt. Als gutes Beispiel kann etwa die Aufhebung des „Glass-Steagall-Acts“ herangezogen werden. Nach der Weltwirtschaftskrise entschloss sich die USA ein so genanntes Trennbankensystem einzuführen. Nachdem auch diese Krise von Spekulanten ausgelöst wurde, sich die Politik allerdings bewusst war, dass die konventionellen Bereiche von Banken die tragende Säule des Wirtschaftssystems waren, entschloss man sich dazu, konventionelle Banken von Investment-Banken zu trennen. Er wurde 1932 in Kraft gesetzt und hatte seine Gültigkeit bis zum Jahr 1999. Nach massiven Lobbyings der Finanzbranche und dem Zentralbankchef der Federal Reserve Bank der USA Allen Greenspan, der sich als glühender Verfechter des Neoliberalismus sah und die Deregulierung des Finanzsektors forderte, hob der damalige Präsident Bill Clinton das Gesetz wieder auf. Zudem wurde die Regulierung von Derivaten (welche u. A. das „Produkt“ der Spekulationsbanken sind) weitestgehend aufgehoben.<sup>101</sup> Dies führte zu einem Anstieg der Spekulationsprodukte, der im Jahr 2008 das doppelte an Wert aller Aktien der Welt umfasste.

---

<sup>101</sup> Wilmarth, Jr., Arthur E. (2002), *"The Transformation of the U.S. Financial Services Industry, 1975-2000: Competition, Consolidation and Increased Risks"*, *University of Illinois Law Review* (2): Seite 215-476

## ■ Börsengehandelte Finanzderivate

Bestand und Handel\*, in absoluten Zahlen, weltweit 1990 bis 2008



Quelle: Bank for International Settlements (BIS): Quarterly Review, verschiedene Jahrgänge  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de



Abbildung 2 Börsengehandelte Finanzderivate Quelle: Bank for International Settlements (BIS)

Der Bestand aller Aktien der Welt betrug 2008 rund 32,5 Billionen Dollar. Der von alleine börsengehandelten Derivaten betrug 2008 bereits 57,9 Billionen Dollar – also deutlich mehr. Ein Börsenhandeln von über 2.200 Billionen Dollar entspricht einem Handelstagsvolumen von 8,8 Billionen Dollar und dies sind nur die börsengehandelten Derivate. Das Ergebnis waren Milliarden Gewinne auf Seiten der Banken und eine katastrophale Krise die im Jahr 2008 ihren Ausgang gefunden hat und bis dato noch anhält. Denn die Derivate für Immobilien hatten einen so großen Wert erreicht, dass ihr Ausfall zu der so genannten „Subprime-Krise“ führte, die viele Banken weltweit in die roten Zahlen riss. Doch während die Gewinne der Banken privat waren, mussten die maroden Banken, die bei diesem Casino-Spiel auf die falschen Produkte gewettet hatten, mit Steuergeldern gerettet werden, weil diese Banken angeblich „systemrelevant“ bzw. „too big too

fail“ waren. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätze die Verluste die durch diese Krise entstanden sind auf unvorstellbare vier Billionen Dollar.<sup>102</sup> Diese Verluste wurden größtenteils von Steuerzahlern übernommen. Nun überlegt man deshalb langsam diese Spekulationsprodukte zu regulieren, doch aufgrund des Widerstandes aus Großbritannien und den USA, sowie der Aussicht auf schnelle und große Gewinne für Banken, blieben die Spielregeln weitestgehend beim Alten. An diesem Musterbeispiel kann man erkennen, wie problematisch die Aura des Neoliberalismus geworden ist. Denn jahrzehntelang hat man sich dem Glauben unterworfen, dass wenn *„jeder Produzent seinen Gewinn und jeder Konsument seinen Nutzen maximiert, ist die Wirtschaft als ganze effizient, und es kann keiner besser gestellt werden, ohne dass zugleich ein anderer schlechter gestellt würde.“*<sup>103</sup> Die tatsächlichen Auswirkungen der Krise zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild und doch wird daran festgehalten.

Der Vorteil dieses Systems ist seine Anpassungsfähigkeit und seine Anerkennung in der medialen und wissenschaftlichen Debatte.<sup>104</sup> Zudem ist er alltagstauglich und leicht zu vermitteln, auf der anderen Seite zugleich so verwirrend, dass er systemumfassend wirkt und die breite Bevölkerung einschüchtert und sich genauer damit zu befassen. Der Vorwand der Freiheit für Alle, ohne sich einer politischen Ideologie, wie dem Faschismus oder dem Kommunismus – deren produziertes Leid sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit gebrannt hat - zu unterwerfen, kam bei den Menschen gut an. Vor allem aufgrund der Tatsache, dass der materielle Wohlstand – insbesondere in Form neuer Technologien – all gegenwärtig war.<sup>105 106</sup>

Die komplexeren Zusammenhänge des Neoliberalismus, sowie deren Folgewirkungen in der Zukunft hatte man dabei ausgeblendet. Wir werden uns in dieser Arbeit allerdings genauer damit befassen. Dafür ist es zunächst notwendig die Institutionen unter die Lupe zu nehmen, die wesentlich das neoliberale System weltweit durchgesetzt haben.

---

<sup>102</sup> „Vier Billionen Dollar Schaden durch Krise“, In: Salzburger Nachrichten, Stand: 22.04.2009  
<http://search.salzburg.com/articles/3955802>

<sup>103</sup> Samuelson, Pauls /Nordhaus, William (1998): *Volkswirtschaftslehre*, Ueberreuter, Wien , Seite 702

<sup>104</sup> Walpen, Bernhard 2004: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*; VSA Verlag, Hamburg

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis* VSA-Verlag Hamburg

### 2.3. Globale Institutionen des Neoliberalismus

Bereits vor dem Ende des 2. Weltkrieges gab es Überlegungen, wie eine neue Wirtschaftsordnung aussehen könnte. So hatten die USA mehr als 70% an Goldreserven und die wirtschaftlichen Hauptkonkurrenten waren durch den Krieg stark gezeichnet. Es war also klar, dass es nach dem Weltkrieg neue Machtkonstellationen geben würde. Jedoch hatte man erkannt, wie wirtschaftliche Probleme sich unmittelbar auf Gesellschaft und Politik auswirken konnten und dies wollte man verhindern. Der Amerikaner Dexter White, sowie der Engländer John Maynard Keynes unterbreiteten auf der Konferenz „*Joint Statement by Experts on the Establishment of an International Monetary Fund*“ ihre Vorschläge, wie man eine Hyperinflation wie in Deutschland zwischen 1914 und 1923 verhindern könne und ein stabiles Währungssystem schaffen konnte. Beim Abkommen von Bretton Woods – welches im gleichnamigen Ort im US-Bundesstaat New Hampshire im Juli 1944 verabschiedet wurde, ratifizierten 44 Staaten den Vorschlag von White zur Gründung eines Fonds. Die Mitgliedsländer zahlten nach festgelegten Quoten Beträge in diesen Fonds ein, welche gegebenenfalls in Form von Krediten an Länder vergeben wurden, die diese dringend benötigten. Zudem wurde beschlossen den Dollar an Gold zu koppeln um stabile Währungen zu gewährleisten.

Nach dem Ende des Krieges half man dann mit dem „Marshallplan“ in Form dieser Kredite Europa zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der heute auch als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wird. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten, die aus politischen und ideologischen Gründen nicht an diesem Programm teilnahmen, wurden ausgebootet.<sup>107</sup>

Neben dem Internationalen Währungsfonds (IMF) wurde auch noch die Weltbank gegründet. Ihre primäre Aufgabe war es, die ärmeren Regionen der Welt bei ihrem Aufbau zu unterstützen. Beide Organisationen haben seit ihrer Gründung stark an Mitglieder zugenommen. Heute umfasst die Weltbank – Gruppe (die in Wahrheit aus fünf verschiedenen Rechtspersönlichkeiten besteht, jedoch meist als eine Organisation auftritt und wahrgenommen wird) bis zu 187 Mitglieder -

---

<sup>107</sup> C. Schoder, S. Pirklbauer (2008), *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schief lagen aus dreißig Jahren neoliberaler Finanzmärkte*, in: Attac (Hg.), *Crash statt Cash*, Wien, OGB Verlag, Seite 15

genauso wie der IMF. Sie haben eine unterschiedliche Stimmverteilungen (je nach Einlage). Eine Mitgliedschaft beim IMF setzt eine Mitgliedschaft bei der Weltbank vor. Beide sind zudem Sonderorganisationen der UNO. Vor allem die USA, aber auch Großbritannien (beides Länder, die den Neoliberalismus forcieren) sind. Dabei ist vor allem das Vetorecht der USA beim IMF hervorzuheben. Die USA sind in diesen Gremien das einzige Land, das über ein Veto verfügt, weshalb sie bei der Kreditvergabe eine außerordentliche Rolle spielen. Aufgrund des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses von Ländern wie Brasilien, Russland, Indien und vor allem China (die auch unter dem Kürzel BRICs-Staaten bekannt sind) wird eine Neustrukturierung debattiert. Auch die Länder der Europäischen Union überlegen ihre Stimmrechte zu bündeln.<sup>108</sup>

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, wie sich die Bretton-Woods Organisationen (wie IMF und Weltbank auch genannt werden) seit den 1970er Jahren in ihrer Funktion verändert haben. Als nämlich 1971 Frankreich die USA und deren damaligen Präsidenten Nixon aufforderten, ihre Schulden in Höhe von 191 Millionen Dollar nicht in Dollar, sondern in Gold auszuzahlen, kam das offensichtliche zum Vorschein. Die Schulden waren dermaßen angestiegen, dass die USA den Dollar längst nicht mehr an den Goldwert koppeln konnten. Dieses Momentum wird heute auch als „Nixon Shock“ bezeichnet und kann als Bruch des Bretton Woods – Abkommens gesehen werden, denn die Ankoppelung des Dollars an Gold war ein wesentliches Ziel des Abkommens. Doch die Organisationen gingen in die Offensive, koppelten den Dollar an den Ölpreis (welcher ausschließlich in Dollar verrechnet wird) und starteten eine wahre Flut an neuen Krediten, welche die Nehmerländer nur allzu gerne annahm. Der Haken an der Sache war, dass sowohl Weltbank als auch IMF diese Kredite nur unter strengen Auflagen vergaben.

1990 fand in Washington DC eine Konferenz statt, die unter dem Namen „Washington Consensus“ in die Geschichte einging. Dort wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen beschlossen, welche IMF und Weltbank als ihr Ziel definierten. Diese Ziele wurden mit so genannten Strukturanpassungsplänen“

---

<sup>108</sup> „EU-Kommission fordert eine Euro-Stimme im IWF“, in: FAZ, Stand: 20. 11 2011:  
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/schuldenkrise-eu-kommission-fordert-eine-euro-stimme-im-iwf-11535503.html>

umgesetzt. Diese mussten die Kreditnehmerländer akzeptieren bevor sie einen Kredit bekamen.<sup>109</sup>

- *„Nachfragedrosselung und Kürzung der Staatsausgaben durch Fiskal-, Kredit- und Geldpolitiken*
- *Wechselkurskorrektur (Abwertung und Verbesserung der Effizienz der Ressourcennutzung in der gesamten Wirtschaft (Rationalisierung und Kostenökonomie)*
- *Liberalisierung der Handelspolitik durch Abbau von Handelsbeschränkungen und Handelskontrollen, sowie verbesserte Exportanreize*
- *Deregulierung von Märkten und Preisen (was oft auch die Abschaffung von Preissubventionen für Grundbedarfsartikel bedeutete)*
- *Haushaltskürzungen*
- *Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen*
- *Entbürokratisierung*
- *Abbau von Subventionen“*

Wir erkennen an dieser Stelle deutlich die Handschrift des Neoliberalismus, dessen Vertreter sich kurz vor dieser Zeit Eingang in die einflussreichsten politischen Kreise der Länder verschafft haben, die in diesen Organisationen den Ton angeben. Die Sinnhaftigkeit dieser Ziele ist seitdem stark umstritten und Thema vieler Publikationen und Forschungen.<sup>110 111</sup>

Waren es in den 1970er und 1980er Jahren vor allem afrikanische Länder, die mit diesen „Strukturanpassungsplänen“ dem Neoliberalismus unterworfen wurden, so ging die Welle in den 90er Jahren auf Lateinamerika über. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise sehen wir zunehmend auch europäische Länder, die den

---

<sup>109</sup> Kellerman, Christian (2006): *Die Organisation des Washington Consensus*, Transcript, 1. Auflage, Seite 96

<sup>110</sup> Twele, Cord (1995): *Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe vor dem Hintergrund der Schuldenkrise der »Dritten Welt« seit Beginn der achtziger Jahre*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

<sup>111</sup> Dreher, Axel (2003): *Die Kreditvergabe von IWF und Weltbank: Ursachen und Wirkungen aus politisch-ökonomischer Sicht*. wvb Berlin, Berlin

Forderungen des IMF Nachkommen müssen um die notwendigen Kredite zu erhalten.<sup>112</sup>

Die Tatsache, dass der Kapitalismus massiv durch das Kreditwesen angetrieben wird, hat die Bretton-Woods Institutionen zu einem einflussreichen Player in der Wirtschaftspolitik gemacht. Durch ihre Strukturanpassungspläne haben sie die Handels- und Wirtschaftspolitik der Nationen gravierend mitbestimmt – oft auch gegen das Interesse einzelner Staaten. Und auch eine weitere Organisation hat sich den Zielen des Neoliberalismus verschrieben und darf an dieser Stelle nicht vergessen werden: die Welthandelsorganisation (WTO). Genauso wie die Bretton-Woods Institutionen geht der Ursprung dieser Organisation auf das Bestreben einer neuen Weltordnung nach dem 2. Weltkrieg zurück. Dabei gibt es die WTO – die ihren Sitz in Genf hat – selbst erst seit dem Jahr 1995, wo sie auf der „Uruguay Runde ins Leben gerufen wurde. Nach einer siebenjährigen-Verhandlungszeit wurden dort ihre Vorläufer, die GATT (General Agreement on Tariffs and Trade / Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen), die GATS (General Agreement on Trade in Services / Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und die TRIPS (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights/ Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des Geistigen Eigentums) zu einer Organisation gebündelt. Doch ihre Ursprünge gehen auf das Jahr 1947 zurück. Die drei Organisationen, die sich mit Waren, Dienstleistungen und geistigem Eigentum im weltweiten Handel befassen hatten dabei ähnliche Ziele wie IMF und Weltbank. Hatten sie zu Beginn nur 23 Gründungsmitglieder, sind heute 157 Staaten (darunter auch die EU als eigenes Mitglied) Mitglieder der WTO. Wir erkennen also, dass IMF, Weltbank und WTO global agieren und dadurch die Globalisierung entscheidend mitgeprägt haben. Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass auch die WTO über einen starken Durchsetzungsmechanismus verfügt. So kann die Organisation mit Handelssanktionen gegen ihre Mitglieder vorgehen, was zu enormen wirtschaftlichen Auswirkungen führen kann.

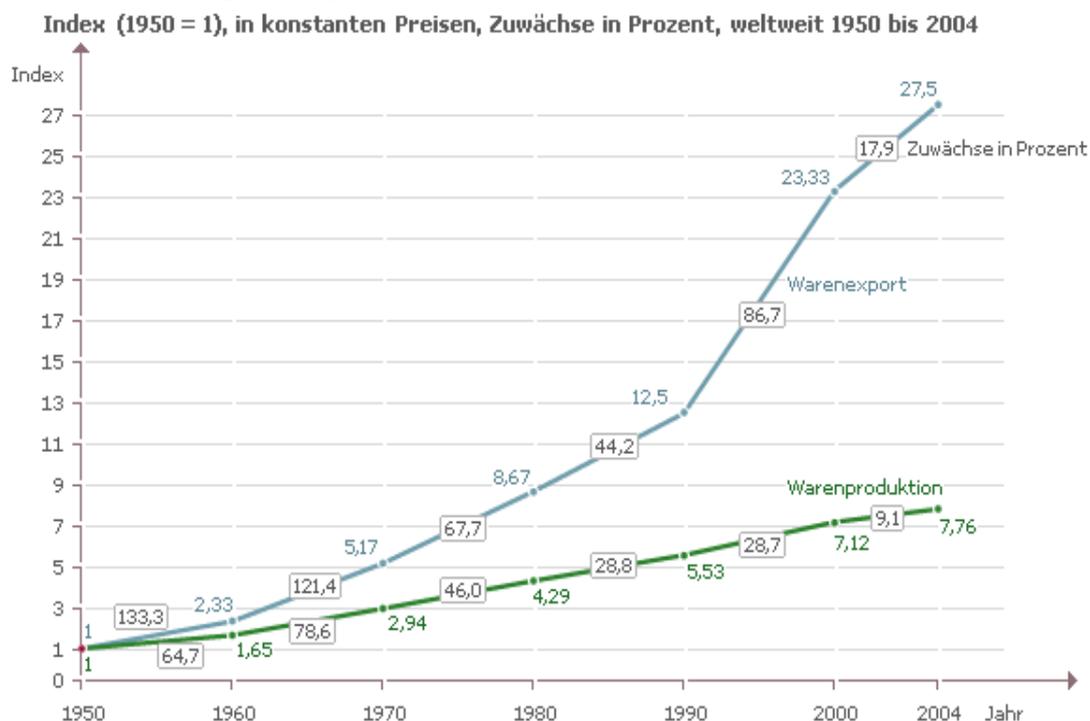
Anders als IMF und Weltbank ist die WTO allerdings von ihrer inneren Struktur her anders aufgebaut. Während dort die Einflussnahme der meisten

---

<sup>112</sup> „IMF stellt Bedingungen für Kreditverhandlungen mit Ungarn“ Stand: 13. Januar 2012  
[http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/imf\\_stellt\\_bedingungen\\_fuer\\_kreditverhandlungen\\_mit\\_ungarn\\_1.14312199.html](http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/imf_stellt_bedingungen_fuer_kreditverhandlungen_mit_ungarn_1.14312199.html)

Mitgliedsländer verschwindet gering ist, müssen bei WTO Abkommen alle Mitgliedsländer einer Meinung sein. Anderenfalls kommt es zu keinem Abschluss der Verhandlungen. Das oberste Ziel der WTO ist dabei der freie Handel, sowie die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für diesen. So hatten die Staaten teilweise sehr unterschiedliche Rechtssysteme, was den Handel stark beeinflusste. Eine gemeinsame Regelung sollte den internationalen Warenverkehr begünstigen.<sup>113</sup> Die folgende Grafik zeigt dabei die erfolgreiche Umsetzung dieses Zieles:

### ■ Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels



Quelle: World Trade Organisation (WTO): International trade statistics 2005  
Stand: 06.2006

bpt: © 2006 Bundeszentrale für politische Bildung

Abbildung 3 Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandel 1950-2004 Quelle: WTO

Dieser grenzüberschreitende Warenverkehr hatte natürlich als Konsequenz, dass durch erhöhten Wettbewerb auch eine günstigere Produktion bewirkt wurde und das Konzerne ihren Einflussbereich ausweiteten. So entstand der Phänomen der multinationalen Konzerne (oder auch transnationale Konzerne – kurz TNU – genannt). Wir erkennen in der folgenden Grafik, wie sich die neuen Handelsabkommen auf die Entwicklung von großen Konzernen ausgewirkt hat:

<sup>113</sup> Hilf, Meinhard; Oeter, Stefan (Hrsg.) (2005): *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*. Nomos, Baden-Baden

## ■ Anzahl Transnationaler Unternehmen (TNU)

In abs. Zahlen, Anteil der TNU aus ökonomisch entwickelten Staaten in Prozent, 1968/69 bis 2008\*

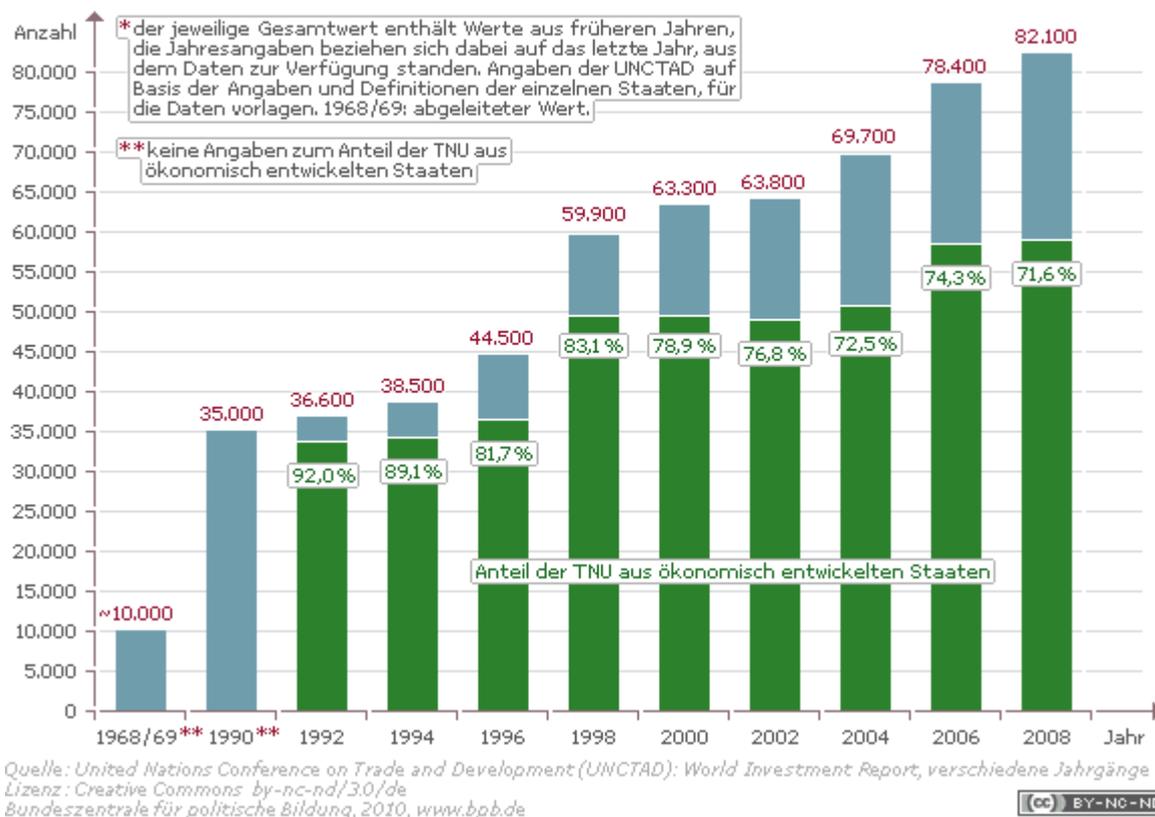


Abbildung 4 Anzahl Transnationaler Unternehmen 1968-2008

Doch nicht nur die unternehmensfreundlichen Handelsabkommen haben den Aufschwung großer Konzerne begünstigt. Auch die WTO hat sich (genauso wie IMF und Weltbank) für die Privatisierung (bzw. Teilprivatisierung) von staatlichem Eigentum eingesetzt. Wir erkennen die gleichen Ziele und Absichten der großen globalen Institutionen, die die Weltwirtschaft regeln.

Genauso wie bei IMF und Weltbank sind NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen), die sich um Umweltschutz, Menschenrechte und Armutsbekämpfung bemühen, aus den Verhandlungen der WTO ausgeschlossen. Dafür haben multinationale Konzerne durch Lobbying-Tätigkeiten (siehe Teil III) ihre Interessen dort gut platziert. Zudem haben auch die WTO-Abkommen (insbesondere die die Regelung des freien Geldverkehrs) die Finanzbranche begünstigt. So kam es auch zu Steuerdumping innerhalb der Staaten. Es wurde versucht einen Kapitalabfluss zu verhindern, doch der Siegeszug der Steueroasen zeigt, dass dies trotz geringerer Steuerbelastung für Unternehmen und Vermögende, nur begrenzt funktionierte.

Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen, darf aber auch die politische Komponente nicht außer Acht gelassen werden. So fand nach dem 2. Weltkrieg eine „demokratischen Legitimation der Tätigkeit internationaler Organisationen“<sup>114</sup> statt. Denn diese drei Organisationen basieren auf der freiwilligen (wenngleich politischer und wirtschaftlicher Druck oft keine andere Wahl zuließen) Mitgliedschaft der einzelnen Nationen und bilden „die Organisation der Weltwirtschaft“.<sup>115</sup>

Dies ist insofern erstaunlich, als sich die Politik selbst nur auf nationaler bzw. kontinentaler Ebene abspielt, während die Wirtschaft global agiert. Der politische Weg, der nach dem zweiten Weltkrieg als Ordnungsgarant ins Leben gerufen wurde, war nämlich die UNO (United Nations Organization / Vereinten Nationen). Doch das Vetorecht der Siegermächte (China, Frankreich, Russland, Amerika und Frankreich), sowie das sanktionsfreie Vorgehen einzelner Mitglieder (siehe die Invasion der USA im Irak 2003, die auf keinen Beschluss der UNO aufbaute) haben die UNO zu einem zahnlosen Instrumentarium verkommen lassen – zumindest in einigen Bereichen. Ihre Kompetenzen sind zu schwach und auf der anderen Seite der Einfluss einiger Mitgliedsländer zu hoch (so hat vor allem die USA aufgrund ihrer Stellung als größter Kapitalgeber enormen Einfluss beim Besetzen von Personen und beim politischen Vorgehen). Dies ist auch der Grund warum sich die G3, G5, G8 und G20 Gipfel durchgesetzt haben.<sup>116</sup> Dort treffen sich in regelmäßigen Abständen die Regierungschefs der 3,5,8 bzw. 20 einflussreichsten Nationen um ihr politisches und wirtschaftliches Vorgehen abzustimmen – fernab rechtlicher und demokratischer Regeln wohlgerneht. Somit gibt es eine organisierte Weltwirtschaft – die den Regeln des Neoliberalismus unterworfen ist - jedoch keine politische Instanz die mit dieser Macht mithalten könnte.

Für weltweites Aufsehen sorgte im Jahr 2002 der Chefökonom der Weltbank (1997-2000) Joseph Stiglitz. Der Nobelpreisträger (für Wirtschaftswissenschaften) rechnete in seinem Buch „Die Schatten der

---

<sup>114</sup> Löser, C. (2008): „Demokratische Legitimation der Tätigkeit internationaler Organisationen“ [http://www.cloeser.org/pub/Demokratische\\_Legitimation\\_Internationaler\\_Organisationen.pdf](http://www.cloeser.org/pub/Demokratische_Legitimation_Internationaler_Organisationen.pdf)

<sup>115</sup> Volz, Gerhard (2000): *Die Organisation der Weltwirtschaft*. R. Oldenbourg Verlag, München/Wien

<sup>116</sup> Hajnal, Peter (2007): *The G8 System and the G20. Evolution, Role and Documentation*. Ashgate Publishing

Globalisierung“ eiskalt mit den Bretton-Woods Institutionen ab. Er kritisiert die „Unwiderstehlichkeit günstiger Kredite für Politiker“ – womit er konkret auf die Schuldenfalle die die Organisationen aufstellen, hinweist – und kritisiert zudem sowohl die Stimmverteilung als auch die Ziele der Organisationen. Er sieht es als Fehler an sich von den Gedankengängen John Maynard Keynes‘ zu distanzieren und stattdessen neoliberalen Zielen zu verfolgen.<sup>117</sup> Dies waren klare Worte, die bei Globalisierungskritikern und Entwicklungshelfern auf offene Ohren stießen. So war die Bilanz der Bretton-Woods Organisationen beim Thema Armutsbekämpfung milde gesagt eine Katastrophe. Es floss allzu oft viel Geld der Kredite in korrupte Kanäle oder wurde für Infrastrukturprojekte ausgegeben, die zwar (ausländischen) Unternehmen bei ihren Geschäften halfen, jedoch oft keinen direkten Nutzen für die Bevölkerung bewirkten.

Doch die Tilgung der Schulden und die Zinslast erdrückten die nationalen Budgets. Es mussten immer mehr Kredite aufgenommen werden und der Ausverkauf der Länder nahm rapide zu. Staatliche Unternehmen wurden privatisiert, der Sozialstaat abgebaut, der Weg für internationale Großkonzerne (in Form von Subventions- und Zollabbau) geebnet. Die Exporte der Länder stiegen zwar, doch während die Länder ihre Rohstoffe auslieferten, wurden Löhne gedumped und allzu oft die Umwelt (z.B. durch Monokultur oder Umweltverschmutzung) zerstört. Auf Dauer ergab dies eine katastrophale Bilanz für die Bevölkerung, jedoch gewaltige Umsätze und Gewinne für die Konzerne.<sup>118</sup>

Mittlerweile erkennen wir diese Entwicklung auch in westlichen Ländern. Dies führt augenscheinlich zu Konflikten mit dem demokratischen System, welche wir in Teil III genauer betrachten werden.

---

<sup>117</sup> Stiglitz, Joseph (2002): *Die Schatten der Globalisierung*. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt. Siedler, Berlin, Seite 307–334

<sup>118</sup> Chossudovsky, Michel (2003): *The Globalization of Poverty and the New World Order*, Oro, Ontario, Global Outlook

## Teil II - Das Kapital als neuer Souverän

*„Das Finanzkapital in den Händen einiger westlicher Oligarchen hat eine Macht, die es nie zuvor in der Geschichte der Menschheit ein König, ein Kaiser oder ein Papst gehabt hat.“*

Jean Ziegler<sup>119</sup>

Im Teil I dieser Arbeit haben wir die grundlegenden Theorien des wirtschaftspolitischen Systems genauer unter die Lupe genommen. Dabei haben die unterschiedlichsten Theorien versucht das gesellschaftliche Zusammenleben neu zu ordnen. Und in der Tat haben diese Philosophen seit der Neuzeit eine neue Gesellschaft zum Vorschein gebracht. Die liberalen Wirtschaftstheorien gingen quasi Hand in Hand mit demokratischen Entwicklungen. Zuerst in Amerika, dann in Frankreich, weiter in europäischen Ländern und schließlich wurde die Volksherrschaft zum Ziel aller Völker stilisiert.<sup>120</sup>

Doch bevor wir uns im Teil III dieser Arbeit mit dem Phänomen der Demokratie genauer beschäftigen, soll es in diesem Teil II um eine Analyse des Kapitals gehen. Dies ist insofern wichtig für den Aufbau dieser Arbeit, als dieser zum Verständnis der Postdemokratie essentiell ist. So hat sich Geld im Laufe der letzten Jahrhunderte vom Tauschmittel zum Zentrum und Ziel kapitalistischer Systeme gewandelt. Doch obwohl Geld allgegenwärtig ist, hinterfragen nur wenige Menschen, wie Kapital entsteht, wie es verteilt ist, warum es so verteilt ist, welchen Gesetzen es folgt und schließlich zu was es alles möglich ist. Wir haben bereits gesehen, wie der Neoliberalismus den Staat in seiner Macht immer weiter beschränkt und das Kapital immer mehr Funktionen übernimmt. In diesem Abschnitt der Arbeit soll nun der Mantel des Begriffs „Kapitel“ abgelegt werden und eine Untersuchung dessen stattfinden. Dabei gehe ich von der These aus, dass das (akkumulierte) Kapital dermaßen an Machteinfluss gewonnen hat, dass

---

<sup>119</sup> „Die Sklavenhalter sitzen heute in den Börsen“, Interview mit Jean Ziegler  
<http://www.heise.de/tp/artikel/31/31335/1.html> Stand: 21.10.2009

<sup>120</sup> Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte, Kindler Verlag, München

Staaten (die die Volkssouveränität gewährleisten sollen) sich dieser Macht gar nicht mehr gewachsen sehen, und somit das wahre Souverän der Gesellschaft bildet. Dazu ist es von Nöten zu Beginn die Macht des Kapitals genauer zu beleuchten.

## 1. Die Macht des Kapitals

Eine große Bandbreite an Philosophen hat sich mit dem Begriff der Macht auseinander gesetzt. Doch bevor wir uns einigen von ihnen widmen werden, soll uns zunächst die Etymologie dabei helfen, den Begriff der Macht besser zu verstehen und fassen zu können, bevor wir ihn in Bezug zum Kapital setzten. Das Wort „Macht“ kann im lateinischen etwa mit „potentia“ übersetzt werden - als Verb „posse“ wird es mit „können“ übersetzt. Wir erkennen also bereits hier, dass der Aspekt der Möglichkeiten eng mit dem Begriff der Macht zu tun hat. Im deutschen assoziieren wir Macht oft mit Herrschaft. Dies verweist darauf, dass Macht meist einen Kontext aufweist, z.B. über etwas oder jemanden. Die Sozialwissenschaft sieht in Macht auch die Fähigkeit das Verhalten und Denken von Menschen zu beeinflussen. Dabei gibt es bei Macht immer ein mehrseitiges Verhältnis. Diejenigen die Macht ausüben und die sich ihr unterwerfen. Die Macht muss also akzeptiert oder geduldet werden und der Widerstand sich zumindest in Grenzen halten oder erst gar nicht aufkommen. Besonders intensiv hat sich Michael Foucault mit dem Begriff der Macht auseinander gesetzt. Für ihn ist eine Machtbeziehung *„nicht als solche eine Gewalt, die sich nur versteckte, oder ein Konsens, der stillschweigend verlängert würde. Sie ist ein Ensemble von Handlungen, die sich auf mögliches Handeln richten, und operiert in einem Feld von Möglichkeiten für das Verhalten handelnder Subjekte. Sie bietet Anreize, verleitet, verführt, erleichtert oder erschwert, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten oder schränkt sie ein, sie erhöht oder senkt Wahrscheinlichkeit von Handlungen, und im Grenzfall erzwingt oder verhindert*

*sie Handlungen, aber stets richtet sie sich auf handelnde Subjekte, insofern sie handeln oder handeln können. Sie ist auf Handeln gerichtetes Handeln.*<sup>121</sup>

Dabei ist hervorzuheben, wie allgegenwärtig Macht in der Natur generell und im Leben eines Menschen im Besonderen ist. Dabei sei erwähnt, dass Macht nach Foucault unmittelbar mit Wissen verflochten ist: *„Man muß wohl einer Denktradition entsagen, die von der Vorstellung geleitet ist, daß es Wissen nur dort geben kann, wo Machtverhältnisse suspendiert sind, daß das Wissen sich nur außerhalb der Befehle, Anforderungen, Interessen der Macht entfalten kann. [...] Eher ist wohl anzunehmen, dass die Macht Wissen hervorbringt [...]; dass Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; dass es keine Machtbeziehung gibt, ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert. Diese Macht/Wissen-Beziehungen sind darum nicht von einem Erkenntnissubjekt aus zu analysieren, das gegenüber dem Machtsystem frei und unfrei ist. Vielmehr ist in Betracht zu ziehen, dass das erkennende Subjekt, das zu erkennende Objekt und die Erkenntnisweisen jeweils Effekte jener fundamentalen Macht/Wissen-Komplexe und ihrer historischen Transformationen bilden.“*<sup>122</sup>

Im Kapitel 4.2. werden wir uns mit dieser Macht/Wissens-Beziehung noch genauer befassen. In jedem Fall haben wir erkannt, wie allgegenwärtig Macht ist und wie sehr sie mit Potenzialität verbunden ist. Genau dieses Gefühl vermittelt den Menschen auch der Besitz von Kapital (in Form von Geld, Gütern oder Anlagen). Das Streben nach Reichtum ist ein Streben nach möglichst unbegrenzten Möglichkeiten. Dabei erkennen wir auch hier das Verhältnis derjenigen mit Kapital über diejenigen ohne Kapital. Denn der Wunsch nach Waren, Gütern, Dienstleistungen oder Anlagen muss von etwas erfüllt sein. Es besteht also auch beim Kapital ein mehrseitiges Verhältnis. Wer auf einer einsamen Insel sitzt mit einem Koffer voller Geld, wird damit herzlich wenig anfangen können. Es braucht also ein Gegenüber. Zudem ist auch der Erwerb von Kapital meist mit dem Wissensvorteil gegenüber anderen verbunden.

---

<sup>121</sup> Foucault, Michel (2005): *Subjekt und Macht*, in: Michel Foucault: *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main, Seite 256

<sup>122</sup> Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main, Seite 39f.

Eine sehr einfache und treffende Definition von Macht lautet: *“the ability of A to get B to do something they would otherwise not have done.”*<sup>123</sup> Wenn wir uns ansehen, was Menschen weltweit alles für Geld tun, erkennen wir wie sehr der Machtbegriff im Kapitalismus mit Geld verwoben ist. Menschen schuften oft ihr ganzes Leben in Berufen, die ihnen mehr oder weniger gar keine Freude oder Erfüllung bringen. Es sind mehr Einkommensplätze als Arbeitsplätze. Auch wenn dies zu körperlichen und geistigen Problemen führt, sehen sich die Menschen verpflichtet ihren Arbeitsgebern zu dienen, da sie auf die Einnahmen angewiesen sind um damit Miete, Schulden, laufende Kosten oder auch Luxusgüter, die sie sich aufgrund von professionellen Marketingkampagnen einbilden unbedingt haben zu müssen, bezahlen zu können. Wenn Marx davon spricht, dass diese „ArbeiterInnen“ ausgebeutet werden, ist die Definition von Max Weber besonders interessant. Laut ihm ist Macht *„jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“*<sup>124</sup>

Mit diesem Satz im Hinterkopf gilt es nicht nur das Verhältnis von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu sehen, die scheinbar in einem Widerspruch zu einer freien Gesellschaft stehen - denn wie Kant bereits sagte: *„Jede Herrschaft ist Feindin der Freiheit.“*<sup>125</sup> Sondern auch das Verhältnis von Staat und Kapital. Wenn Kapitalisten auf Politiker treffen bzw. Interessen des Kapitals auf Interessen des Staates, stellt sich die Frage, wer mehr Macht hat um sich seinem Gegenüber durchzusetzen. Die Definition und das Funktionieren eines Staates, wie wir gesehen haben, setzt jedoch voraus, dass der Staat das Gewaltmonopol stellt und dies trifft auf sämtliche Regierungsformen zu, nicht nur auf die Demokratie. Doch gerade hier wird es augenscheinlich, da die Regierung ja eine repräsentative Vertretung des Volkes ist, die in Wahrheit das Souverän stellen sollte. Doch mit diesem Punkt werden wir uns im Detail im Teil III beschäftigen.

---

<sup>123</sup> Mallory, Susan Segal-Horn and Michael Lovitt (2002): *Organisational Capabilities: Culture and Power*, The Open University, , Seite 8–44

<sup>124</sup> Weber Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 1. Halbband, Tübingen, Erstausgabe 1921

<sup>125</sup> Kant, Immanuel (1795): *Zum ewigen Frieden*, In: Band 6 der Gesamtausgabe der Werke Kants, Mundus Verlag 2000, Seite 107 ff.

Historisch gesehen ist die Machtquelle hinter Geld und Eigentum auch insofern interessant, als der Machtbegriff bis ins Mittelalter stark mit Gott verbunden war. So schreibt Paulus im Kapitel 13 des Briefs an die Römer: „*Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.*“ Egal ob es Pharaonen, Kaiser, Könige oder Päpste waren, ihre Macht war stets an den göttlichen Willen gebunden. Wilhelm von Ockham war es der sich mit dem Verhältnis von weltlicher und geistlicher Macht beschäftigte und bereits im 14. Jahrhundert erkannte, dass das Eigentum es war, die die Macht von der göttlichen Duldung, befreite.<sup>126</sup>

Im 18. Jahrhundert ging Immanuel Kant noch einen Schritt weiter, indem er den Machtbegriff nicht nur von Gott trennte, sondern ihn generell entpersonalisierte. Im Kontext der damaligen politischen Verhältnisse war für ihn der Staat die Obrigkeit, dem die Menschen untergeordnet sind. Mit der Androhung oder der tatsächlichen Ausführung von Gewalt – welche für ihn Macht darstellt – zeigt der Staat seine Macht gegenüber dem Volk.<sup>127</sup> Hegel stimmte diesem Ansatz in seinen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ zu und betonte zudem die übergeordnete Macht des Staates gegenüber dem Privatrecht.<sup>128</sup>

Kaum ein Philosoph hat sich jedoch so intensiv mit dem Begriff der Macht auseinander gesetzt wie Friedrich Nietzsche. In einem Nachlassfragment schreibt er: „*Diese Welt ist der Wille zur Macht – und nichts außerdem! Und auch ihr seid dieser Wille zur Macht – und nichts außerdem!*“<sup>129</sup>

Zu dieser Schlussfolgerung gelang er, weil für ihn das „Rad des Seins“ – der Kreislauf von Leben und Tod, Entstehen und Vergehen, Glück und Leid – welchen die Buddhisten „Samsara“ nennen – das irdische Leben prägten. Doch im Gegensatz zum Buddhismus ist es für ihn nicht das Ziel aus diesem Kreislauf auszubrechen und ins Nirvana zu gelangen, sondern er betont den dionysischen

---

<sup>126</sup> Ockham, Wilhelm von (1992): *Dialogus. Auszüge zur politischen Theorie*, übers. von Jürgen Miethke, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

<sup>127</sup> Immanuel, Kant (1790): *Kritik der Urteilskraft*, Akademie-Ausgabe Bd. 5, S. 260 ff.

<sup>128</sup> Han, Byung-Chul (2005): *Hegel und die Macht. Ein Versuch über die Freundlichkeit*, Fink Verlag, München

<sup>129</sup> Nachlassfragment von 1885

Charakter der Macht: „*Nur wo Leben ist, da ist auch Wille: aber nicht Wille zum Leben, sondern – so lehr ich's dich – Wille zur Macht!*“<sup>130</sup>

Für Nietzsche war der Wille zur Macht eine Ausformung des dionysischen. Der Mensch ist laut ihm in einem Rausch, welcher das unersättliche Verlangen nach der Ausübung von Macht hervorbringt und somit eine schöpferische Kraft zum Vorschein bringt. Diese Macht hält für Nietzsche das „Rad des Seins“ überhaupt erst in Bewegung. Er distanziert sich mit dieser Auffassung klar von Schopenhauers „Wille zum Leben“. Deshalb sah er in der Macht auch keine Beziehung zum Leben, sondern zum Erkennen. Ähnlich wie Foucault sieht er also einen Bezug von Wissen und Macht. Und nachdem dieses Erkennen für ihn der Weg vom Menschen zum Übermenschen war, war Macht ein legitimes Mittel um dort hinzugelangen.<sup>131</sup>

Marx, der sich bekanntlich intensiv mit den Werken Hegels beschäftigte, entpersonalisierte den Machtbegriff dann wieder. Wie Ockham sah er Macht in einem sachlichen Machtverhältnis, sprach jedoch weniger vom Eigentum als konkret von der Macht des Kapitals und der Herrschaft des Geldes.<sup>132</sup>

Ähnlich kritisch wie Marx sah auch Hanna Arendt die Macht die mit der privaten Aneignung von Kapital entsteht: „*Die abstrakte Vorstellung, >man könne durch die bloße Addition von Privatinteressen eine neue Qualität von Gesamtinteresse erzeugen< führt zu jenem >Schein der Identität von Privatinteresse und Gemeinwohl< (vgl. Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Seite 251), unter dem mit den Interessen der Einzelnen das Interesse des Gemeinwohls siegt. Die schlechte Unendlichkeit der privaten Aneignung von Kapital unterwirft das in seinen Institutionen auf Dauer angewiesene gesellschaftliche Allgemeine der Abstraktion privater Zeitrechnung und unterminiert zuletzt die politische Macht, die sie zu instrumentalisieren beabsichtigt.*“<sup>133</sup>

Wir erkennen, wie sich die Wahrnehmung des Begriffs der Macht und die darauf folgende Analyse im Kontext der Zeit und ihrer Einflüsse verändert hat, jedoch

---

<sup>130</sup> Nietzsche, Friedrich: *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden*. Hrsg. Giorgio Colli undazzino Montinari, de Gruyter / dtv, Band 4, S. 149

<sup>131</sup> Ebd., Band 9, Seite 495

<sup>132</sup> Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin: Dietz 1953, Seite 545

<sup>133</sup> Schneider, Thomas (2003): *Thomas Hobbes' Leviathan. Zur Logik des politischen Körpers*. Zu Klampen Verlag. Hannover 2003, Seite 14

immer ein zentraler Begriff in der Geschichte der Menschen war. Angefangen von Platons „Gorgias“, wo er die Mächtigen als scheinbar ohnmächtig versucht bloßzustellen, und ihnen unterstellt, die eigentlich wesentlichen Ziele des Menschen zu übersehen, über Aristoteles der den Begriff schon in ein Herrschaft-Knechtschaft Relation stellt, bis heute hat uns diese Debatte begleitet. Doch mir scheint, als wären auch an dieser Stelle die Ansichten von Thomas Hobbes die Grundlage für unser heutiges Verständnis von Macht. Thomas Schneider schreibt deshalb auch über den Machtbegriff bei Hobbes: *„Die auf ihre ökonomische Funktionalität reduzierte politische Macht überträgt das ökonomische Gesetz der notwendig fortschreitenden Akkumulation auf den politischen Körper, den sie damit zugleich zersetzt. Was der politische Liberalismus als Vermittlung des Einzelnen und des Allgemeinen behauptet, ist seiner allgemeinen Form nach die Identität von ökonomischer und politischer Gesetzlichkeit in der spezifischen Form der Identität von Macht und Kapital.“*<sup>134</sup>

Mit seinem Leviathan hat er die Machtverhältnisse derart neu verteilt als er die ökonomische Macht, die politische Macht und die Macht des Einzelnen versucht hat zu ordnen. Auch Hannah Arendt sieht in Hobbes Theorien ein zentrales Argument des heutigen kapitalistischen Systems: *„Es ist von einigem Nutzen, zu sehen, in welchem Ausmaß trotz größter Unabhängigkeit die modernen Machthaber mit der Philosophie des einzigen Denkers übereinstimmen, der je versucht hat, das öffentliche Wohl aus privaten Interessen herzuleiten, und der um das Privatinteresses willen einen politischen Körper entwarf, dessen einziges und fundamentales Ziel die Akkumulation von Macht ist. Hobbes ist in der Tat der einzige Philosoph, auf den die Bourgeoisie sich je hätte berufen dürfen; [...] Was ihr in neuerer Zeit die nihilistischen Weltanschauungen aller Sorten auch intellektuell so verführerisch hat erscheinen lassen, ist eine prinzipielle Verwandtschaft, die sehr viel älter ist als das Erscheinen jenes Intellektuellengesindels, das sie dann verbreitet hat. Es ist immerhin denkwürdig, daß die einzige reine Begriffssprache, welche die Weltanschauung dieser Klasse je gefunden hat, vor mehr als dreihundert Jahren bereits in unübertroffener Offenheit und mit einer durchaus großartigen Konsequenz entwickelt wurde, also zu einer Zeit, in der die Klasse gewissermaßen gerade erst aus dem Schoß der*

---

<sup>134</sup> Ebd.

*Geschichte entlassen und in ihre Entwicklung hineingeboren wurde.[...] Der >Leviathan< ist der Staat, und seine Philosophie ist die Weltanschauung, denen die bürgerliche Gesellschaft seit ihrem Beginn zustrebte.*“<sup>135</sup>

Neben dem Begriff der Macht gibt es auch den Begriff des Souveräns, der meist mit politischer Macht im Zusammenhang steht. Geprägt wurde er vom französischen Staatstheoretiker Jean Bodin im 16. Jahrhundert und meint damit die höchste Letztentscheidungsbefugnis im Staat. Für ihn ist das Souverän zudem unteilbar und gibt diesem die Macht auch gegen den Willen seiner Untertanen durchzusetzen. Er vergleicht die Staatsgewalt mit der Macht eines Eigentümers über sein Eigentum.<sup>136</sup> Dieser Vergleich vom Begründer des Souveränitätsbegriffs spricht bereits Bände.

Dieses Kapitel soll uns also als Basis für diesen Teil II dienen. Wir erkennen, wie Facettenreich der Machtbegriff ist und dass er in den unterschiedlichsten Verhältnissen eingebettet ist. Sei es das Wissen/Macht – Verhältnis, das Herrschaft/ Knechtschaft – Verhältnis oder das Verhältnis von Ökonomie und Politik. Ausgehend von Teil I der Arbeit, wo ich versucht habe die Grundlagen des wirtschaftspolitischen Systems einen Einblick zu geben, werden wir uns nun dem Kapital genauer widmen. Abschließen möchte ich diese Kapitel jedoch mit einem Zitat von Thomas Hobbes, welcher – wie Hannah Arendt es richtig feststellte – bis heute für die Herrschenden wegweisend ist und bereits einen Ausblick auf das Problem der Kapitalakkumulation im Bezug zum Faktor Macht, in Aussicht stellt: *„So setzte ich als allgemeine Neigung der ganzen Menschheit an die erste Stelle ein ständiges und rastloses Verlangen nach Macht und wieder Macht, das erst mit dem Tod aufhört. Und die Ursache hiervon liegt nicht darin, daß ein Mensch sich intensivere Freude erhofft, als er bereits erreicht hat, oder daß er mit bescheidener Macht nicht zufrieden sein kann, sondern daß er sich Macht und Mittel zu einem guten Leben, die er gegenwärtig hat, nicht sichern kann, ohne mehr zu erwerben.*“<sup>137</sup>

---

<sup>135</sup> Arendt, Hannah (1993): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich, Seite 241 ff.

<sup>136</sup> Grimm, Dieter (2009): *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*. Berlin University Press, Berlin

<sup>137</sup> Hobbes, Thomas: *Leviathan (1651)*: Hrsg. u. eingel. v. I. Fetscher. Darmstadt, Neuwied 1966 (Nachdruck Frankfurt, Berlin, Wien 1976), Seite 81

## 2. Die Entstehung von Kapital

Damit wir uns mit den philosophischen und gesellschaftspolitischen Aspekten des Kapitals auseinander setzen können, erscheint es mir unumgänglich zumindest die wesentlichen Wirkungsweisen des Kapitals zu beschreiben. Nachdem bereits der Geldschöpfungsprozess Einsicht über die Machtkämpfe und den Kräfteverhältnis von Staat und Kapital gibt, werden wir uns nun damit auseinander setzen. Dabei sollen wirtschaftliche Fachdetails eher im Hintergrund stehen und stattdessen philosophische und politische Aspekte im Fokus stehen.

### 2.1. Der Geldschöpfungsprozess

Kaum ein System oder eine Institution wurde in der westlichen Gesellschaft im vergangenen Jahrhundert so wenig hinterfragt und als so selbstverständlich erachtet wie das Geldsystem. Da Geld ein Monopol darstellt und es von allen Seiten als Tauschmittel akzeptiert wird – scheint es alle Beteiligten zufrieden zu stellen. Wie das System dahinter genau funktioniert ist den meisten Menschen schleierhaft. (Meist englische) Fachausdrücke, Abkürzungen und komplexaussehende Statistiken schrecken die meisten ab sich genauer mit der Materie zu befassen. Selbst Wirtschaftsstudenten hinterfragen selten die Grundzüge dieses Systems. Denn es geht ihnen in der Regel um die praktische Anwendung und nicht den politischen, historischen und philosophischen Hintergrund. Dabei wird Geld als Zwischentauschmittel verstanden, welches den Tauschhandel erleichtern sollte. War dieses Geld zu Beginn selbst aus Edelmetallen und deshalb wertvoll, ist man später auf eine Anbindung des Geldes an bestimmte Standards, z.B. den Silberstandard umgestiegen.<sup>138</sup> Doch wie sieht das heute aus? Eine genaue Analyse aller Währungen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, deshalb werden wir uns der wichtigsten, meist verbreitetsten Währung, der mit Abstand größten Volkswirtschaft der Welt widmen – dem Dollar, der auch eine Vorbildfunktion für andere Währungen hat

War der Dollar früher (seit dem Bretton Woods – Abkommen) von seinem Wert her an Gold gebunden, musste spätestens in der Nixon Ara erkannt werden (wie

---

<sup>138</sup> Schwenke, Hans (1980): *Deutsche Geldzeichen 1871–1914*. Dt. Verlag der Wissenschaften, Berlin, Lizenz 206 435/149/80, S.14ff

bereits oben angeführt), dass man diesen Standard nicht mehr halten konnte – das Papier entbehrte bereits jeglicher realen Grundlage. Öl wurde daraufhin als neuer Messwert hergenommen, da es ausschließlich in Dollar verrechnet wurde und mittlerweile bedeutsamer war als Gold. In der Wirtschaftskrise der 00er Jahre des 21. Jahrhunderts hat zunächst die Zentralbank der USA (die Federal Reserve Bank) und mit einiger Verspätung auch die europäische Zentralbank (EZB) dann Geld in noch nie da gewesenen Mengen gedruckt.<sup>139</sup> Dabei muss erwähnt werden, dass die Fed keine staatliche Bank ist, wie etwa die EZB (obgleich diese ebenfalls weisungsfrei agieren kann). Es stellt sich also die Frage: *„Wem gehört eigentlich die Fed? [...] Die Fed ist also ebenso wenig staatlich wie der Logistikkonzern Fedex, sondern vielmehr eine privatwirtschaftlich basierte Institution.“*<sup>140</sup>

Das bedeutet, dass der Staat USA sich Geld von einem Konglomerat aus privaten Banken leiht, und dann in Form von Steuergeldern Zinsen bezahlen muss um dieses Geld zu erhalten. Doch warum druckt sich die USA nicht selbst ihr Geld? Bereits im 19. Jahrhundert machte es Präsident Andrew Jackson zu seinem Hauptanliegen sich gegen das einflussreiche Bankenkartell zu stellen. Es gab eine hitzige Debatte darüber, dass die USA nicht frei sein konnten, solange sie keine eigene Währung hatten. Nach seiner Wahl wurde der damaligen Zentralbank (die noch nicht Fed, sondern zuerst „First Bank of the United States“ und später „Second Bank of the United States“ genannt wurde) keine Lizenz mehr ausgegeben. Jackson sah die US-Notenbank als Hauptverantwortliche für die damalige Wirtschaftskrise des Landes. Von ihm stammt auch das Zitat: *„Ich tötete die Bank“*. Der „Zufall“ mag es, dass er dann auch der erste Präsident war, auf den ein (misslungenes) Attentat verübt wurde. Doch das Recht auf Geldrucken sollte nicht lange in der Hand des Staates bleiben. Am 23. Dezember 1913 (also einem Tag vor Heilig Abend) wo viele Abgeordnete schon zu Hause bei ihren Familien waren, wurde in einer merkwürdig anmutenden Kongresssitzung der „Federal Reserve Act“ beschlossen – mit dem Vorwand die Banken zu schützen und den Geldwert stabil zu halten.<sup>141</sup> Somit war die Zentralbank wieder zurück und stärker

---

<sup>139</sup> „Geldspritze: EZB injiziert 530 Mrd. Euro“ am 29.02.2012

[http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/736342/Geldspritze\\_EZB-injiziert-530-Mrd-Euro](http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/736342/Geldspritze_EZB-injiziert-530-Mrd-Euro)

<sup>140</sup> „Die Fed – Hüterin des Dollar“ auf boerse.ARD.de Stand: 24.09.2009

[http://www.boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument\\_381792](http://www.boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_381792)

<sup>141</sup> Griffin, G. Edward (1994): *“The Creature from Jekyll Island - A Second Look at the Federal Reserve System”*, 1. Auflage, American Op

den je mit Rechten ausgestattet. Doch die eigentliche Begründung für die Schaffung dieser Institution erwies sich als obsolet. Denn weder in den 1920er Jahren noch heute konnten Banken von der Fed vor dem Bankrott gerettet werden und der Dollar hat seit der Gründung der Fed um 95% an Wert verloren (Quelle: Fed inflation calculator<sup>142</sup>). Der damalige US-Präsident Woodrow Wilson, der das Gesetz unterzeichnete fiel dabei ebenfalls durch ein interessantes Zitat auf: „*I have unwittingly ruined my country.*“, obwohl er beim Präsidentschaftswahlkampf noch deutlich für die Fed plädierte.<sup>143</sup>

Präsident Eisenhower warnte in seiner denkwürdigen Abschiedsrede 1961, vor dem Druck dem die US-Regierung von Seiten des militär-industriellen Komplexes ausgesetzt sei: „*In der Regierung müssen wir uns in unserem Denken vor dem Eindringen von unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes hüten, seien sie gewollt oder auch nicht. Die Gefahr eines unheilvollen Anwachsens unbefugter Macht existiert und wird fort dauern. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten und demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gesichert ansehen. Nur eine wachsame und kenntnisreiche Bürgerschaft kann eine ausgeglichene Verbindung der gewaltigen industriellen und militärischen Maschinerie der Verteidigung mit unseren friedlichen Methoden und Zielen gewährleisten, so dass Sicherheit und Freiheit gemeinsam gedeihen können.*“<sup>144</sup>

Noch viel detaillierter ging John F. Kennedy in einer Rede am 27.04.1961 vor den Herausgebern amerikanischer Tageszeitungen im Waldorf-Astoria Hotel in New York auf den Druck von einflussreichen Kreisen ein.<sup>145</sup> Kennedy wollte dann 1963 mittels der *Executive Order 11110* die Fed abschaffen und auf eine Silber-Anbindung einer eigenen US-Wahrung wechseln.<sup>146</sup> Nach seiner Ermordung sind diese Bestrebungen allerdings im Sand verlaufen, weil kein Präsident mehr ähnliche Ambitionen hatte. Wir sehen das Geld und das Recht auf das Schaffen von Geld, in unserer Gesellschaft sehr stark mit Macht verbunden ist. Das war in

---

<sup>142</sup> [www.usinflationcalculator.com](http://www.usinflationcalculator.com)

<sup>143</sup> George Jean Nathan, H.L. Mencken (1924): „The American Mercury“, Bd. 111, Ausgabe 516, Seite 56

<sup>144</sup> FeXTLSikJIY Auszug aus der Abschiedsrede von Dwight D. Eisenhower, am 17.01.1961  
<http://www.youtube.com/watch?v=>

<sup>145</sup> Auszug aus der Rede von John F. Kennedy im Waldorf-Astoria Hotel in New York, am 27.4.

1961 <http://www.youtube.com/watch?v=P1xqoLd51RA>

<sup>146</sup> <http://www.jfklibrary.org/Research/Ready-Reference/JFK-Miscellaneous-Information.aspx>

der Vergangenheit so und das hat sich bis heute auch nicht geändert und dies war vielen US Präsidenten auch bewusst. Heute warnt sogar die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem schwindenden Einfluss des Staates und dem Erpressungspotential von einzelnen Akteuren der internationalen Finanzmärkte: *„Ich sehe mit Sorge, dass je stärker einige Akteure auf den internationalen Finanzmärkten werden, und je größer die Not der Staaten ist, weil sie in eine Verschuldung gehen mussten um die Volkswirtschaften zu retten, eine alte Arroganz sich den Weg bahnt und sagt: Ihr seid doch von uns abhängig.(...) Und auch wenn es intellektuell gar nicht so einfach zu erreichen ist, wie man denen auf die Schliche kommt (...), ist es mir ein großes Anliegen, dass wir als Politik aus dem Erpressungspotential einzelner Akteure herauskommen. Es darf nicht wieder passieren.“*<sup>147</sup>

Wenn Geld die Welt regiert, dann regieren die, die das Geld regieren die Welt. Das versteht jedes Kind und deshalb ist es von großer Bedeutung, wer Geld druckt und entscheidet nach welchen Gesetzen es funktioniert. Dessen waren sich auch die Gründerväter der Vereinigten Staaten bewusst. So schrieb Präsident Thomas Jefferson in einem Brief 1816 an John Taylor: *„Ich glaube aufrichtig, wie Sie, dass Bankanstalten gefährlicher sind als stehende Armeen; und dass das Prinzip, unter dem Namen Finanzierung, Geld auf Kosten der Nachwelt auszugeben, großmaßstäblicher Betrug an der Zukunft ist.“*<sup>148</sup> Eindringliche Worte von vielen Seiten. Doch welcher reale Wert steckt heute noch hinter diesem bedruckten Papier? Im Gegensatz zu der weitläufigen Auffassung, dass dies ein höchst komplexer Vorgang ist, sagt John Kenneth Galbraith, einer der einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts: *„Der Vorgang, mit dem Banken Geld erzeugen, ist so simpel, dass der Geist ihn kaum fassen kann.“*<sup>149</sup>

Zunächst ist es wichtig zu verstehen, dass auf der einen Seite Zentralbanken Geld schöpfen können und auf der anderen Seite Banken (Kreditinstitute) indem sie Kredite vergeben. Daraus entsteht ein gewisses Paradoxon. Denn wer denkt, dass es gut für das Wirtschaftssystem wäre, wenn Staaten, Konzerne und Einzelpersonen ihre Schulden begleichen würden, der irrt in gewisser Weise.

---

<sup>147</sup> Rede von Angela Merkel zur Macht der Finanzmärkte vom 17.08.2009 in Berlin

<http://www.youtube.com/watch?v=BxRm5wvIWbM&feature=related>

<sup>148</sup> Brief an John Taylor, 28. Mai 1816. In: Memoirs, Correspondence and Private Papers of Thomas Jefferson, Vol. IV, hrsg. v. Thomas Jefferson Randolph, London 1829, Seite 288

<sup>149</sup> Galbraith, John Kenneth (1976): *„Money: Whence it came, where it went.“* Seite 29

Dann wäre nämlich nicht mehr ausreichend Geld im Umlauf und die Wirtschaft würde zusammenbrechen. Wo Schulden vernichtet werden, wird auch Guthaben vernichtet und der Großteil des Guthabens basiert eben auf diesen Schulden. Deshalb funktioniert unser System nur, wenn Banken die Wirtschaft mit Krediten füttert und es stetiges Wirtschaftswachstum gibt. Wenn das nicht der Fall ist, kracht das System, wie etwa 1929 oder 2008. So entsteht also Geld in einem Mindest-Reserve System: *„Jedes Mal, wenn eine Bank einen Kredit gibt, wird neues Guthaben erzeugt – neue Einlagen – brandneues Geld.“* (Graham F. Towers, Direktor der Bank von Kanada 1934-54)

Hierbei muss erwähnt werden, dass Banken nach oben hin eine Grenze der Kreditvergabemöglichkeit haben. Es kann also nicht willkürlich Geld gedruckt und Kredite vergeben werden. Je nach Land, muss eine Mindestreservesatz bei der Zentralbank eingelegt sein. In der Eurozone sind das 2%, in den USA 3% (bis zu einer Einlage von 58.800.000 Dollar, darüber 10%). Das bedeutet, dass für ein Sparguthaben von beispielsweise 100 Euro im Euroraum, 98 Euro für neue Kredite vergeben werden können. Die Einlagen der Sparer befinden sich also gar nicht mehr bei der Bank, sondern sie werden um ein Vielfaches weiter investiert – in Aktien, Fonds oder eben Krediten. Und durch diese Kredite entsteht neues Geld. Bereits 1935 schrieb der Kreditmanager der Federal Reserve Bank of Atlanta, Georgia – Robert H. Hemphill: *"Wir sind komplett von den Banken abhängig. Jeder einzelne Dollar im Umlauf wurde zuvor von irgendwem geborgt, bar oder als Buchgeld. Wenn die Banken für genügend synthetisches Geld sorgen, geht es uns gut, wenn nicht, leiden wir Not. Uns fehlt ein Geldsystem, das von Dauer ist. Sieht man sich die Gesamtsituation an, so wird deutlich, wie absurd und tragisch unsere hoffnungslose Position ist. Und auch wenn es kaum zu glauben ist, entspricht es der Realität. Genau hierüber [das Geldsystem] sollte jeder intelligente Mensch Nachforschungen anstellen und sich seine eigenen Gedanken machen. Das ist derart wichtig, dass es zum Zusammenbruch unserer heutigen Zivilisation führen könnte, wenn es nicht sehr bald zu einem weit reichenden Verständnis der Thematik kommt und die Defekte im System behoben werden."*<sup>150</sup> Heute schreibt „Die Presse“ in dem Artikel „Geld und Finanzkrise:

---

<sup>150</sup> Hemphill, Robert H. (1935) im Vorwort von: Irving Fisher: „100% Money“, Adelphi, New York,

Eine Welt aus Papier“: *„Kaum jemand sucht im Geldsystem den Grund für Finanzkrisen. Dabei ist die Beweislast erdrückend.“*<sup>151</sup>

Natürlich war dies nur ein kurzes Überblick über den Geldschöpfungsprozess. Doch erkennen wir den Einfluss von Zentralbanken und Kreditinstituten, die jeweils unabhängig von der Politik sind. Die Wirtschaft und die Politik sind von Geld abhängig, welches von diesen Institutionen geschaffen wird. Eine Anbindung der Währungen gibt es zwar teilweise untereinander, allerdings nicht mehr an Gold oder Silber. Als neuer Indikator wird das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesehen. Dies zeigt auch der Maastricht – Vertrag der Europäischen Union, die eine Gesamtverschuldung von 60% des BIP als Grenze ansieht, sowie eine Neuverschuldung von 3% des BIP. Wie wir später sehen werden, schafft es kaum noch ein Land in Europa in der derzeitigen Situation sich an diese Obergrenze zu halten. An den Abbau der Schulden ist zudem gar nicht mehr zu denken. Es geht seit Jahrzehnten nur noch darum, die Neuverschuldung in den Griff zu bekommen. Dies liegt vor allem an den Zinsen, die für diese Schulden anfallen.

## 2.2. Zinsen

Vor der Zeit der Banken, verbot jede große Religion Wucher – also Zinsen. Teilweise gab es dafür sogar die Todesstrafe. Bei den Juden war im Tanach festgehalten, untereinander nicht Geld gegen Zinsen zu verleihen. Auch im Alten Testament finden wir einige Stellen dazu:

- *„Falls du einem aus meinem Volk, dem Elenden bei dir, Geld leihst, dann sei gegen ihn nicht wie ein Gläubiger; ihr sollt ihm keinen Zins auferlegen“* (Exodus 22,24)
- *„Du sollst nicht Zins von ihm (deinem Bruder) nehmen und sollst dich fürchten vor deinem Gott, damit dein Bruder neben dir lebt. Dein Geld sollst du ihm nicht gegen Zins geben, und deine Nahrungsmittel sollst du nicht gegen Aufschlag geben.“* (Levitikus 25,36-37)

---

<sup>151</sup> *„Eine Welt aus Papier“* In, DiePresse Stand: 28.05.2011  
[http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/666081/Geld-und-Finanzkrisen\\_Eine-Welt-aus-Papier](http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/666081/Geld-und-Finanzkrisen_Eine-Welt-aus-Papier)

• „Du sollst deinem Bruder keinen Zins auferlegen, Zins für Geld, Zins für Speise, Zins für irgendeine Sache, die man gegen Zins ausleiht. Dem Fremden magst du Zins auferlegen, aber deinem Bruder darfst du nicht Zins auferlegen, damit der Herr, dein Gott, dich segnet in allem Geschäft deiner Hand in dem Land, in das du kommst, um es in Besitz zu nehmen.“ (Deuteronomium 23,20-21)

Auch im Koran wird eindringlich auf ein Zinsverbot hingewiesen und in der Tat muss man festhalten, dass gerade im islamischen Raum der Bankensektor nach anderen Regeln verläuft, wie im Rest der Welt<sup>152</sup>: „Ihr Gläubigen! Nehmt nicht Zins, indem ihr in mehrfachen Beträgen wiedernehmt, was ihr ausgeliehen habt!“ (Sure 3, Vers 130 oder auch Sure 2, Vers 278)

Warum scheint es aus religiöser bzw. moralischer Sicht verwerflich Zinsen zu verlangen? Ganz einfach weil durch Zinsen reiche Menschen reicher werden, und Arme ärmer und die Armen als Schuldner im Dienste der Reichen stehen. Genau diesen Prozess können wir derzeit auf der ganzen Welt erkennen, wie wir im Kapitel 4 genauer sehen werden. Doch vorweg: Heute besitzt die halbe Menschheit nur ein Prozent des Global-Vermögens.<sup>153</sup> Wie werden Zinsen dann heute noch gerechtfertigt? Ironischer weise mit dem so genannten Ausfallrisiko. Doch wie lässt sich das in Anbetracht der Tatsache, dass Steuerzahlern auf der ganzen Welt dieses Risiko mehr oder weniger übernommen haben, indem der Staat die Banken bzw. den Bankensektor retten musste, noch halten? Wenn wir uns die Fakten ansehen steht fest: Zinsen sind unmoralisch und bergen ein systemimmanentes Problem. Denn sie tragen nicht nur massiv zur Ausweitung der Einkommensschere bei, sie bergen auch eine Machtverschiebung zu den großen Kreditgebern hin. Zudem ergibt sich die Frage, woher denn das Geld für die Rückzahlung von Zinsen eigentlich stammen soll, insbesondere bei der beträchtlichen Anzahl an Schuldnern? Wenn eine gewisse Geldmenge (P) vorhanden ist, woher sollen dann die Mittel für die Zinstilgung (I) stammen? Dies simple Rechnung lautet wie folgt:  $P/(P+I)$

Durch Zinsen werden die Schulden immer größer und neue Kredite müssen aufgenommen werden um die Zahlungsunfähigkeit aufzuschieben. Der

---

<sup>152</sup> Abdullah, Daud Vicary und Chee, Keon (2010): *Islamic Finance, Why it Makes Sense*, Marshall Cavendish International (Asia) Pte Ltd,

<sup>153</sup> „Halbe Menschheit besitzt nur ein Prozent des Global-Vermögens“ In, der Spiegel am 04.12.2006  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,452739,00.html>

Geldhistoriker Andrew Gause beschreibt diesen Prozess folgendermaßen: „*Etwas das man über unser Geldsystem wissen sollte ist, dass es, genau wie „Reise nach Jerusalem“, solange die Musik spielt keine Verlierer gibt.*“<sup>154</sup> Doch mit jedem Mal wo die Musik stoppt, scheidet jemand aus dem Spiel aus...

### 2.3. Inflation

Unter Inflation wird gemeinhin eine Geldentwertung durch einen Anstieg der Geldmenge verstanden. Dadurch, dass immer mehr Geld auf dem Markt ist, steigt folglich das Preisniveau.<sup>155</sup> Anhand der Grafik erkennen wir, dass Geld in der westlichen Welt kontinuierlich an Wert verliert:

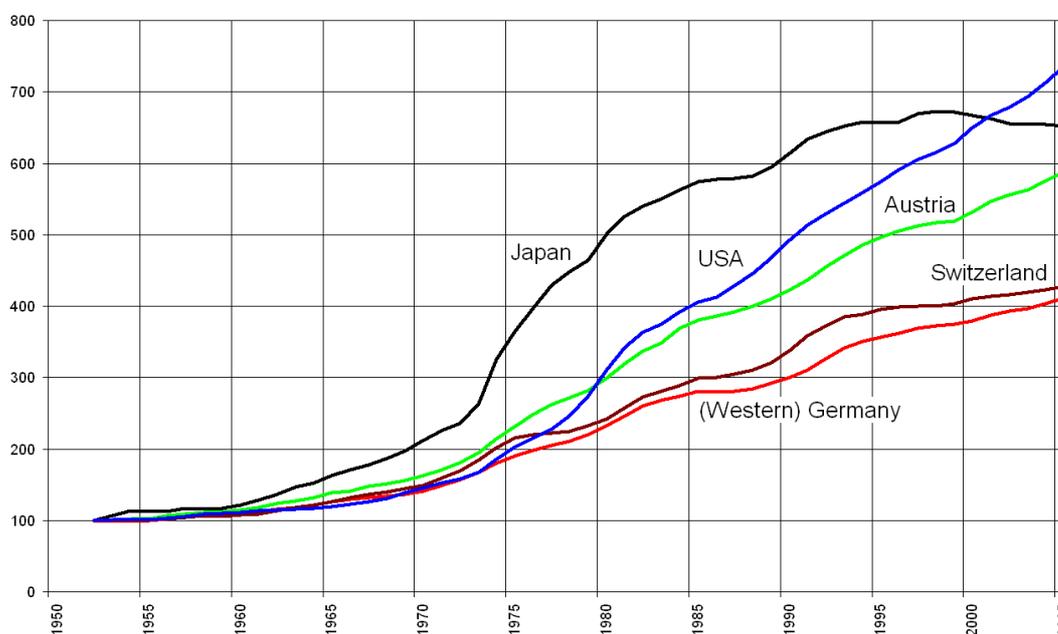


Abbildung 5 Konsumenten Preisindex Quelle: IMF

Zudem können wir erkennen, dass seit 1971 – wo unter Nixon offiziell die Golddeckung abgeschafft wurde – die Inflation drastisch zunahm. Es kommt also nicht von irgendwoher, dass das vorrangige Ziel des ESZB (Europäische System der Zentralbanken) ist, die Preisstabilität zu gewährleisten.<sup>156</sup> Die Gefahr die Inflationen mit sich bringen sind eine ansteigende Teuerung und eine Schwächung der Kaufkraft des Konsumenten. Die renommierte Wiener Zeitung dazu: „*Um so überraschender, dass der tatsächliche Grund für den sich beschleunigenden*

<sup>154</sup> [www.andygause.com](http://www.andygause.com) Stand: 18.03.2012

<sup>155</sup> [http://www.bundesbank.de/bildung/bildung\\_glossar\\_i.php](http://www.bundesbank.de/bildung/bildung_glossar_i.php) Stand: 18.03.2012

<sup>156</sup> <http://www.ecb.int/ecb/orga/tasks/html/index.de.html> Stand: 20.03.2012

*Kaufkraftverlust des Geldes in der öffentlichen Debatte keine Beachtung findet.*<sup>157</sup> Auch dieser systemimmanente Prozess der derzeitigen Wirtschaftssystem erzeugt also einen Umverteilungsprozess. Denn die Inflation trifft in erster Linie die breite Bevölkerung, da ihr Geld weniger wert wird. Die großen Kapitaleigentümer können sich mit ihren Anlagen und Investitionen gegen diese „stille Steuer“ absichern. Dem Staat kommt diese „Steuer“ auch nicht ganz ungelegen, weil konsequenterweise auch die Schulden dadurch an realen Wert verlieren.

Zuletzt muss gesagt werden, dass die Inflation in Großteilen der Welt noch weit dramatischer ansteigt als in den Ländern, die wir in der Abbildung sehen können. Dies hat in der Vergangenheit in vielen Ländern zu Krisen geführt hat (wie etwa in Argentinien, Brasilien, Mexiko, Thailand, Indonesien, oder jüngst 2007 in Simbabwe, um nur einige zu nennen).

#### **2.4. Die Eigendynamik des Kapitals**

Wir erkennen die Eigendynamik, die die Prozesse des Kapitals durchlaufen. Dies fängt bei der Geldschöpfung selbst an, wo große Kapitalinstitutionen das Monopol auf das Schaffen von Geld inne haben. In einer Gesellschaft deren Wirtschaftssystem die Nachteile für die Allgemeinheit hervorhebt, wenn es zu Monopolen kommt, scheint es fast schon ironisch, dass die Grundlage des Systems selbst ein Monopol ist.

Ebenso merkwürdig mutet es an, dass der Zins zwar von jeher etwas unmoralisches war, dessen destruktiver Elemente man sich bewusst war, es jedoch heute ein weitestgehend unhinterfragtes System ist. Dass die größten Kapitaleigner für neues Kapital nur einen sehr, sehr geringen Zinsaufwand leisten müssen, im Gegenzug mit der eigenen Verleihung des Geldes und Investitionen in reale Güter oder Finanzprodukte allerdings enorme Gewinne einfahren, zeigt wie ungerecht Zinsen für einen Wettbewerbsmarkt sind.

---

<sup>157</sup> „Die Gefahren der Inflation“, In: Wiener Zeitung, Stand: 02.02.2008  
<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4517&Alias=wzo&cob=325886&currentpage=0>

Denn auf der anderen Seite müssen die Menschen, die über Wenig bis gar nichts verfügen, weitaus höhere Zinsen bezahlen und haben von sich aus nicht die Möglichkeiten (und auch nicht das Know-How) Geld selbst zu schaffen, indem sie es verborgen oder rentabel investieren. Zur Veranschaulichung sollen uns folgende Beispiele dienen.

Beispiel 1 – Die Spekulation-/Wettanalogie: Zwei Spieler sitzen in einem Wettbüro und sehen sich ein Fußball-Spiel an. Spieler Nr.1 verfügt über große Geldreserven. Spieler Nr.2 hingegen verfügt über ein sehr geringer Kapital. Kurz vor Schluss des Spieles ist Ausgang des Spieles jedem, der nur ein wenig von Fußball versteht klar. Es steht 3:0 und die verlierende Mannschaft scheint bereits resigniert zu haben. Deshalb sehen die Quoten für einen Sieg der Mannschaft die bereits mit drei Toren führt auch sehr, sehr gering aus. Spieler 1 kann mit einer großen Summe jedoch trotzdem sein Kapital um einen Beitrag erhöhen, der zwar in Relation zum Gesamtbetrag niedrig erscheinen mag, der für Spieler 2 allerdings schon ein großer Gewinn wäre. Diesen wird jener aber nur mit einem sehr großen Risiko einfahren können, da er mit seinem niedrigen Einsatz, auf derartige Gewinnspannen gar nicht setzen muss, weil der Output so verschwindend gering ist.

Beispiel 2 – Die Poker-Inflations-Analogie: Stellen wir uns einen Tisch mit vier Personen vor die ein Pokerspiel bestreiten. Es gibt einen Chip-Leader der klar und deutlich das Feld anführt. Die übrigen Mitspieler hingegen verfügen nur über sehr wenige Chips. Einem Pokerkenner ist nun bewusst, dass es für die drei Spieler, die über geringer Chipaufkommen verfügen sehr schwierig wird. Das liegt zunächst an den Small- und Big Blinds, die als Analogie zur Inflation unserer Geldsystems verstanden werden können. Genauso wie dort steigt die Inflation – also die Blinds – kontinuierlich an. Während den Spieler mit den meisten Chips die Blinds (also der Einsatz vor einer Runde) in Relation zu seinem Guthaben so gut wie gar nicht treffen, spüren die anderen Mitspieler von Runde zu Runde wie ihr Guthaben aufgeessen wird. Zudem ist der Chipleader meist derjenige der den Ton angibt. Er kann aktiv jede Kartenrunde mitspielen und hat die Möglichkeit zum Bluff. Die anderen Spieler hingegen müssen in der Regel auf ihre Chance warten, bis sie durch Kartenglück ein gutes Blatt in die Hand bekommen. Wenn

die Chips also dermaßen zu Gunsten eines Spielers verteilt sind, ist der Ausgang des Spieles meist schon lange vor dem Ende des Spiels sehr wahrscheinlich.

Wir erkennen das Phänomen, dass das Kapital in der Regel zum Kapital wandert. Begünstigt durch Zinsen und Inflation, aber auch durch „Know-How“ und „Know-Who“, wie wir später noch sehen werden. All dies hat in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten zu einer unglaublichen Kapitalakkumulation geführt, die wir uns nun genauer ansehen werden.

### **3. Die Überakkumulation**

Viele Banken locken ihre Kunden mit dem Satz: Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten. Dies hängt mit der kapitalistischen Logik zusammen, das Kapital nicht ruhen zu lassen, sondern es zu reinvestieren um es zu vermehren. Wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, wandert das Kapital aus den unterschiedlichsten Gründen meist dorthin, wo es bereits Kapital gibt. „*Geld produziert Geld.*“, wie Jean Ziegler es kurz und prägnant beschreibt. Wie Karl Marx gezeigt hat, gibt es dabei nicht nur denjenigen oder diejenige die sein/ihr Kapital vermehrt, sondern es muss auch eine andere Seite geben, die das das ganze erst ermöglicht. Dies kann auf der einen Seite der Arbeiter bzw. die Arbeiterin sein, die durch Arbeitskraft den Mehrwert schaffen, den der Kapitalinvestor (zumindest zu einem Teil) für sich bestimmt. Oder es muss konkret jemanden geben, der sein Geld verliert, damit es jemand anderes erhalten kann. Wenn wir bei der Analogie des Glückspiels bleiben, kann beim Roulette entweder das Casino oder der Spieler gewinnen. Durch Zinsen, Inflation, Know-How Vorteile und dem Zugang zur Macht (wir werden später noch auf diesen Aspekt eingehen) haben wir seit der Gründung des liberalen Systems, aber insbesondere seitdem sich der Neoliberalismus etabliert hat, eine Kapitalakkumulation gesehen, wie es sich die Philosophen der Neuzeit und der Moderne wohl nicht hätten vorstellen können.

Laut Max Weber stammt der Ursprung des Kapitalismus im Protestantismus des 16. und 17. Jahrhunderts und dort insbesondere im calvinistischen System. Auf der Suche nach dem „Geist des Kapitalismus“, wie er es nennt, entdeckt er das Phänomen, dass es ihm calvinistischen System geläufig war zu glauben, dass

nicht alle Menschen erlöst werden, sondern nur diejenigen die von Gott auserwählt wurden. Diese Lehre der „Gnadenwahl“ wurde seiner Meinung nach direkt vom Kapitalismus übernommen und kann als „ökonomische Auslese“ verstanden werden.<sup>158</sup> Diese Auslese hat dazu geführt, dass heute etwa 2% der erwachsenen Weltbevölkerung mehr als 50% des Immobilien- und Privatvermögens. Die reichsten 10% sogar mehr als 85%! Auf der anderen Seite „besitzen“ etwa 50% der Weltbevölkerung nur ca. 1% aller Güter. Diese 50% haben weniger als zwei Dollar pro Tag zur Verfügung, was laut UNO die Grenze für extreme Armut ist. *"Die Superreichen sind noch grotesk reicher geworden als sie es vor 50 Jahren waren"*, erklärte Anthony Shorrocks, Direktor des World Institute for Development Economics Research (Wider) der UNO, welche diese Daten erhoben hat.<sup>159</sup> Wir erinnern uns daran, das Adam Smith dies bereits erahnte: *„Derjenige Handel aber, der zwischen zwei Plätzen ohne Zwang und Beschränkung natürlich und regelmäßig betrieben wird, ist jederzeit für beide, wenn auch nicht in gleicher Weise vorteilhaft.“*<sup>160</sup>

Beide Seiten dieser Aussage haben sich also bewahrheitet. Auf der einen Seite gibt es heute mehr materiellen Wohlstand als jemals in der Geschichte der Menschheit. Doch dieser Reichtum hat sich alles andere als gleichmäßig auf die Weltbevölkerung verteilt. Diese ungleiche Verteilung können wir auf den verschiedensten Ebenen erkennen. Am anschaulichsten ist es wohl, wenn wir uns zunächst eine Weltkarte hernehmen und die kontinentalen Unterschiede feststellen:

---

<sup>158</sup> Weber, Max (1995): *Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus*, Beltz Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, Seite 16-17

<sup>159</sup> „Halbe Menschheit besitzt nur ein Prozent des Global-Vermögens“ in, der Spiegel am 04.12.2006

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,452739,00.html>

<sup>160</sup> Smith, Adam (1776): *Inquiries into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Kapitel 4

## Weltweiter Wohlstand

Verwaltetes Vermögen in Billionen Dollar 2009

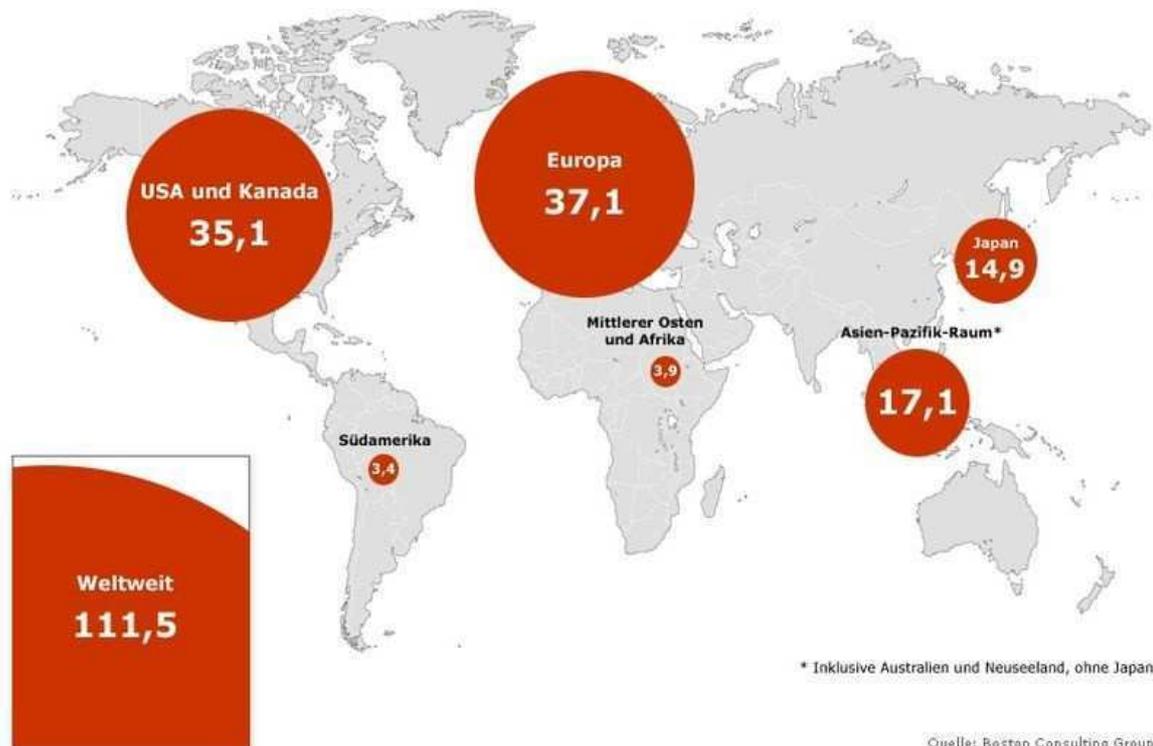


Abbildung 6 Weltweiter Wohlstand in Billionen Dollar Quelle: Boston Consulting Group

Man kann diese Grafik mit Sicherheit unterschiedlich interpretieren. Jedenfalls erkennen wir, dass insbesondere in Nordamerika und in Europa sich der Reichtum der Welt konzentriert. Dies hängt zweifelsohne auch heute noch mit der Zeit des Kolonialismus zusammen, wo sich europäische Länder mit grausamsten Methoden die Ressourcen Süd- und Mittelamerikas, Afrikas und Teilen Asiens einverleibten und zudem die Bewohner dieser Regionen als billige Arbeitskräfte bzw. als Sklaven verwendeten. Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatter der UNO für das Recht Nahrung, schreibt in seinem Buch „Imperium der Schande“, dass die Zeit der Verschuldung nahtlos an die Zeit der Kolonialherrschaft angeschlossen. Waren es nämlich früher militärische Mittel, die die Menschen zum Arbeiten und zur Ausfuhr ihrer Rohstoffe zwangen, sind es heute die Schulden bei anderen Ländern, Banken und Investmentfonds, sowie die Auflagen von IMF und Weltbank, die die Länder zu diesen Aktionen bewegen. Nun könnte man anhand dieser Grafik glauben, dass alle Menschen in Europa und Nordamerika im Luxus schwimmen. Doch bei genauerer Betrachtung verrät uns diese Statistik nichts über die Verteilung des Vermögens innerhalb der Länder und deren Verteilung ist etwa in der selben Relation, wie die vom Westen im

Vergleich zum Rest der Welt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bundesrepublik Deutschland, zurzeit hinter den USA, China und Japan die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt.<sup>161</sup> Wie wir in der unten stehenden Grafik erkennen können, besitzen 20% der deutschen Bevölkerung 80% des Vermögens, während 80% nur 20% besitzen:

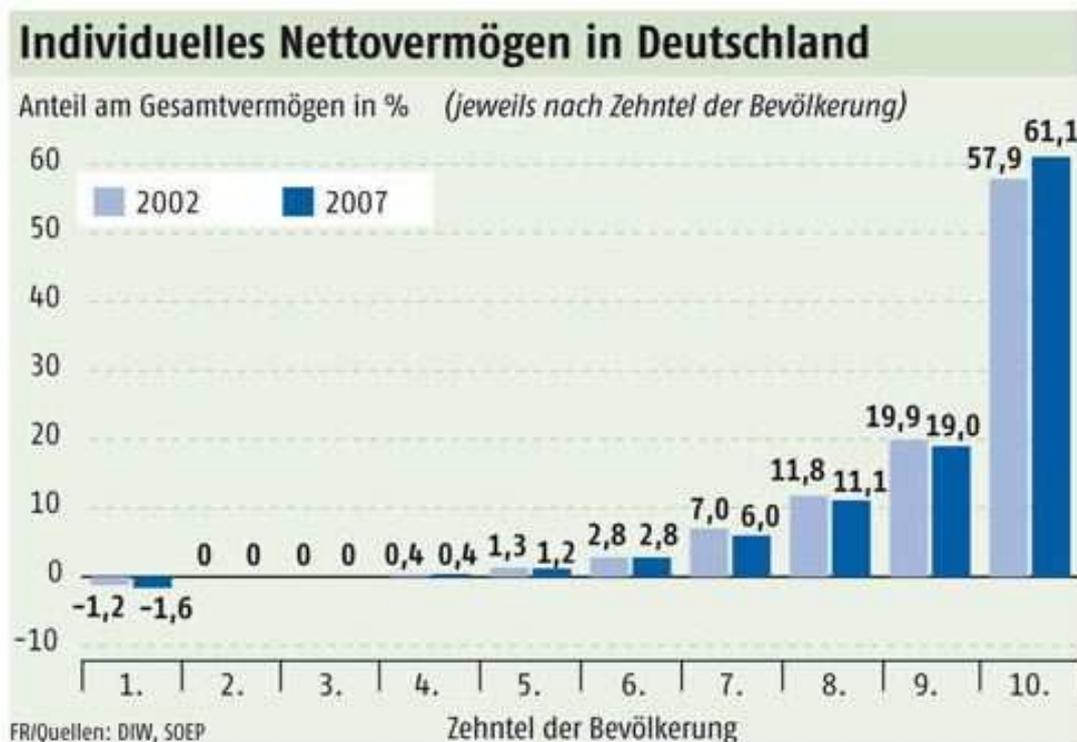


Abbildung 7 Individuelles Nettovermögen in Deutschland  
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)

Ähnlich und zum Teil noch dramatischer, verhält es sich in den meisten Ländern dieser Welt. Konkret gibt es laut dem „World Wealth Report“ 1.000 Milliardäre die rund 35 Billionen Dollar (das sind 3,5 Millionen Millionen oder 35 000 Milliarden oder 35 000 000 000 000) besitzen. Hinzu kommen 10 Millionen Dollar-Millionäre weltweit.<sup>162</sup>

Wir erkennen, wie sich die Theorien von Smith<sup>163</sup> und Locke in Bezug auf das Privateigentum und den freien Markt bis heute entwickelt haben und welche Konsequenzen dieses Denken zutage gebracht hat. Wen Geld mit Macht

<sup>161</sup> „China ist zweitgrößte Volkswirtschaft“ In, FAZ, am 14.02.2011

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/japans-bruttoinlandsprodukt-gesunken-china-ist-zweitgroesste-volkswirtschaft-1590561.html>

<sup>162</sup> „The 15<sup>th</sup> World Wealth Report 2011“ Stand: 20.03.2012

<http://www.capgemini.com/services-and-solutions/by-industry/financial-services/solutions/wealth/worldwealthreport/>

<sup>163</sup> Schütt, Hans Peter, Fricke, Christel (2005): *Adam Smith als Moralphilosoph*, Gruyter, 1. Auflage

gleichzusetzten ist, dann dürfte Nietzsche mit seiner Auffassung von Macht recht behalten haben. Der Mensch giert nach dieser Macht und im gleichem Maße hat sich der Moralphilosoph Adam Smith geirrt, wenn er annahm, dass die Reichen ihren Reichtum fair verteilen würden. Im Gegenteil: Der eigentliche Solidarbeitrag der Reichen sollten ihre Steuern sein, welche der Staat zum Wohle der Bevölkerung investiert. Wenn ihr uns allerdings die Steuerentwicklungen in den meisten westlichen Ländern genauer ansehen, erkennen wir, dass die breite Maße zwar immer mehr an Steuern ableisten muss, die Spitzensteuersätze jedoch kontinuierlich gesunken sind:

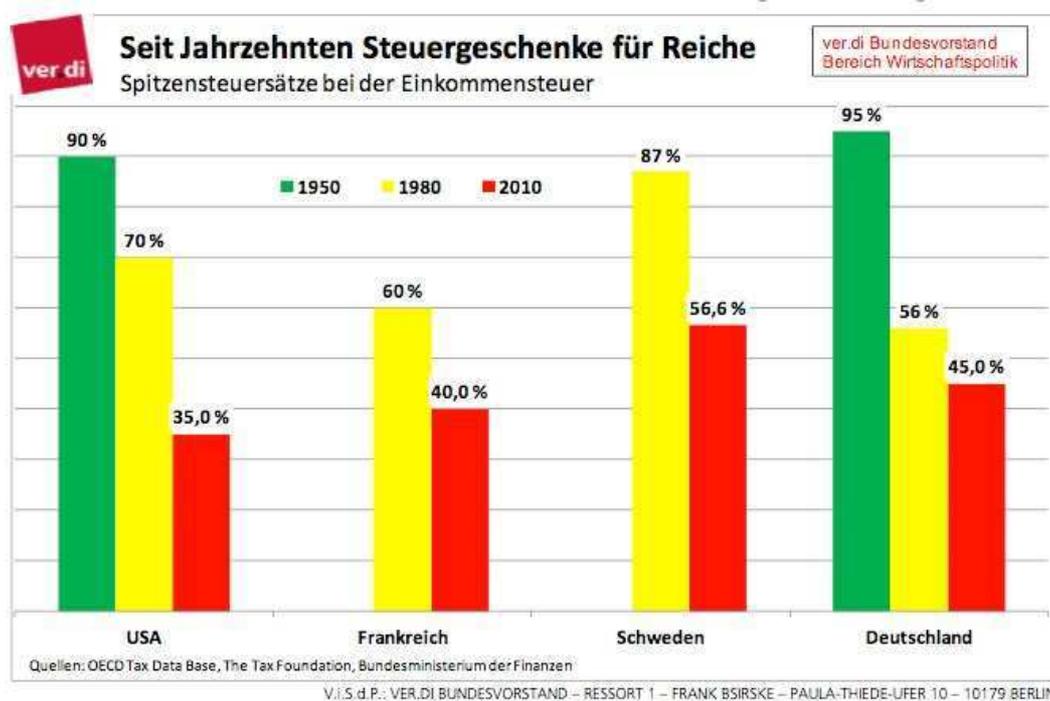
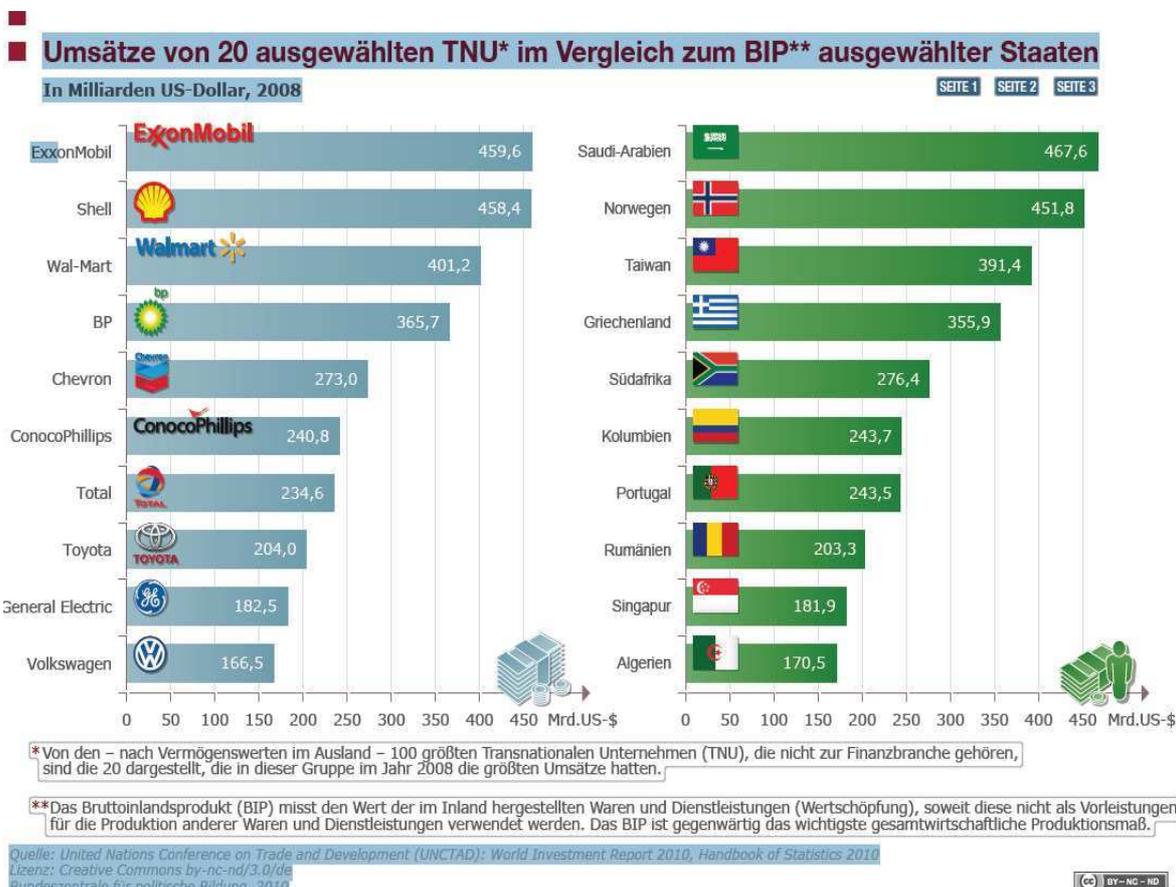


Abbildung 8 Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer Quelle: verdi

Auch hier sehen wir, wie sehr die Politik diese wirtschaftlichen Entwicklungen begünstigt hat. Es mag sein, dass einige Politiker dies mit der Absicht getan haben, Kapital im eigenen Land zu behalten. Der Hauptgrund dürfte allerdings im guten Kontakt (bzw. Lobbying) der einflussreichen Persönlichkeiten, die hinter diesem Kapital stehen, sein. Dies ist ein typischer Indikator für die Postdemokratie, der wir uns in Teil III noch widmen werden. Um sie allerdings noch besser verstehen zu können, müssen wir bedenken, dass es in der Wirtschaft nicht nur natürliche Personen gibt, die über Kapital verfügen können, sondern auch juristische Personen. Dies sind Organisationen und vor allem Firmen, die

ebenfalls Rechten und Pflichten unterworfen sind, jedoch anderen als natürliche Personen. Das Kapital welches einzelne dieser Firmen verwalten, übersteigt dabei nicht nur bei weitem das Kapital von einzelnen Personen, sondern sogar das von



**Abbildung 9 Umsätze von 20 ausgewählten TNUs im Vergleich zum BIP ausgewählter Staaten**  
Quelle: UNCTAD World Investment Report 2010

Staaten, wie uns folgende Grafik verdeutlicht:

Mit einer derartigen Kapitalkraft können diese Unternehmen natürlich die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in einzelnen Ländern gravierend mitgestalten. Zudem sind sie weitaus flexibler als es die Staaten sind. Ein Konzern kann seine MitarbeiterInnen schneller austauschen, kann in neue Marktsegmente eintreten und seine Niederlassungen weltweit so wählen, wie ihm dies beliebt. Dies ist auch der Grund, warum sich immer mehr Kapital auf die erfolgreichsten Unternehmen konzentriert und es immer mehr superreiche Menschen auf der Welt gibt.<sup>164</sup>

<sup>164</sup> „Der 10.000.000.000-Dollar-Club“, Stand: 19.03.2012  
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/milliardaere106.html>

Auf der andern Seite geht die Einkommensschere immer weiter auseinander, und immer mehr Menschen leiden unter Armut. Deshalb wurde mittlerweile auch der „Gini-Koeffizient“<sup>165</sup> eingeführt, welche die Ungleichverteilungen weltweit versucht zu erfassen. Doch während „die Reichen“ immer reicher werden und „die Armen“ immer ärmer, können wir auch feststellen, wie große Unternehmen immer Umsatzstärker werden und im Gegensatz dazu die Nationalstaaten den Gürtel immer enger schnallen müssen. Unvorstellbare 40 Billionen Dollar Schulden haben die Staaten mittlerweile angehäuft – Tendenz steigend.<sup>166</sup> Auch dies ist ein Indikator für eine postdemokratische Gesellschaft, der wir uns in Teil III genauer widmen werden. Erwähnt sei an dieser Stelle jedoch, wie sehr die Verschuldung der Länder weltweit mit diesem Phänomen zu hat. Denn alleine die Zinslast für die Schulden nimmt bei immer mehr Ländern einen immer größer werdenden Teil des Budgets in Anspruch. Österreich hat so im Jahr 2011 zehn Milliarden Euro alleine für die Zinsen seiner Schulden bezahlen müssen. Das bedeutet, die Schulden selbst wurden dabei gar nicht getilgt – im Gegenteil, sie nahmen (wie jedes Jahr) weiter zu. Man muss sich vorstellen, dass das bedeutet, dass jede Stunde eine Millionen Euro an Steuergelder alleine für Zinsen an die Kreditgeber bezahlt wird.<sup>167</sup>

Dies ist ein gutes Beispiel für die Eigendynamik des Kapitals, welches wir vorher analysiert haben. Die Kapitalgeber bzw. –eigentümer profitieren, doch der Schuldner befindet sich in einer Schuldenfalle, die immer größer wird. Dabei verdient der Kapitalgeber bzw. –eigentümer konkret an der Arbeit der – in diesem Falle- ÖsterreicherInnen und die Kapitalakkumulation schreitet weiter fort.

Österreich ist dabei natürlich keine Ausnahme, sondern im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ moderat. Tendenziell stehen sich die Länder der Erde aber immer größer werdenden Schuldenbergen und somit Zinslasten gegenüber. Das bedeutet, dass die Länder immer mehr Privatisierungen vornehmen müssen, Waren exportieren und mit einer steuerfreundlichen Politik natürliche und

---

<sup>165</sup> „Gini Coefficient World CIA Report 2009“

[http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gini\\_Coefficient\\_World\\_CIA\\_Report\\_2009.png](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gini_Coefficient_World_CIA_Report_2009.png)

<sup>166</sup> „The global debt clock“, Stand: 22.03.2012

[http://www.economist.com/content/global\\_debt\\_clock](http://www.economist.com/content/global_debt_clock)

<sup>167</sup> „Österreich zahlt eine Millionen Euro pro Stunde für Zinsen“, Stand: 08.07.2011

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2782000/staatsschulden-oesterreich-zahlt-million-euro-pro-stunde.story>

juristische Personen mit Kapital versuchen im Land zu halten oder ins Land zu locken. Während das Kapital also immer mehr an Macht gewinnt, verliert das politische Souverän an Macht.

Abschließend zu diesem Kapitel noch ein Zitat, welches das bisherige gut zusammenfasst und uns langsam zum finalen Teil dieser Arbeit hinführt: *„Im Horizont der geschichtsphilosophischen Korrespondenz von Früh- und Spätkapitalismus versteht Arendt >die zentrale Axiome der Hobbesschen Philosophie< (vgl. Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft) somit als Ausdruck der unwiderstehlichen Gewalt eines politisch –ökonomischen Prozesses, in dem sich die unbegrenzte Akkumulation von Kapital und die unbegrenzte Akkumulation von Macht notwendig entsprechen. Die kapitalistische Bestimmung von Macht als eine von keinem Gesetz begrenzte Gewalt weist die zentrale Bestimmung des leviathanischen Souveräns, seinen Status legibus solutus – zentrales Ideologem der an Hobbes sich anschließenden politischen Theologie wie des sich gerade von Hobbes her säkular verstehenden politischen Liberalismus-, als ökonomisches aus.“*<sup>168</sup>

---

<sup>168</sup> Schneider, Thomas (2003): *Thomas Hobbes' Leviathan. Zur Logik des politischen Körpers*. Zu Klampen Verlag. Hannover, Seite 13

### Teil III – Von der Demokratie zur Postdemokratie

*„Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform,  
abgesehen von all den anderen Formen,  
die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“<sup>169</sup>*

Winston Churchill

Wir haben uns im Teil I dieser Arbeit mit den Grundzügen des derzeitigen wirtschaftspolitischen Systems auseinandergesetzt und im Teil II die Charakteristika des Kapitals genauer angesehen. Nun sollen uns diese beiden Teile als Ausgangspunkt des finalen Teils dienen, wo es konkret um die Auswirkungen auf die politischen und dadurch gesellschaftlichen Belange gehen soll. Zu Beginn werden wir uns mit der Regierungsform, die zeitgleich mit dem liberalen bzw. kapitalistischen System einhergegangen ist, befassen, um schließlich den Wandel der Gesellschaft von der Demokratie zur Postdemokratie zu begutachten. Nach einer Analyse der Charakteristika der Postdemokratie, werden wir uns abschließend auch die Frage stellen, welche Auswege es aus dieser geben könnte.

#### 1. Demokratie und Volkssouveränität

Wie bereits erwähnt, gilt die Demokratie die ihren Ursprung im antiken Griechenland verzeichnet, auch als Volksherrschaft. Erst in der Moderne fand sie allerdings ihre Ausbreitung. Es ist hinreichend bekannt, dass es die unterschiedlichsten Formen der Demokratie gibt, die allesamt in den seltensten Fällen in der Realität an die Anforderungen des idealtypischen Zustands heranreichen. Wollen wir uns zunächst jedoch diesem Idealtypus zuwenden.

Eines der wesentlichsten Merkmale der Demokratie sind freie Wahlen, wo die Bevölkerung ihre Repräsentanten in regelmäßigen Abständen wählen bzw. abwählen kann. Zudem gibt es in allen modernen Demokratien eine Gewaltenteilung, wo Legislative, Exekutive und Judikative voneinander getrennt

---

<sup>169</sup> aus einer Unterhaus-Rede am 11. 11. 1947

sind um eine Machtkonzentration zu verhindern und eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten.<sup>170</sup> Nichts desto Trotz müssen diese Gewalten das Souverän eines Landes darstellen, denn wenn es eine höhere Macht als diese gäbe, wäre es keine Demokratie. Zudem müssen gewisse Grundfreiheiten vorausgesetzt werden, damit die demokratischen Prozesse ablaufen können. Allgemein werden sie als Menschenrechte oder auch als Bürgerrechte gesehen und sind für die Demokratie von besonderer Bedeutung. Hervorzuheben sind dabei die Meinungs- und Pressefreiheit, weil erst durch den öffentlichen Diskurs politische Debatten, wie sind für eine gesunde Demokratie von Nöten sind, entstehen. Zudem spiegelt sich die Freiheit des Individuums in der liberalen Gestaltung der Wirtschaftspolitik wieder. Nicht der Staat, sondern die Bürger bestimmen durch Angebot und Nachfrage das wirtschaftliche Geschehen. Weiters sollen sich die BürgerInnen aktiv am politischen Prozess beteiligen. Dies ist möglich über eine Mitgliedschaft in einer der Parteien, die Gründung einer Partei, oder das Mitwirken in Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen (beispielsweise NGOs). Dieser Aspekt des Mitwirkens hat vor allem durch die ArbeiterInnen-Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Spuren hinterlassen, weshalb es auch zu einem „Wohlfahrtsstaatsmodell“<sup>171</sup> gekommen ist (beflügelt durch die Sozialdemokratie und den Keynesianismus), welches gemeinhin ebenfalls mit Demokratie assoziiert wird. Dabei kümmert sich der Staat in Form von Arbeitslosengeld, Pensionen, einem staatlichen Krankensystemen, Infrastrukturmaßnahmen, Bildung, Kultur- und Sportförderungen und dergleichen um die Bedürfnisse der Bevölkerung. Der Auftrag der Politik ist es das Zusammenleben der Menschen zum Wohle aller zu gestalten und zwar in dem durch die Verfassung geregelten Möglichkeiten. Dabei ist eine Verfassung kein zwingendes (wenngleich meistverbreitetes) Kriterium für eine moderne Demokratie, aber jedenfalls der Rechtsstaat, indem für alle BürgerInnen die gleichen Rechte gelten. Insbesondere in Europa war zudem die Erhaltung des sozialen Friedens ein Hauptaspekt der Demokratie. Egalitäre Maßnahmen sollten zu einer Verteilungsgerechtigkeit führen und der „Soziale Dialog“ der Sozialpartner ArbeiternehmerInnen und ArbeitgeberInnen zufriedenstellen.

---

<sup>170</sup> Lösche, Peter (2004): *Merkmale der Präsidialdemokratie* in: Informationen zur politischen Bildung, Politisches System der USA, Heft 283

<sup>171</sup> Ullrich, Carsten G. (2005): *Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Campus Verlag, Frankfurt, 2005

Heute scheint die Demokratie als optimale Regierungsform common sense zu sein, doch das war nicht immer so. Viele politische Denker haben sich im Laufe der Geschichte gegen die Demokratie ausgesprochen.<sup>172</sup> Von Platon und Aristoteles ausgehend bis ins 18. und teilweise 19. Jahrhundert galt sie als Regierungsform der Armen und Unfähigen und zum Nachteil der gebildeten und besitzenden Klasse, die diese in diesem Zeitraum deshalb auch nicht unterstützte.<sup>173</sup>

Diese Ansichten müssen jedoch im Kontext der Zeit gesehen werden. So hängt Armut auch meist mit einem geringen Bildungsniveau zusammen. Wohlstand, Infrastruktur und Schulbildung waren nicht annähernd so verbreitet wie es heute der Fall ist. Der Durchbruch der Demokratie kam dann zwar nicht gleich mit dem Aufschwung der industriellen Revolution - diese Brach jedoch die Lanze. Doch erst der Enthusiasmus für totalitäre Systeme und die Erkenntnis, welche desaströse Konsequenzen daraus folgten, sowie das gleichzeitige zur Schau stellen des Erfolgsmodells der Demokratie anhand der Vereinigten Staaten, führte zum heutigen Bild der Demokratie. Allerdings sei an dieser Stelle erwähnt, dass auch in Amerika erst die Kolonialherren „vertrieben“ werden musste, bevor die Demokratie sich entwickeln konnte. In Frankreich war es der Kaiser, in Kontinentaleuropa der Nationalsozialismus und in den Ländern der ehemaligen UDSSR der Kommunismus. Überall in diesen Ländern blühte nach den Schreckensherrschaften die Demokratien (wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung) auf. Heute hat auch die Philosophie ihre Perspektiven und Ansichten zur Demokratie neu definiert und die repräsentative Regierung und ihre Vorteile erkannt.<sup>174</sup> Die Meinung des Volkes wurde nicht mehr als unterprivilegiert betrachtet.

Doch wollen wir uns an dieser Stelle eingehend mit den kritischen Bemerkungen und Warnungen von Philosophen zur Demokratie auseinander setzen. Einer der ersten war – wie bereits erwähnt – Platon, der sich mit dieser Staatsform auseinander setzte. In seiner politischen Schrift „Der Staat“, wo er versucht einen Idealtypus eines Staates zu kreieren, setzt er auch Seitenhiebe auf die Demokratie.

---

<sup>172</sup> Held, David (2006): *Models of Democracy*, Stanford University Press, 3. Auflage, Seite 1

<sup>173</sup> Macpherson, C.B. (1983): *Nachruf auf die liberale Demokratie*, Suhrkamp, Frankfurt, Auflage 1, Seite 19

<sup>174</sup> Bermudo, J.M (2001): „Filosofia y democracia. I. EL rechazo de la pobreza“, Seite 1

Diese ist für ihn ein Resultat der Maßlosigkeit und des Kampfes um Reichtum. Im Endeffekt werde die Oligarchie deshalb auch die Demokratie unterwandern.<sup>175</sup> In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklungen seit der Einführung der Demokratie, scheint diese Aussage für viele eine wahre Prophezeiung zu sein. Zumindest wenn wir uns die zunehmende Macht von einzelnen Persönlichkeiten und Unternehmen ins Gedächtnis rufen. Auch im Bezug auf die Entwicklung der Demokratie zur Postdemokratie scheint diese Aussage zuzutreffen. Für seinen Schüler Aristoteles hingegen war nicht der Reichtum das Problem, sondern im Gegenteil die Herrschaft der Armen. Eine Demokratie hat für ihn zur Folge, dass sich die Regierung nicht mehr um das Wohl der Allgemeinheit kümmere, sondern nur noch um die Rechte der Armen.<sup>176</sup> Wenn gleich er seine Meinung zur Demokratie in seiner „Summiersthese“ relativiert hat (welche auf den ebenfalls sehr interessanten Gedankengang basiert, auf den sich auch Theoretiker des kollektiven Bewusstseins berufen, nämlich, dass die Entscheidung einer großen Gruppe besser sei als die von Einzelnen oder Fachkundigen), hat sich diese Kritik besonders hartnäckig über viele Jahrhunderte in den Köpfen der Philosophen fest gesetzt.

Wie bereits erwähnt wurde Armut mit einem geringen Bildungsniveau gleich gesetzt. So schrieb noch im 19. Jahrhundert John Stuart Mill: *„Es kann nicht nutzen, sondern nur schaden, wenn die Verfassung eines Landes der Unwissenheit ebensoviel politische Macht einräumt wie dem Wissen“*.<sup>177</sup> Allerdings erkannte er, welche Bedeutung der Arbeiter im politischen System einnehmen und dass sie sich *„nicht mehr einem patriarchalischen oder paternalistischen System unterwerfen würden.“*<sup>178</sup>

Dieser Aspekt der Unterwerfung war auch für die Französische Revolution sehr bedeutsam. Der bekannte Rechtsanwalt und Politiker Maximilien de Robespierre, welcher an der Französischen Revolution beteiligt war, schrieb: *„Die Freiheit besteht aus dem Gehorsam gegenüber den Gesetzen, die man sich selbst gegeben*

---

<sup>175</sup> Plato: Der Staat, Aches Buch, 555b, Seite 383

<sup>176</sup> Aristoteles: *Politik*. Band 9 der *Werke in deutscher Übersetzung*, begründet von Ernst Grumach, herausgegeben von Hellmut Flashar, übersetzt und erläutert von Eckart Schütrumpf, Akademie Verlag, Berlin ab 1991

<sup>177</sup> Mill, John Stuart (1873): *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, Kapitel 8

<sup>178</sup> Mill, John Stuart (1869): *Grundsätze der politischen Ökonomie*, Kapitel 7

*hat, und die Sklaverei besteht aus dem Zwang, sich einem fremden Willen unterwerfen zu müssen.* <sup>179</sup>

Dies war ganz im Sinne von Thomas Hobbes und führte zur Einführung der Demokratie in Frankreich. Viele haben sich mit dem Aspekt der Freiheit und der Demokratie befasst. Schönherr konstatiert: *„Die Autorität des Staates selbst besitzt nur eine eigene Legitimität, soweit sie im Dienst der Bürger steht. Es gibt keinen Automatismus, der Staatsinteressen oder vermeintliche Allgemeininteressen mit den Individualinteressen in Übereinstimmung bringt, wie es sich viel später vor allem Marx vorstellen wird.* <sup>180</sup>

Einer der schärfsten Kritiker der Demokratie war allerdings Immanuel Kant. Der hochgeschätzte Philosoph des Deutschen Idealismus schätze zwar das Prinzip des Republikanismus, kritisierte die Demokratie aber aufs Schärfste und warnte davor, dass diese Gefahr laufe zum Despotismus zu werden. Aufgrund der hervorragende Analyse soll deshalb ein folgender Abschnitt zum Verständnis seiner Kritik dienen: *„Damit man die republikanische Verfassung nicht (wie gemeiniglich geschieht) mit der demokratischen verwechsele, muß folgendes bemerkt werden. Die Formen eines Staates (civitas) können entweder nach dem Unterschiede der Personen, welche die oberste Staatsgewalt innehaben, oder nach der Regierungsart des Volks durch sein Oberhaupt, er mag sein welcher er wolle, eingeteilt werden; die erste heißt eigentlich die Form der Beherrschung (forma imperii), und es sind nur drei derselben möglich, wo nämlich entweder nur einer, oder einige unter sich verbunden, oder alle zusammen, welche die bürgerliche Gesellschaft ausmachen, die Herrschergewalt besitzen (Autokratie, Aristokratie und Demokratie, Fürstengewalt, Adelsgewalt und Volksgewalt). Die zweite ist die Form der Regierung (forma regiminis), und betrifft die auf die Konstitution (den Akt des allgemeinen Willens, wodurch die Menge ein Volk wird) gegründete Art, wie der Staat von seiner Machtvollkommenheit Gebrauch macht, und ist in dieser Beziehung entweder republikanisch oder despotisch. Der Republikanism ist das Staatsprinzip der Absonderung der ausführenden Gewalt (der Regierung) von der gesetzgebenden; der Despotism ist das der eigenmächtigen Vollziehung des Staats*

---

<sup>179</sup> Robespierre, Maximilien: Ausgewählte Texte, „Über die Notwendigkeit, das Dekret über die Mark Silber zu widerrufen, Seite 38

<sup>180</sup> Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): *Politischer Liberalismus in der Postmoderne*, Wilhelm Fink Verlag, München, Seite 12

*von Gesetzen, die er selbst gegeben hat, mithin der öffentliche Wille, sofern er von dem Regenten als sein Privatwille gehandhabt wird. - Unter den drei Staatsformen ist die der Demokratie, im eigentlichen Verstande des Wortes, notwendig ein Despotism, weil sie eine exekutive Gewalt gründet, da alle über und allenfalls auch wider einen (der also nicht mit einstimmt), mithin alle, die doch nicht alle sind, beschließen; welches ein Widerspruch des allgemeinen Willens mit sich selbst und mit der Freiheit ist. Alle Regierungsform nämlich, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Unform, weil der Gesetzgeber in einer und derselben Person zugleich Vollstrecker seines Willens [...] sein kann, und, wenn gleich die zwei anderen Staatsverfassungen so fern immer fehlerhaft sind, daß sie einer solchen Regierungsart Raum, geben, so ist es bei ihnen doch wenigstens möglich, daß sie eine dem Geiste eines repräsentativen Systems gemäße Regierungsart annähmen, wie etwa Friedrich II. wenigstens sagte: er sei bloß der oberste Diener des Staats, dahingegen die demokratische es unmöglich macht, weil alles da Herr sein will. - [...] Zu jener aber, wenn sie dem Rechtsbegriffe gemäß sein soll, gehört das repräsentative System, in welchem allein eine republikanische Regierungsart möglich, ohne welches sie (die Verfassung mag sein welche sie wolle) despotisch und gewalttätig ist.“<sup>181</sup>*

Für Kant hat das Wort Demokratie also eher die Bedeutung „Herrschaft über das Volk“ als „Herrschaft durch das Volk“. Doch muss bedacht werden, dass für Kant jede Herrschaft eine Feindin der Freiheit war. Zudem war für ihn das Streben nach Macht ein besonders großes Problem an der Herrschaft. Festzuhalten bleibt auch, dass er genauso wie Platon eben durch dieses Streben nach Macht die Demokratie als Wegbereiter für die Herrschaft weniger sah, die sich der Herrschaft bedienten um ihre egoistischen Motive zu befriedigen. Die Postdemokratie wird genau diesen Punkt aufgreifen und zeigen, wie dies – vor allem durch neoliberale Entwicklungen – sich in der Praxis vollzogen hat.

Ein großer Kritiker des Systems war auch Jean-Jacques Rousseau. Doch bei aller Kritik an der modernen Zivilisation (vor allem der Einfluss von Technik und Kunst auf die Gesellschaft war im ein Dorn im Auge) schrieb er: „*Ich erkannte,*

---

<sup>181</sup> Kant, Immanuel (1795): *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Werkausgabe Band XI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt am Main, 1991, Seite 204-208 (unter Auslassung der Anmerkungen Kants), zitiert in: Massing, Peter/Breit, Gotthard (2002): „Demokratie-Theorien“, Wochenschau Verlag Schwalbach, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 125 ff.

*dass alles radikal von der Politik abhängt.*<sup>182</sup> Dies führte ihn dazu, seine Kritik zwar beizubehalten, jedoch aus der gegenwärtigen Situation zu versuchen, das Beste zu machen. Er stellt fest: *„Wir haben Physiker, Geometer, Chemiker, Astronomen, Poeten, Musiker, Maler. Wir haben keine Bürger mehr.“*<sup>183</sup> Zudem verwies er auf die Tatsache, dass es eine massive Ungleichheit unter den Menschen gibt, welche seiner Meinung nach auf das Privateigentum zurückzuführen sind. Doch all diese Fehlentwicklungen will er in seinem Werk „Contract social“ in den Griff bekommen. Dort schreibt er vom „volonté générale“ – der Herrschaft des Gemeinwillens. Durch ihn soll die Selbstbestimmung des Individuums gesichert werden. Dies ist für Rousseau insofern möglich, als der Einzelne bzw. die Einzelne sich nur Gesetzen unterwirft, deren er/sie auch zugestimmt hat. Ähnlich wie später auch Kant, sieht er in den Gesetzen einen Konflikt mit der Freiheit. Wenn das Individuum aber selbst einen Vertrag mit dem öffentlichen Willen eingeht, sind seine Bedenken aufgehoben. Kant und auch Hegel werden Rousseau später für diesen Vorschlag loben.<sup>184</sup>

Auch diesen Gedanken sollten wir im Hinterkopf behalten, wenn wir uns dem nächsten Kapitel widmen. Zuvor soll zum Abschluss dieser Reise durch die philosophischen Reflexionen zur Demokratie jedoch noch ein gewisser Perikles erwähnt sein. Er gilt als einer der Gründerväter der Demokratie im alten Griechenland und sein persönliches Verhalten mag uns als Einstieg in das Kapitel der Postdemokratie dienen: *„So bestach er gar bald den Pöbel durch Schauspielgelder, Gerichtsgelder und andere Belohnungen und Schenkungen.“*<sup>185</sup>

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass bereits über eine der ersten Persönlichkeiten, die mit Demokratie in Verbindung gebracht werden, derartige Korruptionsfälle im Raum stehen.

---

<sup>182</sup> Herb, Karlfriedrich: *Jean-Jacques Rousseau. Ein Moderner mit antiker Seele*, in: Große Philosophen – von der Antike bis heute, Darmstadt: Primus Verlag 2001, Seite 534- 549

<sup>183</sup> Ebd.

<sup>184</sup> Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts, In: Werke in zwanzig Bänden, hrsg. von Eva Moldenhauer und Karl Markus Michel, Frankfurt am Main: Suhrkampg 1970, Band 7, §258

<sup>185</sup> Plutarch (1994): *Perikles*, Seite 9 In: *Plutarchi vitae parallelae*. Teubner, Band 1 Fasc. 2, hrsg. Konrat Ziegler und Hans Gärtner, Stuttgart und Leipzig

## 2. Des Weg zur Postdemokratie

Im letzten Kapitel haben wir erkannt, wie unterschiedlich die Philosophen der Antike bis zur Neuzeit die Demokratie verstanden haben. Doch nicht nur dieser kurze Abriss, sondern alles bisher geschriebene soll uns nun als Ausgangspunkt dienen, um die Veränderungen in demokratischen Systemen seit der Einführung des Neoliberalismus besser zu verstehen. Colin Crouch hat mit seinem Buch „Postdemokratie“ eine breite Debatte über die Entwicklung der Demokratien entfacht. In diesem Kapitel werden wir uns sowohl die theoretischen Ansätze, als auch praktische Beispiele zu seinen Theorien ansehen um festzustellen, ob sich die Demokratie tatsächlich auf dem Weg zu einer Postdemokratie befindet.

### 2.1. Definition und Charakteristika der Postdemokratie

Der Begriff der Postdemokratie geht auf den britischen Politikwissenschaftler und Soziologen Colin Crouch zurück. In seinem 2004 veröffentlichten Werk geht er auf viele Aspekte ein, die ich versucht habe im Laufe der Arbeit zu beschreiben. Im Speziellen geht er auf den Einfluss des Kapitals auf die Politik ein, welche seiner Meinung nach dadurch in ihren demokratischen Fundamenten erschüttert wird. Obwohl er in Oxford unterrichtet und lebt, wurde das Buch zunächst in Italien publiziert, wo es – genauso wie im deutschsprachigen Raum - auf große wissenschaftliche Reputation stieß. Warum der angloamerikanische Raum möglicherweise andere Reaktionen auf seine Thesen hat, wird im Laufe dieses Kapitel deutlich werden.

Zunächst ist es mit Sicherheit hilfreich den idealtypischen Zustand der Postdemokratie zu definieren. Für Crouch ist er *„ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale die man*

*ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.* <sup>186</sup>

Ausgehend von dieser groben Definition werden wir später noch die Details dieser Aussagen hervorheben. Doch soll an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass Crouch den Idealtypus der Postdemokratie im selben Maße in der Realität nicht vorfindet, wie es ja auch mit der Demokratie an sich der Fall ist. Gerade über die Grenzen der Länder und über die Zeit hinweg, lassen sich Pauschalisierungen nicht empirisch belegen. Jedoch stellt er eine Tendenz fest, welcher er an den unterschiedlichsten Punkten fest macht. Dabei ist es wichtig zu verstehen, wie Crouch den Begriff POSTdemokratie überhaupt versteht. Ausgehend von dem Dilemma lediglich zwei Kategorien – nämlich Demokratie und Nichtdemokratie – zur Verfügung zu haben um Länder oder gewisse Prozesse einzuordnen, war seiner Einschätzung nach nicht zufriedenstellend. Er stellte fest, dass sich auch innerhalb der Demokratie *„mächtige Interessensgruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger.* <sup>187</sup> Dieser Punkt ist noch kein Grund davon zu sprechen, dass es keine Demokratie gibt, aber in einer Volksherrschaft, wo nicht die Interessen des Volkes im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehen, sondern einzelne Gruppen von Personen und Unternehmen, steht trotzdem im Widerspruch zu den demokratischen Grundsätzen, die wir oben kennen gelernt haben - sie steht etwa dem *„volunté généralé“*.

Anhand dieses Beispiels können wir folgende Entwicklung feststellen. Zunächst gab es einen Zustand ohne *„volunté généralé“*. Dann wurde dieser Zustand erreicht und nahm im Laufe der Zeit wieder ab. Genauso versteht Crouch seine Theorie der Postdemokratie – nämlich als Parabel:

---

<sup>186</sup> Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, Seite 10

<sup>187</sup> Ebd. Seite 30

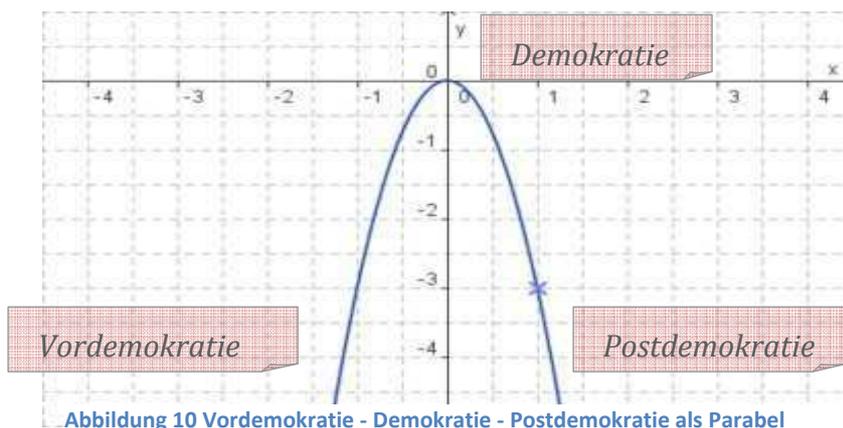


Abbildung 10 Vordemokratie - Demokratie - Postdemokratie als Parabel

Diese Entwicklung, vom Erwerb eines demokratischen Elements zurück zu der Zeit bevor dieses sich etabliert hat, zieht sich wie ein roter Faden durch sein Buch. Dabei spielt die Wirtschaft eine außerordentlich wichtige Rolle bei diesem Prozess. Gewisse Aspekte des Merkantilismus treten in der Postdemokratie wieder auf. Vor allem die Verbindung einflussreicher KapitaleigentümerInnen (früher Fürsten, heute UnternehmerInnen) und der Regierung sieht Crouch als Motor auf dem Weg zur Postdemokratie. Er spricht dabei von einer Ellipse der Macht – *„Politik, die wieder zur einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird – so wie es in vordemokratischen Zeiten der Fall war.“*<sup>188</sup>

Spitzenpolitiker, Berater und Lobbyisten befinden sich seiner Meinung nach auf dem Feld der Politik. Während wirtschaftliche Interessen durch Lobbying (also die Einflussnahme auf die Politik zugunsten einer Interessensgruppe) die Politik gestalten, bedient sie sich auf der anderen Seite der PR (Public Relations) um die öffentliche Meinung zu gestalten. Daraus ergibt sich, dass *„die Klasse, die ohnehin die Ökonomie beherrscht, auch den politischen Betrieb dominiert.“*<sup>189</sup> Ähnlich wie in der vordemokratischen Zeit haben also die Bürger keine wesentlichen Möglichkeiten mehr den politischen Prozess mitzugestalten, weil die Wahlen bzw. die Themen der Wahl, im Wesentlichen von den PR-Teams gesteuert werden und die politischen Verwaltungsvorgänge von Lobbyisten geprägt sind. Dabei ist die PR, sowie der Lobbyismus aus der Crouch'schen Sicht in der Hand vom Kapital. Viele Kommunikationswissenschaftler würden ihm in diesem Punkt allerdings widersprechen.

<sup>188</sup> Ebd. Seite 133

<sup>189</sup> Ebd. Seite 60

Beflügelt wird die Entwicklung zur Postdemokratie vor allem durch den Neoliberalismus: *„Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zuläßt, daß diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn - mehr oder minder unbemerkt - zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.“*<sup>190</sup>

Die Interessen der BürgerInnen sind also nicht mehr zentraler Gegenstand der Politik, sondern die Interessen „der Wirtschaft“. Mit einer ähnlichen Situation sah sich auch Rousseau konfrontiert: *„Die antiken politischen Theoretiker sprechen unablässig von Sitten und Tugend; die unseren nur noch von Handel und Geld.“*<sup>191</sup> Dies bewegte ihn, den Willen des Volkes wieder ins Zentrum der Politik zu rücken. Der Neoliberalismus hat diese Entwicklung scheinbar wieder rückgängig gemacht. Die Verwobenheit aus Politik und Wirtschaft, welche typisch für eine Postdemokratie ist, kann auch an dem Indikator Korruption in einer Gesellschaft gemessen werden, wie Crouch postuliert. Als konkretes Beispiel nennt er Italien unter Silvio Berlusconi, doch könnte er dabei zahlreiche andere Staaten und Korruptionsaffären aufzählen. So wird gerade der deutschsprachige Raum derzeit von Korruptionsskandalen erschüttert - siehe die „Causa Wulff“ in Deutschland oder die „Telekom Affäre“ in Österreich – welche in der Tat im Crouch'schen Sinne in jeglicher Beziehung als Beispiel für den Verfall in die Postdemokratie gesehen werden können. Nicht nur die Verbindung von Wirtschaft und Politik, sondern auch die BeraterInnen und LobbyistInnen in der Ellipse der Macht sind Elemente der Postdemokratie. In Österreich spielt zudem die Privatisierung der Telekom eine wichtige Rolle. Auch dieser Faktor, nämlich die Auslagerung staatlicher Unternehmen, sieht Crouch als Indikator für eine postdemokratische Gesellschaft. Der Staat baut sich selbst ab um seine Befugnisse der Wirtschaft zu übergeben. Dadurch verliert er nicht nur an Einfluss, sondern auch an Kompetenz, die er sich dann bei Bedarf von der Wirtschaft holen muss. Doch die handelt aus Eigeninteresse und hat somit die Oberhand über den Staat, wenn es um fachspezifisches Know-How geht

---

<sup>190</sup> Ebd. Seite 29

<sup>191</sup> Herb, Karlfriedrich: *Jean-Jacques Rousseau. Ein Moderner mit antiker Seele*, In: Große Philosophen – von der Antike bis heute, Darmstadt: Primus Verlag 2001, Seite 154

Auch die Verteilungsungerechtigkeit der heutigen Welt sieht Crouch als Indikator für den Weg zur Postdemokratie. War es zur Blütezeit der Demokratie (die er in der Nachkriegszeit sieht, was unter anderem Armin Wolf stark kritisierte<sup>192</sup>) common sense, dass sich sowohl die Wirtschaft als auch der Staat an einem breiten Wohlbefinden der Bevölkerung orientieren sollte, weil ein größerer Wohlstand in der breiten Bevölkerung, zu einem größerem Wohlstand und sozialem Frieden – auch unter den Klassen – führte. Doch mit dem Phänomen, dass es immer weniger ArbeiterInnen gibt, und dafür immer mehr DienstleiterInnen, und die Gewerkschaften immer weniger Mitglieder haben, geht der soziale Friede immer weiter verloren. Angetrieben wird dieses Phänomen durch die immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere. Das Gemeinwohl verschiebt sich auf das, was der Markt benötigt um Unternehmen zu Gewinnen zu verhelfen. Aus dem Mund eines Politikers klingt das dann so wie bei Ludwig Erhard (Anm.: Ehemaliger deutscher Bundeskanzler) oder Christoph Leitl (Anm.: Wirtschaftskammer Präsident Österreichs): *„Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen gut.“*

Diesen Konflikt zwischen Demokratie und Neoliberalismus sah im Übrigen auch Friedrich August von Hayek. Verständnis zeigt er: *„das[s] Menschen mit den besten Absichten dazu getrieben werden zur Durchsetzung einer freien Gesellschaft nach einer Regierung verlangen, die die Macht besitzt, der Gesellschaft jene Ordnung aufzuzwingen, die sich nicht aus sich selbst heraus schaffen kann. Wenn es auch gute Gründe gibt, eine beschränkte demokratische Regierung einer nicht-demokratischen Regierung vorzuziehen, so muss ich doch gestehen, das ich eine beschränkte nicht-demokratische einer unbeschränkt demokratischen [...] vorziehe.“*<sup>193</sup> Dieses Spannungsfeld von Demokratie und Kapital wollen wir uns im Kontext der Theorie der Postdemokratie genauer ansehen.

---

<sup>191</sup> Wolf, Armin: Post-Demokratie: Eine (Ent-) Warnung. Opening Statement – Obergurgl Governance Symposium, 18.-20. Oktober 2007

<sup>193</sup> Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus Hochtechnologie Hegemonie*; Argument Verlag, Hamburg, Seite 99

## 2.2. Kommerzialisierung der Politik

Die Gesetze des Marktes haben auch vor der Politik nicht halt gemacht. Dies lässt sich auf den unterschiedlichsten Ebenen feststellen. Zunächst wären da die finanziellen Zuwendungen an PolitikerInnen und Parteienapparate. Dabei muss es sich nicht zwangsläufig um illegale Korruption handeln. Viele Zahlungsflüsse von Privaten zugunsten von PolitikerInnen sind mittlerweile rechtlich abgedeckt oder einfach nicht transparent. Das ändert allerdings nichts an dem Faktum, dass *„[d]ie privatwirtschaftlichen transnationalen Gruppen [...] somit mehr und mehr die staatlichen Machtinstanzen [beherrschen]. Sie werden nicht vom Staat kontrolliert, sondern sie kontrollieren ihn.“*<sup>194</sup>

Wir erkennen also eine Tendenz zur Kommerzialisierung der Politik. Die Tatsache, dass PolitikerInnen und Parteien immer mehr Geld benötigen, liegt vor allem an den immer größer werdenden finanziellen Aufwand für Wahlkämpfe. Inserate und Spots müssen geschaltet, Kampagnen entwickelt werden. Neben den Kosten innerhalb der Parteien werden externe Berater engagiert, die aufgrund ihres Know-Hows auch dementsprechend Geld kosten. Dadurch entscheidet die Höhe der Wahlkampfbudgets oft sogar über Wahlen. Dies ist den großen Unternehmen, die die Politik gerne mitgestalten möchte natürlich nicht entgangen. Mittels Spenden und Sponsoring-Maßnahmen haben sie sich in die Politik eingekauft. Dafür erwarten sie naturgemäß auch ihre Gegenleistungen.<sup>195</sup>

Wie sooft ist die USA bei wirtschaftspolitischen Themen auch hier ein Musterbeispiel. Derzeit findet gerade der republikanische Vorwahlkampf für die Präsidentenwahl im Herbst 2012 statt. Die deutsche Tageszeitung „Die Welt“ schreibt: *„Zwei Dutzend Milliardäre und Multimillionäre ziehen bei den US-Vorwahlen im Hintergrund die Fäden. Noch nie war ihr Einfluss so groß.“*<sup>196</sup> Während in den USA allerdings keine Steuergelder in die Wahlkämpfe fließen und es somit vom Gesetzgeber vorgesehen ist, dass sie sich privat finanzieren, gibt es in Europa andere Rechtsgrundlagen. Hier ist im Budget ein gewisser

---

<sup>194</sup> Forrester, Viviane (1998): *Der Terror der Ökonomie*. München Goldman, Seite 41

<sup>195</sup> „Wer zahlt, gewinnt. Wahlkampfspenden in den USA“ Stand: 28.01.2012

<http://www.tagesschau.de/ausland/obamalobby101.html>

<sup>196</sup> „Wie die Superreichen den US-Wahlkampf steuern“ Stand: 05.03.2012

<http://www.welt.de/politik/wahl/us-wahl-2012/article13904593/Wie-die-Superreichen-den-US-Wahlkampf-steuern.html>

Betrag für die Parteien vorgesehen um eben unabhängig von privaten Geldgebern zu sein. Zudem fließen Mitgliedsbeiträge der Parteien in die Kassa und auch durch politische Stiftungen und andere Sonderregelungen wird Geld eingetrieben. Die Politikfinanzierung wird aber zunehmend auch durch Sponsoring gestaltet. So hat etwa jede Partei eigene Mitgliederzeitschriften, wo Unternehmen inserieren können. In Deutschland werden zudem Parteitage genutzt um einen Ausstellungsbereich für Unternehmen zu ermöglichen. Ähnlich wie bei einer Messe müssen die Flächen dafür gemietet werden. Neben Lobbying-Gesprächen zwischen PolitikerInnen fließen oft unverhältnismäßig hohe Beiträge in die Parteikassen.<sup>197</sup>

Colin Crouch schließt aus der neuen Form Politikfinanzierung, dass Parteien aufgrund ihrer sinkenden Mitgliederzahlen und erhöhter Ausgaben auf private Geldgeber angewiesen sind. Damit befindet sich die Parteien auch in einem Zwiespalt die Interessen der eigenen Mitglieder zu vertreten oder die der Geldgeber. Einen noch größeren Interessenskonflikt macht Crouch jedoch bei dem fließenden Wechsel von PolitikerInnen in die Wirtschaft und umgekehrt aus. So sind politische Karrieren meist zeitlich beschränkt – was den Protagonisten natürlich nicht entgangen ist. Auf der anderen Seite dürstet die Wirtschaft nach PolitikerInnen. Sie haben meist gute Kontakte, kennen die politischen Procedere und können somit die Lobbyinteressen der Unternehmen erfolgreich vertreten. Dabei erkennen wir das Phänomen, dass es zunehmend nicht nur einzelne PolitikerInnen sind, die nach ihrer politischen Karriere sich als „Berater“ verkaufen. Immer öfters erkennen wir, wie sich Menschen aus der Wirtschaft in die Politik einschleichen, dort gezielten Handlungen zum Wohle ihrer Branche oder ihres Unternehmens tätigen, um anschließend wieder zurück in diesen Bereich zu gehen. Natürlich könnte man auch an dieser Stelle wieder mehrere Beispiele aufzählen, doch am anschaulichsten scheint wohl die Investmentbank Goldman Sachs zu sein. Die Medien sprechen bereits von einer Drehtür zwischen Goldman und der Politik. So wechseln in regelmäßigen Abständen seit dem Aufkommen des Neoliberalismus Mitarbeiter aus dieser Bank in Schlüsselpositionen der Politik, um danach wieder zurück zu dieser zu gehen.

---

<sup>197</sup> „Sponsoring. Einblicke in das Schattenreich der Parteienfinanzierung“, WDR, Sendung Monitor Nr. 629 vom 12.01.2012, einzusehen unter: <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2012/sponsoring.php5>

Sowohl unter Clinton, als auch unter Bush Junior haben ehemalige Goldman Sachs Mitarbeiter den Finanzminister gestellt. Auch Barack Obama hat wichtige Schlüsselpositionen mit ManagerInnen aus dieser Bank besetzt. Mit Robert Zoellick haben sie zudem einen „Vertreter“ als Präsidenten der Weltbank. Und mit Mario Draghi stellen sie die Präsidenten der europäischen Zentralbank (EZB), welcher sich vor allem dadurch auszeichnet, dass er hunderte Milliarden Euro drucken ließ um die Finanzbranche mit diesen zu einem quasi Nullzinssatz zu beglücken, auch wenn dies gegen die Auflagen der EZB war.<sup>198</sup>

Die Bankenlobby hat mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) allerdings noch ein weitaus größeres trojanisches Pferd in der Politik verschanzt. In den Medien wird er meist als „Euro-Rettungsschirm“ bezeichnet. Dies haben die verantwortlichen PR-Berater wohl als passendere Formulierung für die Bevölkerung empfunden. Es ändert allerdings nicht an der Tatsache, dass Staaten der europäischen Union, die Kredite aus diesem „Rettungsschirm“ benötigen, mit Zwangsmaßnahmen beglückt werden, die demokratiepolitisch höchst bedenklich sind. So warnt der Europarechtler Walter Obwexer: *„Im Gegensatz zu anderen EU-Institutionen, wie der EU-Kommission, ist keine parlamentarische Kontrolle vorgesehen. Es gibt auch keinen parlamentarischen Einfluss auf sein Wirken. Der ESM wird mit wenigen Ausnahmen (z. B. EuGH-Zuständigkeit bei Schlichtungsverfahren) in kein vorhandenes System der Gewaltenteilung eingebunden. Seine Tätigkeit ist nicht öffentlich und nicht transparent.“*<sup>199</sup>

Die Personen, die den ESM steuern, sind dabei durch Immunität geschützt. Ihnen kann auch nach ihrem Wirken keine rechtlichen Konsequenzen drohen. Für eine Institution, die massiv in das Budget und somit die Souveränität verschuldeter Staaten einschreiten wird, erscheinen derartige Rechte nicht im Sinne der Demokratie zu sein. Ähnlich wie der IMF und die Weltbank hat sich Europa somit einen weiteren neoliberalen Player geschaffen, der die demokratischen Rechte unterwandert. Dass ganze in Anbetracht einer Wirtschaftskrise, wo PolitikerInnen

---

„Weltmacht mit Drehtür. Die amerikanische Großbank Goldman Sachs pflegt beste Verbindungen zur hohen Politik. Die Krise hat sie bislang auffällig gut überstanden.“ In DieZeit, Stand: 17.07.2009  
<http://www.zeit.de/2009/28/Goldman-Sachs>

<sup>199</sup> „Euroschild: Der nächste problematische Vertrag“ In: DiePresse Stand: 20.09.2011  
[http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/694692/Euroschild\\_Der-naechste-problematische-Vertrag](http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/694692/Euroschild_Der-naechste-problematische-Vertrag)

seit Jahren von der Regulierung der Finanzmärkte sprechen. Konkrete Maßnahmen aber immer weiteren Versprechen weichen müssen.

Wir erkennen *„die begrenzte Macht der Regierung inmitten einer unbeschränkten kapitalistischen Ökonomie“*<sup>200</sup> Die politische Kommunikation, sowie auch die Politik werden zur Zielscheibe für die Wirtschaft. Sie hat gelernt diese zu ihrem Gunsten zu manipulieren. Doch während die Wirtschaft immer größeres Interesse am politischen Geschehen zeigt, erkennen wir bei den WählerInnen genau das Gegenteil. So waren nach dem Ende des 2. Weltkrieges sehr hohe Wahlbeteiligungen fest zu stellen, wohingegen heute die Zahlen von Wahl zu Wahl zu sinken scheinen. Dies hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass die Menschen immer mehr das Gefühl haben *„die da oben machen eh was sie wollen“*.

Und in der Tat scheint es eine Entwicklung zu geben, wo die BürgerInnen immer mehr an Bedeutung für das politische Geschehen verlieren. Crouch beschreibt dies so: *„Gegen Ende der achtziger Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Dynamik unter dem Einfluß der globalen Deregulierung der Finanzmärkte vom Massenkonsum auf die Aktienmärkte. Der shareholder value wurde – zuerst in den USA und Großbritannien, dank eifriger Nachahmer allerdings bald auch in anderen Ländern – zum wichtigsten Indikator des ökonomischen Erfolges (Dore 2003); die Diskussion über eine stakeholder-Ökonomie, in der auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigt werden sollten, verstummten rasch. Nachdem der Anteil der arbeitenden Bevölkerung am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft über Jahrzehnte hinweg praktisch überall gestiegen war, ging er nun im Vergleich zu dem des Kapitals wieder zurück.“*<sup>201</sup>

Dadurch wurden wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, starke Gewerkschaften und egalitaristische Werte in den Hintergrund gedrängt. Ein Großteil der Kapitals war nicht mehr bei der Bevölkerung, sondern bei großen Unternehmen und vor allem in der Finanzwirtschaft. Deshalb änderte sich auch der Fokus der Politik auf diese Gruppe, um die Wirtschaft des eigenen Landes zur Vitalität zu verhelfen.

---

<sup>200</sup> Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, Seite 20

<sup>201</sup> Ebd. Seite 18 f.

Menschen werden deshalb oft als Arbeitskraft oder bei der Wahl als „Kunden“ angesehen, die ein Produkt bzw. Image – nämlich den oder die PolitikerIn – „kaufen“ sollen.

Doch nicht nur das PolitikerInnen-WählerInnen Verhältnis wird kommerzialisiert. Auch anderen Lebensbereiche bekommen diesen Einfluss zu spüren. So hat 1992 Gary S. Becker den Nobelpreis für ökonomischer Analysen auf gesellschaftliche Lebensbereiche erhalten. Er beschreibt dabei etwa die Ehe als Zwei-Personen-Firma zur Produktion von Kindern. Daran erkennt man den Einfluss wirtschaftlichen Denkens in sämtliche gesellschaftliche Bereiche. Wo sich die Politik immer mehr zurück zieht, drängt die Wirtschaft immer weiter vor. Dies kann man auch gut in den Bereichen Forschung, Bildung, Sport und Kultur erkennen. Bereits 1947 schrieben Max Horkheimer und Theodor Adorno in ihrem Buch „Dialektik der Aufklärung“ ein eigenes Kapitel über die Kulturindustrie. Dort beschreiben sie, wie die Gesetze der Wirtschaft die Kultur verändert hat. Dies hat nicht nur einen Einfluss auf die Produktion von Kultur, sondern auch auf die Öffentlichkeit und zwar im Sinne derjenige, die durch Kapital diese Industrie steuern.<sup>202</sup> Besonders deutlich erkennt man dies durch den Einfluss von Filmstudios und Plattenlabels.

Doch durch private Förderungen in den Bereichen Sport, Forschung und Bildung treten die Marktgesetze auch immer dort in Kraft. Nachdem durch die immer größer werdenden Schulden, die meisten Staaten vor allem in diesen Bereichen einsparen, wenden sich die Institutionen zunehmend an private Geldgeber. Doch wer zahlt schafft oft auch an. Gerade in Bildungs- und Forschungseinrichtungen wird vermehrt in die Richtung geforscht, die im Interesse des Geldgebers ist. Manchmal bestimmt der Sponsor sogar darüber, welche Forschungsergebnisse veröffentlicht werden und welche nicht. Ein gutes Beispiel dafür ist etwa die Universitätsklinik Köln, wo der Pharmakonzern Bayer mit großen Summen Forschungen sponsert, dafür aber auch bei den Forschungen und was mit den Ergebnissen passiert ein kräftiges Wörtchen mitzureden hat. Neben dieser

---

<sup>202</sup> Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M: Fischer Verlag 16. Auflage 2006

Forschungsstelle hat die Bayer AG noch weitere 800 Allianzen geschmiedet.<sup>203</sup> Der Politik gefällt diese Entwicklung, weil sie sich immer weiter aus dem Bereich zurückziehen kann. Das mag gesellschaftlich fragwürdig sein, ökonomisch ergibt es jedoch Sinn. Im angloamerikanischen Raum hat diese Entwicklung bereits ganze andere Formen angenommen. Ganze Schulen und Universitäten sind von privaten Geldgebern abhängig. Dafür rekrutieren diese Firmen dann die besten Absolventen für ihre Projekte.

Wir erkennen also den Drang zur Privatisierung von öffentlichen Bereichen. Für Crouch ist auch dieser Punkt ein wesentliches Merkmal für eine Postdemokratie. Gerade die Privatisierungen seit den 1980er Jahren haben immer mehr Befugnisse des Staates zur Privatwirtschaft hin verlagert, wie bereits im Teil I im Kapitel Neoliberalismus besprochen. Zudem werden öffentlichen Aufgaben vermehrt an private Unternehmen ausgelagert. Der Staat verliert seine Kompetenzen und wird immer mehr von Experten abhängig, die meist in der Privatwirtschaft zu finden sind. Diese Expertokratie ist ebenso demokratieschädigend, wie die Anwendung von Marktprinzipien auf die Demokratie. Die deutsche Wochezeitung „Zeit“ titelt: *Expertokratie als neue Herrschaftsform. Wer regiert die Welt? Das Volk? Banken? In Griechenland und Italien hat die Krise neue Typen an die Macht gebracht. Die Demokratie könnte leiden.*<sup>204</sup>

All diese Entwicklungen bergen für Crouch die Gefahr, dass Lobbyisten immer weiter in staatliche Sphären eindringen und den politischen Prozess aus egoistischen Motiven heraus beeinflussen, was aber nicht immer im Interesse der Gesellschaft ist. Es gibt immer weniger staatliche Kontrolle über die Wirtschaft. Dies kann man auch gut daran erkennen, dass die Wirtschaft zwar global agiert, es aber auf politischer Ebene keine globalen Institutionen gibt. Denn de facto wäre das die UNO, die aber spätestens seit dem Einmarsch der US-Truppen im Irak 2003 ihren Status verloren hat. Die Amerikaner (mit Hilfe der Briten und anderen Verbündeten) haben gezeigt, dass sie sich notfalls auch gegen die UNO durchsetzen können. Eine politische Instanz, die den Anliegen der Bevölkerung verschrieben ist, wäre allerdings höchst wünschenswert um die Wirtschaft wieder

---

<sup>202</sup> „Die Uni-Kooperation der Bayer AG“, Stand: 02.10.2008 <http://www.umweltrundschau.de/cms/the-news/199-die-uni-kooperationen-der-bayer-ag>

<sup>204</sup> „Expertokratie als neue Herrschaftsform.“ In: Zeit, Stand: 30.12.2011 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/experten-regierung-krise-demokratie>

unter Kontrolle zu bringen. Denn wir sehen, dass sie momentan mehr Einfluss auf den Staat hat als umgekehrt. Doch wenn der Staat nicht mehr weiter das Souverän stellt, ist auch der Gesellschaftsvertrag obsolet. Denn die Bürger haben im leviathanischen Sinne ihre Macht an den Staat abgegeben, damit er sie beschützt und ihre Interessen vertritt. Wenn dies nicht mehr gewährleistet werden kann ist das Ende der Demokratie nahe.

## **Schlusswort**

Soll sich die Geschichte nach der Wirtschaftskrise der 1920er Jahren wiederholen, die den Weg für totalitäre Regime ebneten, die der Demokratie den Rücken kehrten? Viele Menschen fragen sich, ob auch die derzeitige Krise die Demokratie zerstört und eine genauere Analyse zeigt, dass diese Bedenken nicht unbegründet sind.<sup>205</sup>

Ich habe versucht in dieser Arbeit aufzuzeigen, dass es sich bei der Krise des Anfang des 21. Jahrhunderts, sich sowohl um eine politische, wie auch wirtschaftliche Krise handelt, da diese beiden Bereiche im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte miteinander verschmolzen sind. Zudem handelt es sich nicht um eine spontane und unvorhersehbare Krise, sondern sie ist eine Folge der neoliberalen Politik. Den derzeitigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt in Europa wohl das Vorhaben des Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) der Europäischen Union dar. Durch massives Lobbying der Finanzbranche ist es dieser gelungen, anstatt nennenswerter Regulierungen des Finanzmarktes (die sowohl bei den BürgerInnen als auch bei PolitikerInnen, ja sogar bei Koryphäen der Wirtschaft vielerorts gefordert werden<sup>206</sup>), eine Behörde zu schaffen, die ihrerseits fernab jeglicher demokratischen Grundvorstellungen liegt. Diese Behörde hat die Befugnis massiv in die Budgets der Nationalstaaten einzugreifen und dieses Vorgehen erkennen wir weltweit seit Jahrzehnten. Zuerst landen Staaten in der Schuldenkrise um nachher durch neoliberale Institutionen zu

---

<sup>205</sup> „Zerstört die Krise die Demokratie?“ Stand: 27.02.2012

<http://www.manager-magazin.de/politik/meinungen/0,2828,817738,00.html>

<sup>206</sup> „Soros fordert schärfere Aufsicht“, In: Handelsblatt Stand: 18.04.2008

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/regulierung-der-finanzmaerkte-soros-fordert-schaerfere-aufsicht/2948300.html>

undemokratischen Handeln gezwungen zu werden. Denn genau wie die USA und Großbritannien, IMF, Weltbank und WTO vertritt auch die EU (und der ESM) die Ziele des Neoliberalismus. Im Gegensatz zum Liberalismus geht es jedoch nicht mehr um die Freiheit der Menschen, die durch massive Überwachungsmaßnahmen modernen Technologien und neuer Gesetze, die nach jedem Terrorakt einen Schritt weiter in die Grundrechte der Menschen eingreifen - sowieso immer mehr beschränkt werden. Sondern um die Freiheit des Kapitals. „Mehr privat, weniger Staat“, war kein Leitbild des Liberalismus und seiner Vertreter. Erst der Neoliberalismus hat durch diverse Maßnahmen den Abbau des Staates (den Garant der Demokratie) herbeigeführt. Diese Entwicklungen führen uns zunehmend zu einer Postdemokratie. Das bedeutet, dass neue Machtkonstellationen noch immer unter dem offiziellen Mantel der Demokratie herrschen. Es nach den Kriterien einer Demokratie aber keine mehr ist. Dabei bleibt zu hoffen, dass diese Entwicklungen von der Bevölkerung und PolitikerInnen erkannt werden und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Deshalb ist es auch besonders wichtig das System transparent zu halten und die Möglichkeit zur neutraler Informationsbeschaffung der BürgerInnen zu gewährleisten. Denn nur ein verstärktes Engagement der Bürger kann heute der geballten Macht des konzentrierten Kapitals auf seinen von Unternehmen und einzelner Individuen, die Stirn bieten.

Während dies sehr abstrakt klingt, sind die Folgen für Umwelt und Mensch verheerend. Nach den Katastrophen, die totalitäre Regime im 20. Jahrhundert angerichtet haben, bringt es kaum jemand besser auf den Punkt wie Jean Ziegler, wenn er sagt: *„Hunger, Seuchen, Durst und andere armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gang.“*<sup>207</sup>

Bei aller Zivilcourage der Menschen wird eine Lösung der unter Armut (und Unterdrückung) leidenden Menschen weltweit nur darin liegen können, ein neues wirtschaftspolitisches System hervorzubringen, welches nicht (nur) im Interesse der Reichen ist, sondern im Interesse aller. Das Versagen der politischen Umsetzung sozialistischer Ideen scheint dieses Bestreben im 20. Jahrhundert stark

---

<sup>207</sup> Ziegler, Jean (2003): *Die neuen Herrscher der Welt*, Bertelsmann Verlag, München, Seite. 104

in Mitleidenschaft gezogen zu haben. Doch das Bestreben das Kapital mehr Befugnisse zu geben und stattdessen den Staat in seinen Möglichkeiten zu beschneiden, hat sich nicht als zielführend erwiesen.

Hoffnung geben dabei vor allem die Neuen Medien, sowie das Entstehen einer globalen Zivilgemeinschaft. Anhand des rasanten Anstiegs von Non Government Organisationen (z.B. Greenpeace oder Amnesty International) erkennen wir, wie sich die BürgerInnen immer besser organisieren um ihren Anliegen Ausdruck zu verleihen. *„Historisch scheint eine Tendenz zur deliberativen Demokratie zu führen.“*<sup>208</sup> Dies wäre wohl ganz im Sinne Jürgen Habermas‘. Doch wie sooft braucht es erst die Erkenntnis, bevor die Motivation zu Handeln aufkommt. Die Theorie der Postdemokratie erscheint mir als einer dieser Erkenntnisschritte. Im Leviathan heißt es: *„Ich übergebe mein Recht, mich selbst zu beherrschen, diesem Menschen oder dieser Gesellschaft unter der Bedingung, dass du ebenfalls dein Recht, über dich ihm oder ihr abtrittst“.*<sup>209</sup>

Wenn es Menschen gibt, die sich nicht an diesen Gesellschaftsvertrag halten, wird er brüchig. Das Gefahrenpotential was Kant, Platon und andere in der Demokratie gesehen haben, muss sich nicht zwangsläufig bewahrheiten. So wie sie sich durch den Neoliberalismus immer mehr zu einer Postdemokratie verändert hat, kann sie sich durch die Neuen Medien auch in eine neue Richtung entwickeln, die zum Wohle der Menschen und des Planeten ist. Kant und Popper verwiesen auf die Befreiung durch Wissen. Im Umkehrschluss bedeutet das: *„Entpolitisierung ist Entdemokratisierung“.*<sup>210</sup> Deswegen sollen sich die Menschen nicht enttäuscht von der Politik abwenden, sondern informieren und mit friedlichen Methoden zeigen, dass sie ein „zoon politikon“ sind, welche ein Interesse an einer politischen Organisation haben, die für alle Menschen gleichermaßen das Beste versucht zu gewährleisten und nicht nur für einige Wenige.

---

<sup>208</sup> Paul Nolte (2011): *Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie*, In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 1-2/2011), Seite 12

<sup>209</sup> Thomas Hobbes, *Leviathan*, übers. von Jacob Peter Mayer, 2006, S. 153

<sup>210</sup> Zeuner, Bodo (1997): *Entpolitisierung ist Entdemokratisierung* in: Schneider-Wilkes, Rainer (Hrsg) 1997: *Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik; Westfälisches Dampfboot, Münster*

## Bibliographie

- Aristoteles: Politik, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München, 1973
- Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg.): Herrschaft des Marktes –Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, 1999
- Brockard, Hans: Rousseaus Leben, in: Ders. (Hg.): Jean Jacques Rousseau: Gesellschaftsvertrag, Reclams Universal-Bibliothek, ergänzte Ausgabe von 2003, 2008
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein Neuer Kapitalismus?, VSA Verlag, Hamburg, 2001
- Crouch, Colin: *Post-Democracy*, Oxford 2004, deutsch: *Postdemokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2008
- Folke-Schuppert, Gunnar 1995: Rückzug des Staates? Zur Rolle des Staates zwischen Legitimationskrise und politischer Neubestimmung, in: Die Öffentliche Verwaltung, 18. Bd., 1995, S. 761-770
- Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, Kindler Verlag, München, 1992
- Popper, Karl; Hubert Kiesewetter (Hrsg.): Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde. Gesammelte Werke von Karl R. Popper in deutscher Sprache 5 und 6, Mohr Siebeck, Tübingen 2003 (Originaltitel: The Open Society and Its Enemies, 1945).
- Hayek, Friedrich August von; Alfred Bosch, Reinhold Veit (Hrsg.): Die Verfassung der Freiheit. Gesammelte Schriften Friedrich von Hayeks in deutscher Sprache 3, Mohr Siebeck, Tübingen 2005 (Originaltitel: Die Verfassung der Freiheit, 1960
- Felber, Christan: Die Gemeinwohl-Ökonomie – das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Deuticke in Paul Zsolnay Verlag, Wien, 2010
- Foucault, Michael: Der Panoptismus, in: Überwachen und Strafen. Die Geburt des

Gefängnisses, aus dem Französischen von Walter Seitter, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1. Auflage, 1994, S. 279 – 292.

Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt am Main, 1987, Seite 243–261

Foucault, Michel: Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit 3. Frankfurt am Main, 1989

Foucault, Michel: Überwachung und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Suhrkamp, Verlag, Frankfurt am Main, 1994

Friedman, Milton: A Monetary History of the United States, Princeton University Press, 1971

Friedman, Milton: Capitalism And Freedom, Chicago University Press, Chicago, 1962

Green, Duncan: Silent Revolution: The Rise Of Markets And Economics In Latin America, Biddles Ltd., Guilford, King's Lynn, 1995

Hobbes, Thomas: Leviathan or The Matter, Forme and Power of a Common Wealth Ecclesiastical and Civil (1651 englische Fassung), Neuausgabe: Leviathan. Übers. v. Jutta Schlösser, hrsg. v. Hermann Klenner. Meiner, Hamburg, 1996

Höffe, Otfried: *Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik.* Bonn, 2009

Horkheimer, Max, Adorno, Theodor: Dialektik der Aufklärung. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 2004

Joachim/Thiery, Peter (Hrsg.) Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Vervuert Verlag, Frankfurt am Main, 1997

Jörke, Dirk: *Warum Postdemokratie?* In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 19, Heft 4, 2006

- Kant, Immanuel: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Werkausgabe band VII, herausgegeben von Wilhelm Weischedel. Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1974a
- Kant, Immanuel: Kritik der praktischen Vernunft. Werkausgabe band VII, herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Frankfurt am Main. Suhrkamp, 1974b
- Koch, Klaus:: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft, München/WienKoller, Peter: Was ist und was soll soziale Gleichheit? In: Gerechtigkeit und Politik. Philosophische Perspektiven. Berlin: Akademie Verlag, 2002
- Locke, John: Two Treatises of Government (1689 englische Fassung), Neuausgabe: Zwei Abhandlungen über die Regierung, übers. von Hans Jörn Hoffmann, hrsg. und eingeleitet von Walter Euchner, Frankfurt am Main.: Suhrkamp, 1977
- Machiavelli, Niccolò: Der Fürst. Stuttgart, Reclam 1961
- Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1967
- Marx, Karl (MEW 23): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band.* In: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Band 23, Berlin: Dietz-Verlag 1988.
- McChesney, Robert W.: *Noam Chomsky and the Struggle Against Neoliberalism.* In: *Monthly Review.* Vol.50, Nr. 11, 1. April 1999, S. 40–47.
- Messner, Dirk: Staat und Entwicklung In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 1995, Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bonn
- Morus, Thomas: Utopia. Stuttgart, Reclam 1979
- Mill, John Stuart: Über die Freiheit, Reclam, Stuttgart 1974
- Müller-Plantanberg, Urs: Theorie und Praxis des Neoliberalismus In: Dombois, Rainer/Imbusch, Peter/Lauth, Hans

Müller-Plantanberg, Urs: Die Cepal und der Neoliberalismus, in: Dirmoser, Dietmar (Hrsg.): Markt in den Köpfen, Horlemann Verlag, Bad Honnef, 1993

Nozick, Robert: Anarchie Staat Utopia, o. J. Moderne Verlags Gesellschaft, München, 2011

Lenk, Kurt (Hrsg.): Ideologie: Ideologiekritik und Wissenssozialologie. Frankfurt am Main, Campus-Verlag, 1984

Pauer-Studer, Herlinde: Freiheit und Gleichheit: Zwei Grundwerte und ihre Bedeutungen. In Freiheit, Gleichheit und Autonomie. (Hrsg.) H. Pauer-Studer, H. Nagl-Docekal. Wiener Reihe. Wien. Oldenbourg Verlag, 2000, Seite 234-273

Plato: Der Staat, Paidon Verlag, Kettwig, 1992

Popper, Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 7. Auflage, Tübingen, 1992

Rancière, Jacques: "Demokratie und Postdemokratie" in: Badiou et al., Politik der Wahrheit, 1997

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main. Suhrkamp, 1975

Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam, 1977

Schulmeister, Stephan: Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus, Wien, 1997

Soros, George: Die offene Gesellschaft- Für eine Reform des globalen Kapitalismus, Alexander Ferst Verlag, Berlin, 2001

Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt. Siedler, Berlin, 2002

Weber, Max: Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, Tübingen: J.C.B. Mohr, 1934

Ziegler, Jean: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. Bertelsmann, 2005

## **Abstract**

In meiner Arbeit untersuche ich zunächst im Teil I die Theorien der philosophischen Gründungsväter unser derzeitigen wirtschaftspolitischen Systems. Nach einer eingehenden Untersuchung des Liberalismus, des Neoliberalismus und der Nationalökonomie, werde ich in Teil II die Macht des Kapitals analysieren, um abschließend in Teil III der Frage nach zu gehen, inwiefern sich die Demokratie in einem Wandel zur Postdemokratie befindet.

